Antifaschistisches Info Blatt

Antifaschistisches info Blatt

Nr. 73 | Herbst 2006 | 3,10 EUR | Ausland 4,10 EUR

Wahlerfolge der NPD

Neonazis ziehen in den Schweriner Landtag ein

Gesellschaft

Die Breker-Ausstellung

International

Redwatch – Mordaufruf im Internet

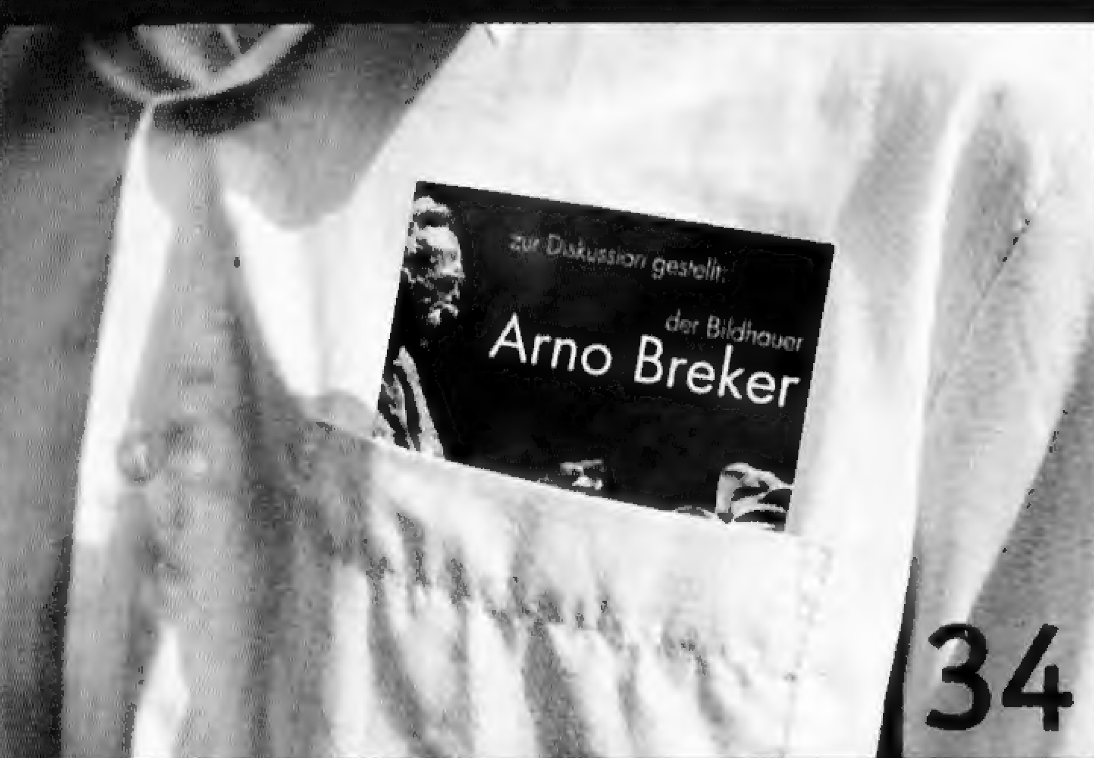


Inhalt

AIB 73 4 · 2006

Rubriken







Titel

NS-Szene

Antifa

Rassismus

Gesellschaft

Kultur

Braunzone

Geschichte

Repression

International

Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

aib@nadir.org

www.antifainfoblatt.de

Editorial

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen

Mecklenburg-Vorpommern und Berlin hatten die Wahl – und sie haben jeweils die NPD in die Parlamente gewählt. In Mecklenburg-Vorpommern in den Landtag und in Berlin in vier Bezirksverordnetenversammlungen. Überrascht hat der Wahlerfolg wirklich niemanden, dennoch war die Bestürzung am Wahlabend groß und »neue« Strategien wurden auf allen Kanälen gesucht. Sogar die olle Kamelle NPD-Verbot war auf einmal wieder im Gespräch. Da die V-Mann-Problematik jedoch weiterhin existiert, forderten findige Politiker, dass man einfach die juristischen Anforderungen senken müsse. Fast im gleichen Atemzug wurde das Aus der Bundesprogramme gegen Rechts verkündet. Ein neues Programm für die Kommunen sollte ab Mitte 2007 aufgelegt werden. Ein Programm für genau die Kommunen, die bis zum Schluss jedes Vorkommen rechter Alltagskultur in ihren Grenzen leugnen.

Nicht, dass wir einem Programm wie Civitas, das Publikationen zensiert und Projekte mit dem Wort »antifaschistisch« im Namen gar nicht erst fördert, groß nachtrauern würden. Schade wäre es allerdings um die Initiativen die von diesem Programm abhängig sind und vor Ort Menschen betreuen und beraten: Netzwerkstellen, mobile Beratungsteams und Opferberatungsstellen. Sind es doch genau diese Projekte, die eben nicht an der NPD ansetzen, sondern auch zwischen den Wahlen versuchen, der rechten Alltagskultur das Wasser abzugraben, oder zumindest deren Opfer betreuen.

Was wirklich gebraucht wird, ist aber ein Programm, das keine Feuerwehrpolitik gegen die schlimmsten Auswüchse des Neonazismus praktiziert, sondern langfristig präventiv tätig wird, um der nächsten Generation von Jugendlichen eine Alltagskultur jenseits von Rassismus und Sozialdarwinismus zu ermöglichen.

Das Themenfeld Neonazismus und Parlamentarismus wollen wir in dieser Ausgabe aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten: In dem Beitrag »Fleißig, aber konzeptlos« wird ein Rückblick auf sieben Jahre DVU im brandenburgischen Landtag geworfen. Für Sachsen untersucht der Artikel »Pack schlägt sich, Pack verträgt sich« die Zusammenarbeit zwischen der NPD und den »Freien Kameradschaften« seit dem Einzug der NPD in den sächsischen Landtag. Der Text »Es braucht hier schon etwas mehr als Alarmismus« beschreibt die Ausgangsbedingungen der NPD in Thüringen für die nächsten Landtagswahlen. Neben den Wahlerfolgen der NPD widmen wir uns in dieser Ausgabe auch wieder den Schnittstellen zwischen Neonazis und anderen Milieus. Im Artikel »Von der Partei ins Business« wird eine Mischszene aus Rockern, Tattoo-Läden und früheren Neonazis in Berlin beschrieben. In dem Text »Sport als Deckmantel« ist die zunehmende Einflussnahme rechter Fans auf den Fußballclub BFC das Thema. Neu ist das Ressort Kultur, welches sich in dieser Ausgabe dem Wirken Gottfried Benns widmet. Im Ressort Gesellschaft nimmt Marc Czichy historische Ausstellungen zum Thema Einwanderung in die BRD als Anlass für eine Beschreibung der Geschichtspolitik in der deutschen Einwanderungsgesellschaft. Aufgrund der Debatte um die Breker-Ausstellung in Schwerin führten wir ein Interview mit Prof. Dr. Silke Wenk über das Wirken und die Wirkung des NS-Bildhauers.

Am 12. September 2006 starb der Publizist und Historiker Joachim Fest. Der langjährige Feuilletonchef und Mitherausgeber der FAZ veröffentlichte 1973 eine Biographie Adolf Hitlers, deren Deutungsansatz des Nationalsozialismus stark auf die Person fokussierte, sozial- und mentalitätsgeschichtliche Aspekte des Nationalsozialismus jedoch weitgehend ausblendete. Fests Fragestellung kreiste vielfach um die individuelle Disposition exemplarischer Akteure des NS-Regimes. Dies erwies sich bei seiner Zusammenarbeit mit Albert Speer an dessen Biographie als historiographischer blinder Fleck in Bezug auf Speers Wissen über den Holocaust, wie Fest später eingestand.

Joachim Fest stammte aus einer bürgerlichen antinazistischen Familie. Seine Laufbahn als Publizist begann er beim Berliner RIAS. Anfang der 1970er Jahre wurde er in das Herausgebergremium der FAZ berufen. Unter Fests Leitung wurde das Feuilleton der FAZ zum diskursbestimmenden Medium des westdeutschen Kulturbetriebs. Dies bedeutete auch, dass explizit linken Positionen im FAZ-Feuilleton Raum eingeräumt wurde. Unter Fests redaktioneller Verantwortung veröffentliche die FAZ im Juni 1986 einen Aufsatz Ernst Noltes, der heute als Auslöser des sogenannten Historikerstreites gilt. Fest distanzierte sich jedoch in einem Essay von Noltes Position des »kausalen Nexus«. Die Fixierung seiner historiographischen Grundannahmen auf die Rolle Großer Männer in der Geschichte bewies Fest noch einmal mit einem seiner letzten Bücher: Der Untergang. In dem vielkritisierten Buch akzentuiert Fest den Untergang des NS-Staates auf die im Führerbunker herrschende Agonie.

Mit Joachim Fest verliert die westdeutsche Publizistik einen ihrer prägenden konservativen Akteure. ■

[1] Adrian Segessenmann (hintere Reihe 10. v.l.) bei der Hochzeit seines Schweizer Hammerskin (SHS) Kameraden Marcel Hufschmid aus Dielsdorf bei Zürich.

[2] Philip Schlaffer (rechts) vor seinem Geschäft in Wismar.

[3] Marx und Marx (links Enrico, rechts Peter) bei der Gründung des Ring Nationaler Frauen in Sotterhausen.
Foto: Recherche Nord



Hammerskin betreibt »Thor Steinar«-Versand

Nachdem in der Schweiz in den letzten 18 Monaten die zwei bedeutendsten extrem rechten Internet-Versandprojekte von AntifaschistInnen gehackt wurden, probiert nun ein weiterer bekannter Schweizer Neonazi mit einem Internetversand seine Finanzen aufzubessern. Der langjährige Aktivist der neonazistischen Schweizer Hammerskins und Inhaber der Schweizer Hammerskin-Domain, Adrian Segessenmann aus dem bernischen Kirchberg, verkauft über die Website »Thor Steinar – Division Schweiz« ausschließlich Kleider der Marke »Thor Steinar« aus Brandenburg. Nebenher betreibt er noch den Buchversand »Neue Zeitenwende«, welcher auch Bücher extrem rechter Autoren und Verlage vertreibt. Bereits 1995 griff Adrian Segessenmann im jungen Alter von 16 Jahren mit weiteren Schweizer Hammerskins ein antirassistisches Festival in Hochdorf bei Luzern an[1]. Nachdem in der Nachbarstadt seines Wohnortes eine Familie von Neonazis angegriffen wurde, schrieb er einen Leserbrief im Namen der »Freien Kräfte Burgdorf« an die Lokalzeitung »Aemme Zytig/ Burgdorfer Tagblatt«, in welchem er sich über die angeblich einseitig gegen Rechts hetzenden Medien beschwerte[2]. ■

1| WoZ, 31. August 2000, »Glatzen im Red Rock« von Johannes Wartenweiler.

2| Aemme Zytig/Burgdorfer Tagblatt, 21. Juni 2006.

Schutzbund Deutschland verboten

Neonazipropaganda-Werkstatt im Visier der Brandenburger Behörden

Am 4. Juli 2006 hat das Land Brandenburg die Neonazigruppierung »Schutzbund Deutschland« verboten. Zeitgleich wurden 14 Objekte durchsucht, die Schutzbund-Mitgliedern zugeordnet wurden. Dabei wurde neben Propagandamaterialien eine funktionstüchtige Druckerei-Ausrüstung beschlagnahmt und auch die Webseite der Gruppe abgeschaltet. In Folge des Verbots kam es zu einer Protestkundgebung von Neonazis vor der Polizeiwache in Guben. Kaum einen Monat später gab es trotz Verbot jedoch bereits ein neues Lebenszeichen des Schutzbundes. Im altbekannten Layout und im gleichen Sprachstil erschien das Flugblatt einer »Bewegung Neues Deutschland«, welches im Internet beworben wird und auch weiterhin über ein Postfach in Leipzig zu beziehen ist. Der »Schutzbund Deutschland« fungierte als eine Art Propagandawerkstatt der »Bewegung Neue Ordnung« um den ehemaligen NPD-Landesvorsitzenden Mario Schulz aus Cumlosen. Anfang 2004 hatte dieser mitsamt der aktivsten Teile seines Landesverbandes der NPD den Rücken zugekehrt, weil diese sich als »Systempartei« entpuppt hätte. Mit der »Bewegung Neue Ordnung« wollte Schulz eine radikalere Alternative zur NPD bundesweit etablieren. Trotz zweier Mandate im Wittstocker Stadtparlament und im Prignitzer Kreistag (die noch zu NPD-Zeiten gewonnen wurden) konnte die »Bewegung Neue Ordnung« bislang nicht an Profil gewinnen. Die Ambitionen, eine größere, eindeutig neonazistische Organisation zu schaffen ist stagniert. Der »Schutzbund Deutschland« als angegliedertes Seitenprojekt war zwischenzeitlich erfolgreicher: Er gab Flugblätter, Plakate und Aufkleber in hohen Auflagen heraus, die äußerst positive Resonanz in der regionalen Neonaziszene fanden. Kaum eine Stadt in Nordost-Brandenburg blieb – übrigens auch nach dem Verbot – von der Schutzbund-Propaganda verschont. Ob das Verbot der Publikationsfreude des »Schutzbund Deutschland« ein Ende gesetzt hat oder ob der schlichte Namenswechsel zum Label »Bewegung Neues Deutschland« funktioniert, wird die Zukunft zeigen. ■

Wismar: Neonazis greifen Demonstration an


[2]



Im Rahmen der Kampagne »Keine Stimme den Nazis« in Mecklenburg-Vorpommern demonstrierten am 12. August 2006 etwa 150 Antifaschisten durch Wismar, um auf die örtlichen Neonazistrukturen aufmerksam zu machen. Die Demonstration führte an Szeneläden, wie dem Tattoostudio »Needle of pain« und dem »Werwolfshop«, vorbei. Aus dem von Philip Schlaffer betriebenen Ladengeschäft stürmten, kaum dass die Demonstration den Laden passierte, mehrere mit Aluminiumbaseballschlägern bewaffnete Neonazis und versuchten die Demonstranten anzugreifen. Der Polizei gelang es dabei nur mit gezogenen Dienstwaffen die Neonazis aufzuhalten. Einer der Angreifer wurde nach einem Flaschenwurf auf die Demonstration kurzzeitig in Gewahrsam genommen. Maria Hinrich, die Pressesprecherin der Kampagne, konstatierte: »Während sich also einerseits die Rechten bieder und bürgernah geben, zögern sie nicht, Gewalt gegen jene einzusetzen, die nicht in ihr menschenverachtendes Weltbild passen«. Die Antifa Wismar berichtet zudem, dass die Neonazis um Schlaffer einen Treffpunkt namens »Wolfshöhle« im Dorsteinweg betreiben. In dieser durch die Firma »Holz-Schreyer« vermieteten Baracke finden neben Rechtsrockkonzerten auch von der NPD beworbene Veranstaltungen und Stammtische statt. Schlaffer betreibt das Rechtsrocklabel »NorthX« aus Stockelsdorf und den Versand »h8Store« (Hassladen) in Wismar. Auch in Berlin tritt Schlaffer als offizieller Mieter eines Neonazigeschäfts auf, seine Firma »Accessoires Handel Deutschland« steht hinter dem »Parzifal« im Berliner Stadtteil Treptow-Köpenick. ■


Mehr dazu unter: www.antifa-wismar.de, www.links-lang.de, www.keine-stimme-den-nazis.info

Erinnerungspolitischer Eklat beim Weimarer Kunstfest

Ende August hielt der Ministerialdirektor des Kulturstaatsministers, Hermann Schäfer, eine Rede zur Eröffnung des Weimarer Kulturfestes. Die Veranstaltung stand unter dem Titel: »Gedächtnis Buchenwald«. Ehemalige Buchenwald-Häftlinge waren ebenso geladen wie ausländische Gäste. Doch in der Rede des Professors Schäfer kam das Schicksal der KZ-Häftlinge nicht mit einem Satz vor. Stattdessen referierte Schäfer über sein Spezialthema: »Vertreibung der Deutschen«. Nur lautstarke Unmutsäußerungen aus dem Publikum konnten Schäfer zum Abbruch seiner Rede bewegen. Der Vorsitzende des internationalen Buchenwaldkomitees, Bertrand Herz, zeigte sich empört über den Vorgang. In der anschließenden, zumeist über das Feuilleton ausgetragenen Debatte, rechtfertigte sich Schäfer mit dem Argument, er habe nicht gewusst, dass sich im Publikum ehemalige KZ-Häftlinge befunden hätten. Im übrigen sei er für das Thema Buchenwald kein Spezialist. Während Opferverbände vor einer Akzentverschiebung des erinnerungspolitischen Diskurses warnten, beklagten nicht nur Vertreter des Vertriebenenverbandes, dass es nach wie vor eine Konkurrenz der Opfer gebe. Für zusätzliche Empörung hatte die Anweisung des Bundesinnenministeriums gesorgt, auch NS-Gedenkstätten sollten zum »Tag der Heimat« offiziell flaggen. Die Anweisung war umgehend zurückgenommen worden. ■

NPD gründet »Ring Nationaler Frauen«

Am 16. September 2006 wurde im Haus von Enrico Marx (Barbarossa-Versand und JN Sangerhausen) in Sotterhausen (Sachsen-Anhalt) der »Ring Nationaler Frauen« (RNF) als NPD-nahe Frauenorganisation gegründet. Anwesend waren 31 Frauen (laut Eigenangaben 14 parteilose) aus sechs Bundesländern. Als Vertreter des Bundesvorstands der NPD erschien der neue Fraktionsgeschäftsführer der NPD-Fraktion im Schweriner Landtag, Peter Marx (Saarbrücken). Örtliche Neonazis um Enrico Marx übernahmen Ordnerdienste.
Zum neugewählten Vorstand gehören Gitta Schüssler (Bundessprecherin, MdL Sachsen), Judith Rothe (Stellv., Sotterhausen), Stella Palau (Pressesprecherin, Berlin), Jasmin Langer (Geschäftsführerin, Hannover), Sabine Kaiser (Beisitzerin, Minden) und Anneliese Golm (Beisitzerin, parteilos, Zeitz). ■



[3]

Wahlerfolge der NPD

Während der NPD-Erfolg in Mecklenburg-Vorpommern bereits in allen Medien heftigst diskutiert wurde und kräftig nach Ursachen geforscht wird, sieht es bei der Bewertung des Berliner Wahlergebnisses anders aus. Hier verpasste die NPD den Einzug ins Abgeordnetenhaus und in bundesweiten Medien wurde das Ergebnis nicht tiefergehend analysiert. Schliesslich hatte die NPD den Einzug ins Berliner Parlament mit 2,6 Prozent recht deutlich verfehlt.

Anders sah es bei den gleichzeitig stattfindenden Wahlen zu den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen aus (Kommunalparlamente). Neuerdings war hier das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt worden. Hier zog die NPD in vier Parlamente ein. In drei Fällen bedurfte es dazu nicht einmal der bei dieser Wahl zum ersten mal auf drei Prozent abgesenkten Sperrklausel. In den Bezirken Treptow-Köpenick, Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf wurde die 5-Prozent-Hürde von der NPD locker übersprungen und sie wird sich hier künftig in Fraktionsstärke an Kommunalpolitik versuchen. Auch im Westberliner Bezirk Neukölln zogen zwei Abgeordnete der NPD in das Parlament ein. Da sie hier an der 5 Prozent-Grenze scheiterten, nicht in Fraktionsstärke. In Treptow-Köpenick werden künftig unter anderem der Bundesvorsitzende Udo Voigt und der Berliner Landesvorsitzende Eckart Bräuniger im Rathaus sitzen, in Lichtenberg der NPD-Liedermacher und Kameradschaftsaktivist Jörg Hähnel. Diese stabilen Ergebnisse vor allem in Ostberlin mögen im Vergleich mit anderen ostdeutschen Ländern nicht wirklich überraschen, passen aber dennoch scheinbar kaum in die bundesweite Entwicklung. In Berlin ist ein Landesverband kaum existent und auch von Verankerung in der Bevölkerung kann nicht gesprochen werden. Außerhalb des Wahlkampfs ist die NPD kaum wahrnehmbar und eine wirkliche Kaderdecke gibt es nicht. Als Kandidat für die Köpenicker Bezirksverordnetenversammlung musste gar der nicht aus Berlin stammende Bundesvorsitzende Udo Voigt herhalten.



So verschieden die Situationen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin auch sind, überrascht auf den zweiten Blick das recht ähnliche Ergebnis. Vergleicht man die Stimmanteile im nördlichen Bundesland mit denen in den Ostberliner Bezirken, in denen die NPD angetreten ist, so stellt man fest, dass sie auf einem ähnlichen Niveau liegen. Trotz des aufwändigen Wahlkampfs im Norden und der immer wieder angeführten Verankerung der NPD in diesem Bundesland erreichten sie nur ein Prozent mehr Stimmen als im Osten Berlins, wo die Partei kaum eine Rolle spielt.

Vielleicht wäre eine Diskussion über rechtes Potenzial in der Bevölkerung angebracht, ohne den Fokus auf die NPD zu lenken. Die NPD scheint niemanden von ihrer Politik zu überzeugen oder anzuwerben, vielmehr scheinen sie vorhandene extrem rechte Einstellungsmuster in der Bevölkerung – speziell in der Jugend – nur zu kanalisieren. Somit ist es für diese Gruppen relativ egal, was für einen Wahlkampf oder welche Politik die Partei betreibt, solange sie vermitteln kann, dass sie eine rassistische und nationalistische Partei ist. Daher würde es Sinn machen, sich über das Entstehen dieser rechten Milieus Gedanken zu machen und diese trockenzulegen, statt sich an der NPD die offensichtlich Symptom, aber nicht Ursache ist, abzuarbeiten.

Scheinbar ist in großen Teilen Deutschlands in den letzten 15 Jahren eine Jugendkultur herangewachsen, deren politische Maßstäbe derart nach rechts verschoben sind, dass, sobald das zur Wahl berechtigende Alter erreicht ist, die NPD als Partei mit der größtmöglichen Übereinstimmung wie selbstverständlich gewählt wird. ■

Zwischen Wortergreifung und Militanz

Wahlkampf in Berlin

Einer aktuellen Studie des sächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz zufolge kommen in Berlin auf 100.000 Einwohner 71 Rechtsextremisten, in Mecklenburg-Vorpommern sind es weniger nämlich genau 70.[1] Trotzdem blieb das Wahlergebnis der extrem rechten Parteien in Berlin auf Landesebene erwartungsgemäß eher enttäuschend. Gerade einmal 3,5 Prozent der Wählerstimmen erlangten die Republikaner und die NPD in Berlin zusammen.

NPD ohne Überraschungen

Einen nicht unaufwendigen Wahlkampf führte die Berliner NPD, als ein eigentlich personal- und strukturschwacher Landesverband, der noch im August in einem Schreiben seinen Mitgliedern erklärte: »eine geeignete Führungsmannschaft können wir derzeit nicht aufstellen.«[2] Zuvor war der NPD-Landesvorsitzende Claus Schade ausgetreten und hatte eine eigene Splitterpartei – die National Konservative Partei (NKP) – ins Leben gerufen. Am Himmel ein Kleinflugzeug mit einem NPD-Banner, Lautsprecherwagen in den Strassen, Schulhof-CDs mit neonazistischer Musik, ein eigenes Internetportal, Wahlplakate, Fernsehspots, Kundgebungen, Infostände und öffentliche Wahlkampfveranstaltungen. Trotz dieses mit Engagement geführten Wahlkampfs waren Sitze im Berliner Abgeordnetenhaus für die NPD-Kandidaten nicht zu erwarten. Bei der Abgeordnetenhauswahl vor fünf Jahren erreichten die Republikaner 1,3 Prozent, die NPD kam nur auf 0,9 Prozent. Und obwohl Berliner Medien den aggressivsten Wahlkampf seit Kriegsende beschworen, war am Wahlkampf der Berliner NPD nichts wirklich neu, weder die Kandidaten, noch die Themen und auch nicht die Gewalt gegen politische Gegner. Auch in vergangenen Wahlkämpfen kam es zu Übergriffen, jedoch waren hier nicht Parteimitglieder von SPD oder CDU betroffen, sondern junge Menschen aus der Antifaszene, die mediale Empörung hielt sich damals dementsprechend in Grenzen. Die NPD trat mit altbekannten Gesichtern an und ein ausgewiesener Kandidat der freien Kameradschaften fand sich diesmal nicht auf der Wahlliste.[3]

Zu den gewählten Kandidaten gehört Jan Sturm, ein langhaariger Biker vom Motorradclub »44er Berlin«. Die »44er« distanzierten sich postwendend und trennten sich von ihrem Vereinsmitglied. Der ebenfalls in die BVV gewählte Stadtführer Fritz Liebenow ist nicht nur NPD-Kandidat, nebenher ist er »Vorsitzender der NRPD in Gründung«. Die Neue Reformpartei Deutschlands ist »für die Wiederherstellung der Monarchie. Das Haus der Hohenzollern stellt den König von Preußen und deutschen Kaiser.«[4]



[1] Auch das Mitglied der Berliner »Vandalen - Ariogermanische Kampfgemeinschaft« Matthias Gohlke (rechts) erschien am Wahlabend in der NPD-Bundeszentrale.

Ein Zweckbündnis

NPD und Republikaner hatten sich anlässlich der Berlinwahl die Stadtbezirke untereinander aufgeteilt, auf Landesebene, bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus, blieben sie jedoch (beide erfolglose) Konkurrenten. Spitzenkandidat der nahezu nicht mehr existenten Berliner Republikaner war der Düsseldorfer Rechtsanwalt Björn Clemens. Nur einem REP-Kandidaten gelang es in die Bezirksverordnetenversammlung von Pankow einzuziehen. Zumindest auf Bezirksebene erfolgreicher war der NPD-Spitzenkandidat und Parteichef Udo Voigt, gefolgt von der DVU-Funktionärin Manuela Tönhardt (Ehefrau des DVU Landesvorsitzenden Dietmar Tönhardt) und dem Neonazi-Aktivisten Eckart Bräuniger (siehe auch Artikel auf Seite 12). Der ebenfalls gewählte Liedermacher Jörg Hähnel war bereits in Frankfurt (Oder) einige Jahre Stadtverordneter, sein NPD-Mandat, welches bis Oktober 2003 gegangen wäre, legte er aber bereits im Dezember 2002 freiwillig nieder.[5]

Republikaner im »Endkampf«

Eine reale Chance in das Abgeordnetenhaus einzuziehen hatten auch die Republikaner nicht, zuletzt schaff- →

1| Die in der Leipziger Volkszeitung am 21. August 2006 unter Berufung auf die aktuelle Aufstellung des sächsischen Landesamt für Verfassungsschutz veröffentlichten Zahlen, lassen leider die zugrundegelegten Kriterien nicht erkennen. Insgesamt konnte die Studie 39.000 »Neonazis« in Deutschland ermitteln.
2| NPD-Landesverband Berlin, An alle Mitglieder des NPD-KV Berlin 5, Stella Palau i.A. des Landesvostandes Berlin, 7. August 2006.
3| Mit der Arzthelferin Michaela Zanker war jedoch eine führende Aktivistin der neonazistischen Gemeinschaft Deutscher Frauen (GDF) für die NPD ins Rennen geschickt worden.
4| http://www.nrpd.de/4466.html
5| Amtsblatt für die Stadt Frankfurt (Oder), Jahrgang 14, # 2.

→

6| Anlass war eine Rede des SPD-Innensenators, sowie der Besuch des Abgeordneten Zackenfels am Republikanerstand, wo er Informationsmaterial »vom Tisch entwendete«.



[1] Republikaner-Spitzenkandidat Björn Clemens beim Wahlkampf in Berlin.

ten sie 1989 mit 7,5 Prozent den Sprung ins Westberliner Abgeordnetenhaus. Die Partei gilt heute als nahezu handlungsunfähig und ist politisch kaum wahrzunehmen. Im aktuellen Berliner Verfassungsschutzbericht finden die Republikaner nach einem entsprechenden Urteil des Oberverwaltungsgericht vom April 2006 keine Erwähnung als rechtsextreme Partei mehr. Anlässlich der Abgeordnetenhauswahlen erhielt der Landesvorsitzende Peter Warnst Beistand vom stellvertretenden Bundesvorsitzenden Björn Clemens, der mit einer grotesk pathetischen Wahlkampfstrategie auf sich aufmerksam machte. Als die Republikaner ausgerechnet im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg einen Wahlstand aufbauten, geschah dies mit der Ankündigung »Wir tragen jetzt den Straßenwahlkampf in das Zentrum von Überfremdung und Multikulti«. Als der Stand dann erwartungsgemäß umgestoßen wurde, erklärte er nicht ohne Pathos: »Der Kampf hat begonnen und ich bin bereit ihn bis zum Ende zu führen – bis zum Einzug in die BVV Friedrichshain-Kreuzberg!«

Im Verlauf des Wahlkampfs zeigte der Landesverband sowohl den Innensenator Ehrhart Körting wegen Volksverhetzung, Verleumdung und übler Nachrede, als auch den SPD-Abgeordneten Stefan Zackenfels wegen Beleidigung und Diebstahls an.[6] Zuvor forderte Rechtsanwalt Clemens in einem offenen Brief den Polizeipräsidenten und den Innensenator zur Bereitstellung von Polizeischutz auf, ansonsten hätten Ehrhart Körting und Dieter Glietsch »unter dem Gesichtspunkt der Unterlassungstäterschaft« auch persönlich strafrechtlich zu haften.

Anlässlich der »Anti-Moschee«-Proteste in Pankow-Heinersdorf (siehe auch Artikel auf Seite 32) versuchten die Republikaner dann noch öffentlichkeitswirksam, den CDU-Rechtsaußen-Politiker René Stadtkewitz zu einem Übertritt zu bewegen. Einen sichtbaren Erfolg hatten die gezielten Provokationen der Republikaner nicht, sie blieben bei 0,9 Prozent der Stimmen. Das Wahlergebnis wird von den Republikanern selbstverständlich angefochten.

Wortergreifungsstrategie und Militanz

In diesem Jahr einigten sich alle Fraktionen im Abgeordnetenhaus – SPD, CDU, Linkspartei-PDS, Grüne und FDP – auf einen gemeinsamen »Aufruf gegen Rechts«. Die Absprache von Republikanern und NPD, bei den Bezirkswahlen nicht gegeneinander anzutreten, wurde als erhebliche Gefahr gedeutet. Sogar Vergleiche mit der Weimarer Republik wurden gezogen, eine Wahrnehmung, die fortan auch die öffentliche Meinung beherrschte. »Wenn man uns keine Plattform in den Medien stellt, wo wir unsere Ansichten kundtun dürfen, dann kommen wir eben auf ihre Plattformen!« lamentierte die NPD daraufhin auf ihrer Internetseite und erklärte, man wolle »verstärkt die Veranstaltungen der Versagerparteien nutzen«, um seine Ansichten zu verbreiten. Dank ihrer gewalttätigen Anhängerschaft schlug die Medieninszenierung jedoch ins komplette Gegenteil um: Neonazis, die zwei SPD-Plakatierer zusammenschlagen, ein attackierter Wahlstand der Linkspartei und gesprengte Veranstaltungen der SPD: Die Öffentlichkeit zeigte sich erstaunt und höchst empört über das dreiste Agieren der Berliner Neonazis.

Dabei war es immer dieselbe Gruppe von 20 bis 30 bekannten Neonazis, welcher es gelang, die öffentliche Wahrnehmung des Wahlkampfes zu prägen. Dabei traten sie geschlossen, einheitlich dunkel gekleidet auf und filmten die Besucher der anderen Parteien, ihre bloße Präsenz wirkte mitunter so einschüchternd, dass Veranstaltungen noch vor Beginn abgesagt wurden. Unter den Störern fanden sich neben den Resten der Berliner Kameradschaftsszene auch NPD-Funktionäre wie Jörg Hähnel. Der Berliner Innensenator kündigte daraufhin an, prüfen zu lassen, ob die Neonazis gegen das Uniformierungsverbot verstoßen hätten und ob die verbotene Kameradschaft BASO noch aktiv sei.

Deren Mitbegründer und ehemaliger Pressesprecher der Berliner NPD René Bethage beteiligte sich am 25. August 2006 an einem Überfall von etwa zehn Neonazis auf einen antifaschistischen Infostand der Linkspartei in Berlin-Rudow. Die Standbetreuer wurden mit Leuchtmunition beschossen und ein Fotograf mit einer Flasche attackiert. Die Neonazis Bethage und Sebastian Krzyzanowski ließen sich bei dieser Gelegenheit von der anwesenden Presse mit Reizgas beziehungsweise einem Schlagstock fotografieren. Zwei Tage später wurde beim Rudower Spinnefest der SPD provokativ ein NPD-Stand aufgebaut und ein Transparent »PDS und Presse lügen« entrollt. Etwa 25 Neonazis, darunter die Angreifer um Bethage – überwiegend im »Black Block«-Stil bekleidet – versuchten das Fest zu dominieren und filmten den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit genauso wie den Innensenator Körting. Unterstützung erhielten sie dabei von NPD-Kandidaten wie Eckart Bräuniger und Mandy Schmidt.

Anfang September verhaftete die Polizei den Neonazi Timo Detlef Lennig, der bereits im Juli 2006 an einem rassistischen Überfall beteiligt gewesen war, bei dem ein 15jähriger Äthiopier schwere Kopfverletzungen erlitten hatte. Der Haftbefehl gegen den 21jährigen war unter der Bedingung ausgesetzt worden, dass er sich künftig von der rechtsextremen Szene fern hält. Sein Porträtfoto auf dem Titelbild des Berliner Kurier beim Angriff auf die Linkspartei dürfte dem nicht entsprochen haben. Als die CDU kurze Zeit später in Rudow ebenfalls von Neonazis bedrängt wurde, wurde ein weiterer Angreifer wiedererkannt und vorläufig festgenommen.

Juristische Kleinkriege

Begeistert dürfte Jörg Hähnel nicht gewesen sein, als er Post vom Landgericht bekam. Dieses hatte in einem Eilverfahren die Verbreitung einer Wahl-

zeitung der NPD verboten und bei Zuwiderhandlung ein Ordnungsgeld von bis zu 250.000 Euro verhängt. Auf dem Titelbild war das Foto eines Anti-Hartz-IV-Demonstranten abgebildet. Dieser hatte erfolgreich dagegen geklagt. Sein Anwalt erklärte dazu: »der Antragsteller ist überzeugter Antifaschist und steht im unversöhnlichen Gegensatz zu deren rassistischer Hetze«.

Der Wahlkampf der NPD in der Hauptstadt zeichne sich durch Behinderungen von Seiten der Behörden und der Gerichte aus, beklagte sich die Partei nicht ohne Grund. Sie hatte bei allen zwölf Bezirksämtern die Überlassung von städtischen Räumlichkeiten beantragt, doch nur in den Bezirken Tempelhof und Schöneberg konnten Versammlungen durchgeführt werden. Klagen bei den in solchen Fällen zuständigen Zivilgerichten blieben erfolglos, bei diesen Gerichten gelte das Bürgerliche Gesetzbuch und kein öffentliches Recht.

Auch Klagen gegen die ablehnende Haltung der Bezirksämter Treptow-Köpenick, Friedrichshain-Kreuzberg und Reinickendorf beim Verwaltungsgericht blieben erfolglos, da die NPD angegeben hätte, keine Mietverträge abschließen zu wollen. Die Bezirksämter für Friedrichshain-Kreuzberg und Lichtenberg beschlossen vorab, prinzipiell keine Wahlveranstaltungen in bezirkseigenen Räumen stattfinden zu lassen. Selbst der geplante NPD-Wahlkampfabschluss am 15. September 2006 im Ernst-Reuter-Saal des Rathaus Reinickendorf mit Udo Voigt, Eckart Bräuniger und dem Mitarbeiter der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Andreas Storr, scheiterte am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg: Keine Partei dürfe in den letzten zwei Wahlkampfwochen die Räume des Rathauses für öffentliche Veranstaltungen nutzen, hieß es dort.

Fazit

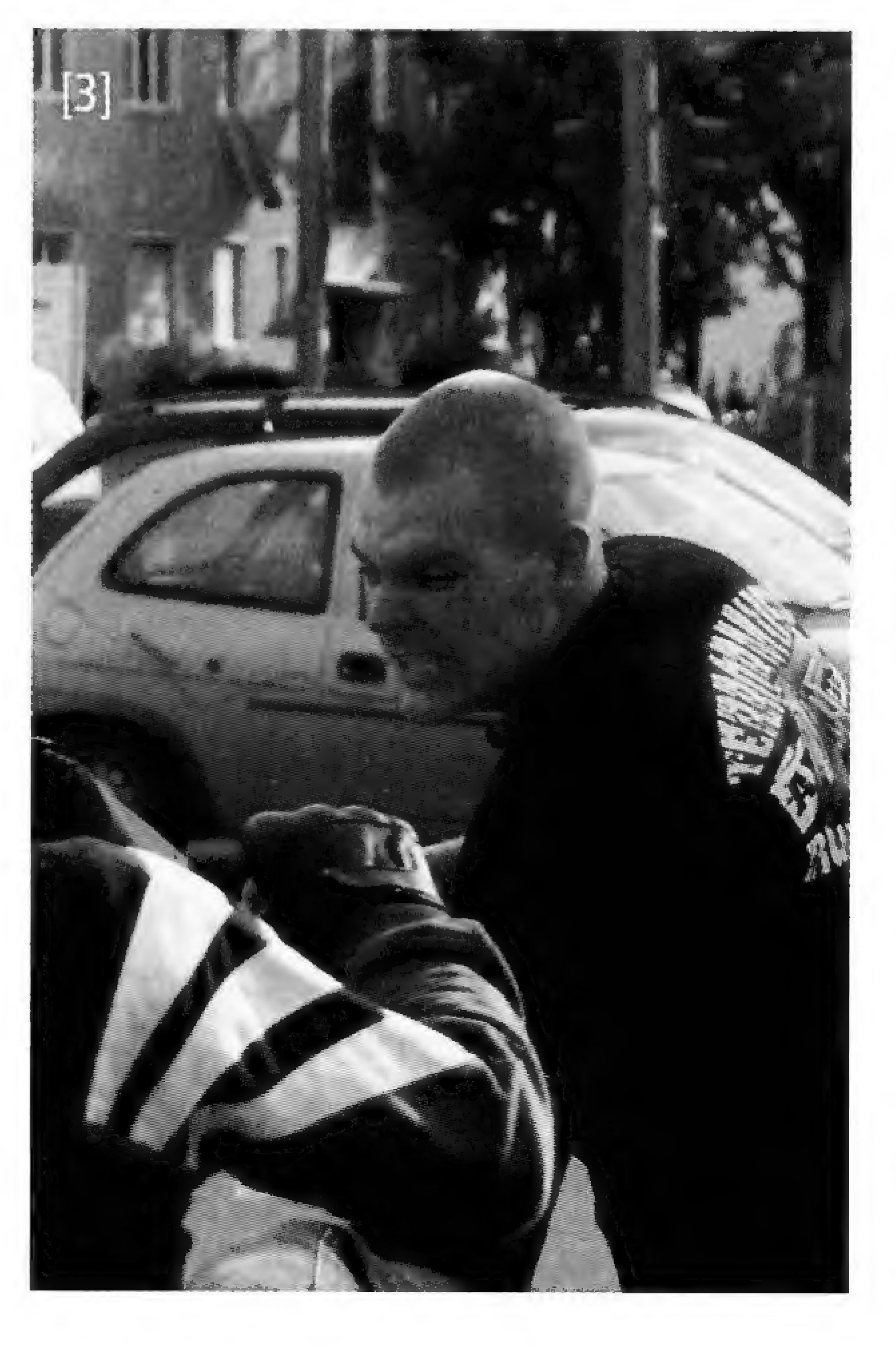
Der Nichteinzug der NPD ins Abgeordnetenhaus ist kein Signal zur Entwarnung. Mit dieser Option hatte niemand ernsthaft gerechnet und er war auch nicht das wirkliche Ziel der NPD. Vielmehr dürfte die NPD nach dem Einzug in die verschiedenen BVVs primär das Ziel verfolgen, einen wirklichen Landesverband aufzubauen und ihre Personaldecke zu festigen. Ihren eigenen Angaben nach kommt Berlin eine Schlüsselposition beim Kampf um die Parlamente zu.

Entscheidend wird sein, ob es der NPD gelingen wird, sich auf Bezirksebene als oppositionelle Kraft zu beweisen und neue Mitglieder zu gewinnen. Für AntifaschistInnen sollte sich an dieser Stelle die Frage nach einer neuen Strategie stellen. Da sich bisher an den wenigen Kadern abgearbeitet wurde, wurde das jugendkulturelle Millieu, aus dem sich die Klientel von Kameradschaften und NPD in Berlin hauptsächlich speist, eher vernachlässigt. In Berlin haben wir es nicht mit einer straff geführten Kaderpartei zu tun, sondern vielmehr mit einer Jugendbewegung, für die politische Inhalte kaum eine Rolle spielen.

Vielmehr geht es um Lifestyle und Protest. Dies zeigt sich vor allem daran, dass es kaum NPD-Wahlkampfinhalte gab, die eine Verbindung zu Jugendlichen hatten. Vielmehr scheint sich in vielen Ostberliner Kiezen ein Lebensgefühl eingestellt zu haben, das eindeutig extrem rechts ist, ohne sich selbst jedoch als ein solches zu begreifen. In dieser Lebenswelt spielen maximal noch ideologische Fragmente wie Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus eine Rolle. Wichtiger ist vielmehr die Verknüpfung dieser Elemente mit einer Erlebniswelt und dem entsprechenden Lifestyle. So ist die NPD in diesen Bezirken maximal Ausdruck und Nutznießer dieser Stimmung, keinesfalls aber Initiator. Mit den entsprechenden Mitteln und Optionen, die der Partei durch den Wahlerfolg zustehen, werden sie versuchen, diese Alltagskultur zu stärken und auf Dauer mit der Partei zu verbinden. ■







[1] Der Neonaziaktivist Patrick Weiß (links) und René Bethage (2.v.l.) mit Reizgas in der Hand beim Angriff auf einen Infostand der Linkspartei.PDS.

[2] Der Neonaziaktivist Sebastian Krzyzanowski posiert mit einer Eisenstange vor dem Infostand.

[3] Der Neonazi Timo Lennig beim Angriff auf den Infostand.

Nazis rein!

In Mecklenburg-Vorpommern votierten am 17. September 2006 rund sechzigtausend Menschen für eine Neonazi-Filiale im Schweriner Schloss. Die NPD ist jetzt mit einer zweiten Fraktion in einem bundesdeutschen Landtag vertreten.



[1] Der NPD-Abgeordnete Udo Pastörs am 1. Mai 2006 beim Wahlkampfauftakt in Rostock.

Überall Stimmen gewonnen

Das Endergebnis von 7,3 Prozent ermöglicht es der NPD sechs Abgeordnete für die nächsten fünf Jahre in den Landtag zu entsenden. Die Aufrufe von verschiedenen Seiten am 17. September quasi nur aus »antifaschistischen« Motiven wählen zu gehen, hatten allenfalls kosmetische Effekte. Selbst bei einer höheren Wahlbeteiligung hätte die NPD den Einzug in das Schweriner Landesparlament geschafft. Nur in drei von 36 Wahlkreisen blieb die Partei unter der 5 Prozent-Marke. Landesweit konnte die NPD im Vergleich zu vorherigen Wahlen massiv Stimmen hinzugewinnen. Spitzenreiter waren erwartungsgemäß die Landkreise Ostvorpommern und Uecker-Randow mit rund 13 Prozent und 15 Prozent Stimmenanteil. Gefolgt von den Landkreisen Demmin, Ludwiglust und Mecklenburg-Strelitz. Örtliche Wahlergebnisse von über 20 Prozent waren keine Seltenheit. Die DVU trat vereinbarungsgemäß in Mecklenburg-Vorpommern nicht an und auch sonst fehlte die Konkurrenz von ganz rechts. Die Republikaner verzichteten mangels Personal auf einen Wahlantritt im Norden und die Splitterpartei »Deutschland« war von vornherein chancenlos.

Einzige »Opposition«

Der Wahlkampf der NPD war in vielen Punkten eine professionalisierte Neuauflage der sächsischen Strategie von 2004. Neu war der Antritt von Direktkandidaten in allen Wahlkreisen – so konnte die Partei erstmals flächendeckend auch um die Erststimmen werben. Unter diesen Kandidaten, wie etwa Thomas Wulff und Andreas Theissen, befand sich im übrigen nur eine einzige Kandidatin. Welche Rolle rechten Frauen ansonsten in der Partei spielen, machte der künftige Fraktionschef Udo Pastörs in seiner ersten Rede nach dem Wahlerfolg deutlich, als er Ihnen für die »Bewirtung« und das »Wäsche waschen« in der Wahlkampfzeit dankte. In Sachsen profitierten die Neonazis zum Teil von der Anti-Hartz IV Welle. Die Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern zeigten, dass es nicht unbedingt eines bundesweiten Reizthemas bedarf, um das rechte WählerInnenpotential zu aktivieren. Weil fast alle anderen Parteien in irgendeiner Form auf Bundes- und Landesebene an Regierungen beteiligt sind, gerierte sich die NPD vorrangig als einzige Oppositionspartei. »Wehrt

Euch!« und »Den Bonzen auf die Finger hauen« – mit derartigen Plakaten tapezierten zum Teil bewaffnete Neonazicliquen jede Stadt und jedes noch so kleine Dorf im Nordosten. Der Materialschlacht hatten andere Parteien vielerorts nichts mehr entgegenzusetzen. Die NPD verzichtete weitestgehend auf Aufmärsche und konzentrierte sich auf die gezielte Ansprache von Wählern und Wählerinnen. Viele kleine Kundgebungen und Infotische, Volksmusik, Gespräche am Gartenzaun sowie Zeitungen und Flugblätter mit einer Auflage im siebenstelligen Bereich. Von einer Protestwahl kann allerdings nicht die Rede sein. Dass die NPD eine Neonazipartei ist, wissen ihre WählerInnen und so wurde sie auch nicht trotz, sondern auch wegen rassistischer, antisemitischer und nationalsozialistischer Parolen gewählt. In etlichen Regionen gehören extrem rechte Einstellungen und Organisationen zum normalen politischen Meinungsspektrum. Das sächsische Landtagsmitglied Jürgen Gansel beschreibt das als eine »völkische Graswurzelrevolution«.

... if the nazis are united, they will never be divided?

Als am Wahlsonntag um 18.00 Uhr die Prognosen den Einzug in den Schweriner Landtag versprachen, fallen sich Spitzenkandidat Udo Pastörs, Wahlkampfleiter Holger Apfel und der Rest des sächsischen Supports jubelnd in der Arme. Am Rande stehen die Vertreter der Neonazi-Kameradschaften, deutlich weniger euphorisch, in dem extra für die TV-Kameras angemieteten Hotelzimmer. Dem Ueckermünder Maurer Tino Müller von Listenplatz 2 ist sein Unbehagen ob dieses Auftritts der NPD-Funktionäre und des Medienrummels deutlich anzusehen. Diese Mischung aus Unsicherheit und Abscheu strahlen auch seine Begleiter aus – neben Müllers Bruder, dem »Heimatbund Pommern«-Aktivisten Marco, sind auch der Chef des Salchower Neonazizentrums Alexander Wendt und der Sprecher des Kameradschaftsnetzwerks »Soziales und Nationales Bündnis Pommern« (SNBP) Michael Gielnik mit nach Schwerin gekommen. Auch wenn die Bundes-NPD nach eigenen Angaben 400.000 Euro und reichlich Personal in den Wahlkampf investiert hat – ohne die »Freien Nationalisten« wäre der erfolgreiche Antritt der Partei wohl kaum möglich geworden (siehe AIB # 71). Die spürbare Distanz der Kameradschaften zu den NPDlern wie Udo Voigt und Holger Apfel ist noch kein Indiz für ein Scheitern des Zweckbündnisses in Mecklenburg-Vorpommern. Die hiesigen Parteikader werden sich mit den Neonazigruppen arrangieren müssen. Die besten Ergebnisse für die Partei wurden in der Hochburgen die Neonazi-Netzwerke eingefahren und stärken Müller und Co. den Rücken. Der Parteistratege Peter Marx und der aus Greifswald stammende JN-Chef Matthias Rochow, beide werden aus Sachsen nach Schwerin wechseln, haben Erfahrungen im Umgang mit Kameradschaften.

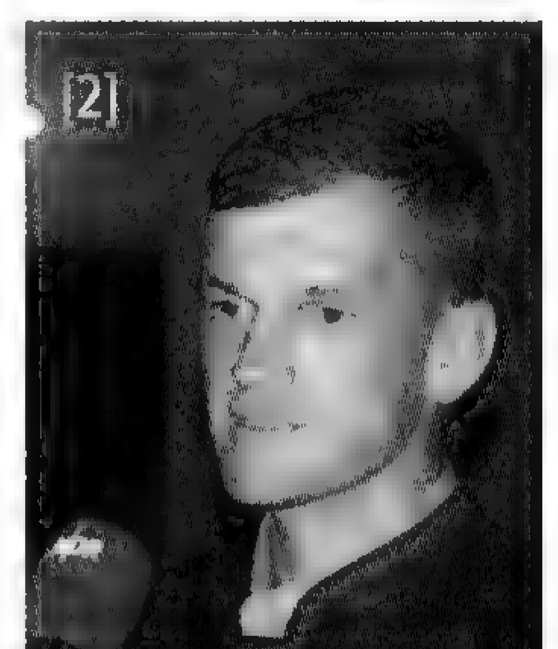
... und morgen die ganze Republik

Sollte es bei der Zusammenarbeit in Zukunft doch Probleme geben, ist immer noch ein »Nebeneinander« denkbar. Denn die durch den Wahlerfolg geschaffenen Ressourcen, wollen weder NPD noch Kameradschaften aufs Spiel setzen. Mit Abgeordnetendiäten, Parteienfinanzierung und Fraktionsgeldern erhält der Landesverband nach Informationen der Ostseezeitung in den nächsten fünf Jahren rund 4,5 Millionen Euro aus der Staatskasse. Die Partei wird damit eine weitere Stärkung und Verankerung rechter Strukturen vorantreiben. Die sechs Abgeordneten Udo Pastörs, Tino Müller, Michael Andrejewski, Stefan Köster, Birger Lüssow und Raimund Borrmann wollen in ihren Wahlkreisen Bürgerbüros eröffnen. Etliche weitere Kader, wie der Aktivist der »Mecklenburgischen Aktionsfront« David Petereit, werden als Mitarbeiter im wahrsten Sinne zu »Berufsneonazis«. Nicht zu unterschätzen ist auch der Motivationsschub den der Wahlerfolg der NPD in Mecklenburg-Vorpommern, aber auch in Berlin und Niedersachsen auslöst. Regional wollen Neonazis um weitere kommunale Mandate kämpfen. Die Bundesführung träumt bereits vom Einzug in die Landtage von Bayern und Hessen – und 2009 in den »Reichstag«.

Hart, aber ist so ...

Für die wenigen AntifaschistInnen in Mecklenburg-Vorpommern war das Abschneiden der NPD vorhersehbar. Das Ergebnis entspricht den Realitäten im Bundesland. Dennoch versuchten mehrere Gruppen mit der Kampagne »Keine Stimme den Nazis!« den Wahlkampf für antifaschistische Interventionen zu nutzen. Mit mehreren Demonstrationen, Infotischen, Konzerten, Stören von NPD-Ständen, Flugblattaktionen und dem Briefing von JournalistInnen machte sie auf lokale Neonazistrukturen aufmerksam und thematisierte deren Verankerung in der Bevölkerung. Als unabhängige Initiative rief die Kampagne nicht zur Wahl auf und kritisierte stattdessen die Rolle der Parteien beim jahrelangen Ignorieren und Runterspielen des rechten Organisierungsgrades in MV. Trotz des NPD-Ergebnisses sehen UnterstützerInnen die Kampagne als sinnvoll an. Die Aktivierung und Vernetzung von linken Gruppen war ein wichtiges Ergebnis der letzten Monate. Ungeachtet dessen bleibt die Feststellung, dass die Neonazis im Kampf um Köpfe, Strassen und Parlamente weitere Erfolge erzielen. Das wiederholte Palaver um »Entzauberung« und »Verbot« der NPD in der Politik illustriert erneut, dass sich ihnen zumindest im ländlichen Raum Ostdeutschlands niemand ernsthaft in der Weg stellt. ■





[1] Der NPD-Abgeordnete Michael Andrejewski .

[2] Der NPD-Abgeordnete Tino Müller am 17. September im Schweriner Schloss.



[3] Der NPD-Kandidat David Petereit (rechts) stammt aus regionalen Kameradschaftsstrukturen. Hier mit einem bewaffneten Kameraden im »Anti-Antifa«-T-Shirt.

Von der Partei ins Business

In Berlin versuchen sich einige altgediente Neonazis ein neues Wirkungsfeld zu schaffen.

In der letzten Ausgabe des Antifaschistischen Infoblattes hatten wir begonnen, die Verquickungen zwischen Neonazis und der Tätowierszene anhand des »Oi – The Tattobook« näher zu beleuchten. In dieser Ausgabe wollen wir einen Blick auf die Bundeshauptstadt Berlin werfen.



[1] Der Berliner »Club Asgard« als Treffpunkt des Gremium MC Chapter Berlin Darkside.

Wer sich im hiesigen Tattoogewerbe umschaut, stößt auf eine schwer durchschaubare Melange aus Neonazis, welche Anfang der 1990er Jahre in mittlerweile verbotenen Neonazi-Gruppierungen wie der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) sozialisiert wurden, Rockerclubs und Protagonisten der Neonazi-Musikszene. Auch in Berlin ist die Tätowier- und damit auch Rockerszene in zunehmendem Maße für Personen der Neonaziszene attraktiv.

Frühe Hinweise

Schon früh haben antifaschistische Kampagnen auf die Verbindungen von Neonazis mit Rockerclubs und Tätowierstudios hingewiesen. Auch das AIB hatte zuletzt in der Ausgabe # 65 über solche Mischszenen und den führenden BFC-Hooligan und »Hells Angels«-Member André Sommer und seinen Tattooladen »Kategorie C« berichtet. Die Kontakte von Neonazis ins mitunter kriminelle Milieu sind auch den Sicherheitsbehörden seit langem bekannt. Im August 2000 berichtete der ehemalige VS-Spitzel und Neonazikader Carsten Szczepanski (Königs Wusterhausen) dem Berliner Landeskriminalamt, dass der damalige Neonazikader Ralf Luckow Schusswaffen für sich und den Potsdamer Neonazisänger Uwe Menzel (»Proissenheads«, später »Bloodshed«) im Berliner Tattoostudio »Utgard« von Frank Lutz bestellt hätte. Ermittelt wurde wegen eines aufgeflogenen Waffendeals der Berliner, Potsdamer und Königs Wusterhausener Neonaziszene. Lutz gehörte Anfang der 1990 Jahre zu den Protagonisten der Ostberliner Neonazi-Szene und war Vorsitzender der Nationalen Alternative. Tattoostudios mit Bezug zur rechten oder neonazistischen Szene gibt es in Berlin relativ viele, oft tragen sie nordisch-mythisch aufgeladene Namen wie Grimnir, Asgard oder Utgard. Im Dezember 2005 wandte sich schließlich Antifaschisten aus Berlin-Marzahn (aa berlin-marzahn) in einem offenen Brief an verschiedene Chapter des Gremium Motorcycle Club Germany (Gremium MC), da sich in dessen damaligen Prospect-Chapter[1] »Berlin-Darkside« bekannte Neonazis tummeln würden. Insbesondere verwiesen sie auf Lars Burmeister, welcher von 1990 bis zu deren Verbot im Jahre 1995 Landesvorsitzender der FAP in Berlin war und seinen Kompagnon Percy Sauer. Sie wiesen darauf hin, dass der Gremium MC dazu benutzt werde, um halblegale Machenschaften zu verschleiern beziehungsweise sich hinter einem großen Club, welcher in der Biker- und Rockerszene angesehen ist, zu verstecken.[2] Der Brief wurde vom Gremium MC zur Kenntnis genommen, dass es zwischen dem Gremium MC und aktiven Neonazis Verbindungen gebe, wurde aber aufs Schärfste widersprochen. In einer uns vorliegenden Stellungnahme der Vorstände des Gremium MC Europe zu den ihren Motorradclub betreffenden Entwicklun-

1| Ein Prospect Chapter ist ein Chapter (lokale Unterabteilung) eines Motorradclubs in der Probezeit.
2| Brief der aa berlin-marzahn »Gremium MC Germany : Rocker und Neonazis« vom Dezember 2005,veröffentlicht am 17. Januar 2006, u.a. auf www.de.indymedia.org.
3| Stellungnahme der Vorstände des Gremium MC Europe. Stellvertretend & im Auftrag: Mike Asboe, Pressesprecher. 19. September 2006.

gen heißt es: »Ein Teil der genannten Personen ist zwar Mitglied beim Gremium MC, hat aber seitdem wir uns kennengelernt haben keinerlei Straftaten begangen, die im rechtsradikalen Umfeld anzusiedeln wären bzw. ist irgendwie politisch tätig gewesen«.[3] Eine letztendlich unerhebliche Feststellung, da es bei der Kritik durch die Antifaschisten nicht um Straftaten ging, sondern um die dahinterstehende Ideologie und eine durch die Schrecken des Nationalsozialismus begründete politische Verantwortung.



[1] Die Angeklagten Percy Sauer (rechts) und Alexander Bahls (mitte) im Oktober 2004 auf dem Weg ins Amtsgericht Parchim.

Von der Partei in den Motorrad Club?

Zur Sprache kam hier auch der seit September 2003 von Sauer betriebene Asgard-Tattooshop in Berlin-Marzahn. In dem Tattostudio »Asgard« und einem namens »Brotherhood« (Bruderschaft) in Berlin-Adlershof gehören die Rocker vom Chapter Berlin Darkside zur Stammbelegschaft, wobei zumindest das Brotherhood dem Gremium MC nahezustehen scheint, da deren Logo, die »Black Seven«[4], das Ladenschild umrahmt. Vor dem »Asgard« sieht man schon mal Burmeister und andere Rocker mit dem Gremium Colour zusammensitzen, während Sauer die Kundschaft im T-Shirt der Black-Metal-Band »Vrankenvorde«[5] berät und auf Nachfrage Tattoobilder mit NS-Symbolen wie der schwarzen Sonne präsentiert. Der Gremium MC erklärte dazu, ihm stünden keine Tattoostudios oder andere Firmen »nahe« und wie ihre Mitglieder, Freunde und Bekannten ihren Lebensunterhalt bestreiten, habe nichts mit dem Club zu tun. Weiter heißt es bezüglich des durch die SS kreierten Symbols der »Schwarzen Sonne«, einem zwölfarmigen Hakenkreuz: »Wenn jemand keltische, germanische oder sonst welche Tätowierungen trägt, ist er noch lange kein Neonazi«. Dass es Verbindungen in die extrem rechte Black Metal Szene gibt, wurde aber auch an anderen Stellen sichtbar. So besuchten Rocker des Chapter Berlin Darkside im September letzten Jahres das Rock for Roots-Festival in Nauen – das vom Semnonenbund e.V. organisierten Fest hat einen einschlägigen Ruf als Treffpunkt für extrem rechte Metal Fans. Die Protagonisten des Chapters plauderten nach Beobachtungen des Rechtsrock-Experten Michael Weiss angeregt mit Enrico Marx, einer der Führungsfiguren der Neonazi-Szene in Sachsen-Anhalt. Da Marx auch eine Größe im Rechtsrockgeschäft ist, vertrieb er auf dem Festival Musik seines Neonazilabels »Barbarossa Records«.

Alte Freundschaften

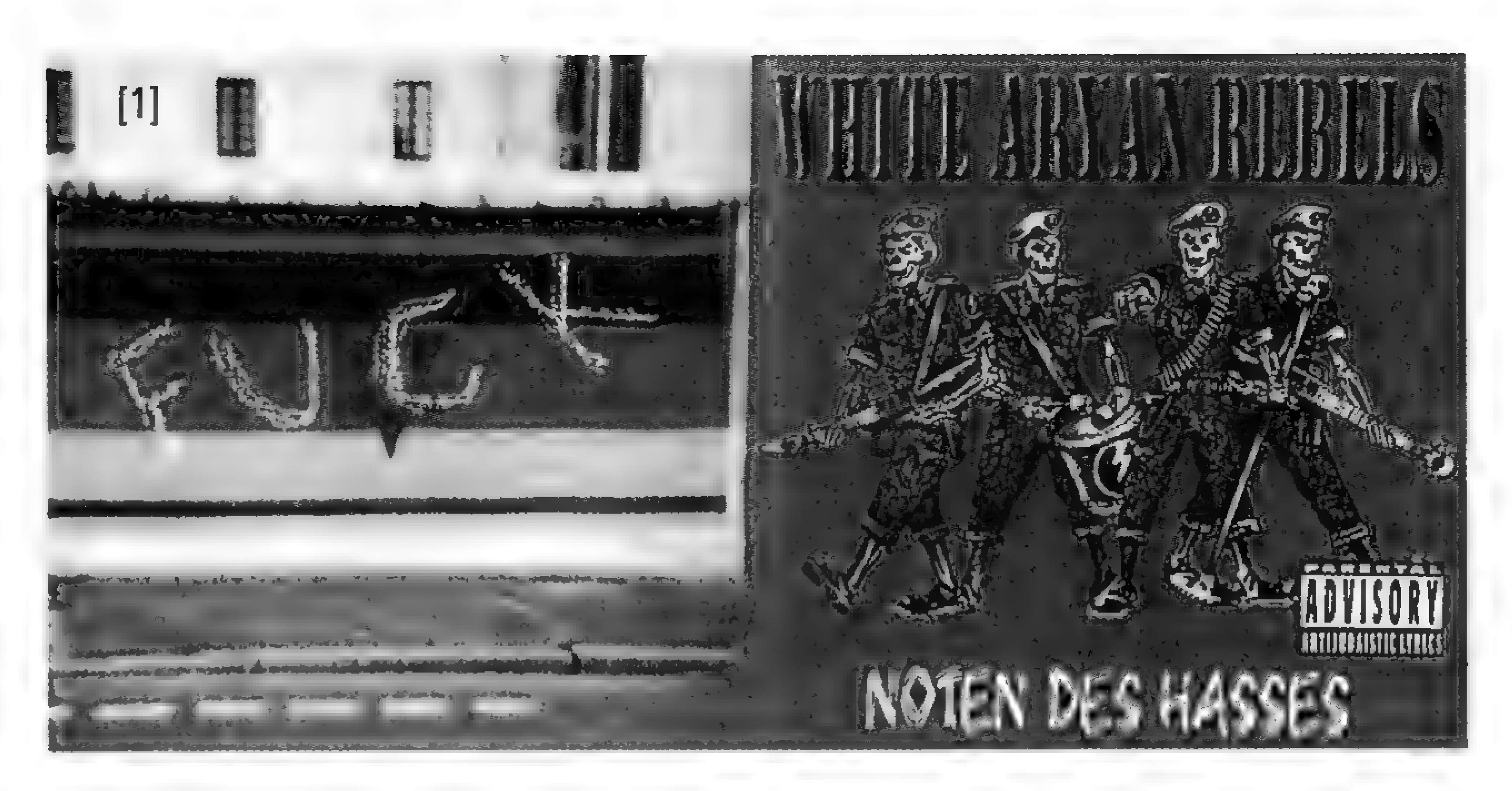
Burmeister wurde 1995 in Norwegen festgenommen, wohin er wegen eines Haftbefehls geflüchtet war, dieser war Folge gewalttätiger Übergriffe auf politische Gegner. So war er u.a. mit dem jetzigen Berliner NPD Kandidaten Eckart Bräuniger nach einem Überfall am Morgen des 25. Mai 1992 im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg verhaftet worden, bei dem das Opfer nahezu erblindete.[6] In Norwegen pflegte Burmeister Kontakte zu norwegischen Neonazis wie dem verurteilten Attentäter Ole Krogstad, einem führenden Vertreiber von Neonazimusik in Norwegen.[7] Die Marzahner Antifas nennen in ihrem veröffentlichten Brief weitere frühere politische Weggefährten aus FAP und Wiking Jugend (WJ), die nunmehr im Chapter Berlin Darkside tätig seien, so Paul Schnitzer, Marco Rudolf und Daniel Kmoch. Hierzu erklärte der Gremium MC, dass »keiner der drei Genannten je in der Wiking-Jugend Mitglied war«. Kontakte dieser Weggefährten gebe es den Recherchen der Marzahner Antifas zufolge, insbesondere zu den Neonazi-»Rockern« der Vandalen – Ariogermanische Kampfgemeinschaft. Die 1982 aus der Ostberliner Heavy-Metal-Szene heraus gegründeten Vandalen pflegten wiederum gute Kontakte zur Berliner FAP und der WJ (siehe AIB # 65). Sie haben in Berlin mittlerweile ein enges Netzwerk mit den Protagonisten der Neonazibands Landser und Spreegeschwader gebildet und betreiben mehrere Ladengeschäfte wie das »On the Streets« (Hennigsdorf) und das »Parzifal« (Berlin-Köpenick). Burmeisters damaliger FAP-Parteifreund Bräuniger machte sich in Berlin als ehemaliger Kroatiensöldner[8] und enger Vertrauter der Neonazi-Musikszene einen Namen. Kaum eine Veranstaltung, bei der er nicht polizeilich überprüft wurde, so beim 20. Geburtstag der Vandalen oder auch bei Treffen der rassistischen »Hammerskins«. Im Juni 2004 organisierte Bräuniger ein Konzert mit »Spreegeschwader« und dem Landser-Sänger in Berlin-Lichtenberg. Im April 2004 nahm ihn ein SEK der Polizei in einem Wald bei Finowfurt fest, als er mit der Kameradschaft Nordland eine Wehr- →

4| Der 7. Buchstabe im Alphabet ist das »G«, außerdem besteht der Name »Gremium« aus sieben Buchstaben.
5| Vrankenvorde trat sowohl bei den rfr Festivals, als auch im Club Asgard auf. Der Club wird von ihnen verlinkt.
6| Laut Anklage und Haftbefehl versperrten etwa zehn Neonazis ihrem Opfer den Weg, schlugen es, übergossen es am Boden mit Alkohol, zerschlugen ihm eine Flasche auf den Kopf und stahlen seine Schuhe.
7| AIB # 57, Herbst 2002, Nazischutzgebiete – zwei beispielhafte Biotope. Der »V-Mann-Skandal« in Guben.
8| Berliner Zeitung, Andreas Kopietz, Die NPD wird noch neonazistischer: Ehemaliger Söldner zum Landeschef gewählt, 24. November 2005.

sportübung durchführte. Diese Kameradschaft tauchte auch als »Schutzgruppe« bei den Prozessen gegen den Landsersänger auf. Die Band Landser wurde 1993 von einigen »Vandalen« gründet. Schlecht scheinen die Geschäfte in der Szene nicht zu laufen, so tauchen bei sogenannten Free-Fight-Kämpfen regelmäßig unverhohlen Tattoo-Sponsoren mit rechtem Background auf, so die Tattooshops Utgard und Grimnir. Percy Sauers Asgard Tattooshop findet sich auf den Flyern zur 1. Fight & Budo-Gala in Frankfurt/Oder oder zum 2. Offenen Preussen Cup (Submission-Grappling) in Berlin. Als eine Gruppe bekannter Neonazis aus dem beschriebenen Umfeld von Vandalen, Spreegeschwader und Hammerskins im April 2006 beim »Fightclub Berlin VII« auftauchten, platzte einigen antifaschistisch gesinnten Besuchern der Kragen, sie setzten das Neonazigrüppchen erfolgreich vor die Tür.

Eine arische Bruderschaft in Not

Burmeister begründete die »Weiße Arische Bruderschaft«, aus welcher die Neonaziband »White Aryan Rebels« hervorging, deren Bandleader und Sänger er war[9]. In einem Interview erklärte die Band: »Hass ist unser Antrieb, unsere Art zu leben und auch die Zukunft, die wir dem ***-System predigen« und weiter: »Textlich gesehen geht es um Totschlag, Massenmord und den ganz normalen Alltag«.[10] Die Produktion ihrer CD »Noten des Hasses« geriet für Burmeister allerdings zum Desaster. Seine beiden Helfer, der vormalige FAP-Aktivist und Betreiber eines Neonaziladens Toni Stadler (Guben) und der sächsische »Hammerskins«-Führer Mirko Hesse entpuppten sich als V-Leute des Verfassungsschutzes. Da die Band in ihren Texten offen zum Mord an Michel Friedman, Alfred Biolek und an Berliner Polizisten aufrief, ließ die Berliner Polizei die Produktion im Juli 2002 auffliegen[11] und Burmeister kam in Untersuchungshaft. Da er sich geständig und reuig zeigte, kam er mit einer 22-monatigen Haft auf Bewährung davon. Dass Gewaltphantasien, wie die der »White Aryan Rebels«, durchaus konkret werden können, zeigte sich am 10. Juli 1999, als nach einer Neonazidemonstration in Hamburg zwei Kleinbusse Berliner Neonazis an der Raststätte Stolpe auf eine achtköpfige Gruppe von Punks stieß. Diese attackierten die Punks und einer der Angegriffenen wurde schwer verletzt. Mit dabei Alexander Bahls, Vandalen-Aktivist und Bassist bei Spreegeschwader, der Neonazikader Lutz Giesen sowie Percy Sauer und Chris Fröscher, letzterer war, den Recherchen der AAM zufolge, ebenfalls im Gremium Prospect Chapter Berlin Darkside.



[1] Die »WAR«-CD → »Noten des Hasses« geriet für Burmeister zum Desaster.

Vom Szenetreff zum Clubhaus?

Der Treffpunkt der »Weißen Arischen Bruderschaft«, ein Klubhaus in Berlin-Marzahn, geriet im Juli 2002 ins Licht der Öffentlichkeit, als die Polizei den Club stürmte, da sich dort Neonazis zu einem Konzert mit den einschlägigen NS-Black-Metal Bands Magog und Totenburg getroffen hätten. Die Razzia wurde offiziell zur Gefahrenabwehr durchgeführt, da sich mehr als 100 Neonazis versammelt hätten.[12] Der Berliner Verfassungsschutz sprach später von der Eröffnungsfeier eines von einem Berliner Neonazi betriebenen Musik-Clubs, wobei der Betreiber und weitere Personen festgenommen wurden – bei dem Betreiber habe es sich um den WAR Sänger, sprich Burmeister gehandelt.[13] Nur einige Zeitungen erwähnten in diesem Zusammenhang, dass es sich um einen Bikerclub handelt, bzw. um ein »von Neonazis frequentiertes Biker-Clubhaus«.[14] Ausgerechnet am 20. Juli wollten sich Stadler, Burmeister und der Blood&Honour-Kader Thomas Persdorf[15] dort treffen, um eine Neuauflage der WAR-CD zu besprechen. Nach Informationen der Berliner Zeitung erhielt Stadler zuvor 1.970 Euro von Burmeister für eine Zweitauflage der CD.[16] Dem Bericht der Marzahner Antifas zufolge gehörten neben Burmeister auch die MC-Prospects Schnitzer, Kmoch und Rudolf zu den dort Festgenommenen. Auf die Frage, welche Konsequenzen der Gremium MC aus der Razzia zog, erklärt dieser: »Gar keine. Burmeister war zum genannten Zeitpunkt nicht Mitglied beim Gremium MC, gefunden wurde ebenfalls nichts, die ganze Aktion war also recht erfolglos«. Wegen eines geplanten CD-Release-Konzertes der NS-Black-Metal-Band Absurd im August 2005 wurde der Club Asgard ebenfalls Ziel einer Polizeirazzia. Der Club hatte sich bis dato als Veranstalter von Heavy Metal- bzw. Black Metal-Konzerten einen Namen gemacht, oft mit neonazistischen Bands wie eben »Absurd«.[17] Die Homepage des Clubs war und ist trotz einer zwischenzeitlich angestrengten Schließung durch das örtliche Bezirksamt unter der Adresse

9| Tagesspiegel, 28. Juli 2002, Der V-Mann flog auf. VS-Bericht Land Brandenburg 2002
10| Donnerschlag # 8, Interview mit W.A.R., 2002.
11| Tagesspiegel, 4. November 2002, Das Doppelleben des Toni S., Frank Jansen.
12| Berliner Zeitung, 29. Juli 2002, Potsdam verärgert über Geheimdienst-Panne, Andreas Kopietz
13| Verfassungsschutzbericht Berlin 2002, www.berlin.de/imperia/md/content/seninn/verfassungsschutz/stand2005/jahresbericht_2002.pdf
14| Die Tageszeitung, 28. Februar 2002, Jetzt ist Tonis Führer dran.
15| Persdorf gehörte zu den Hauptbeschuldigten im Blood & Honour-Nachfolgeverfahren (vgl. AIB 56, S.4) und ist Betreiber des Front Record aus Sachsen.
16| Berliner Zeitung, 10. August 2002, Ministerium:V-Mann wurde nicht gewarnt.
17| Allein im Jahr 2005 fanden, laut Eigenwerbung des Club Asgard, mindestens vier einschlägige Konzerte statt. Am 08. Januar spielte »Obscure Vortex«, welche auf ihrer CD ein Lied der Neonaziband Landser covert. Am 22. Januar spielte mit »Feuersturm« eine weitere extrem rechte Band, die bei dem Rechtsrocklabel Donnerschlag unter Vertrag ist. Am 19. Februar. spielte die Band »Creature«, die beim rechten Lable Christhunt (Christenjagd) veröffentlicht. Das Record Release Konzert der NSBM Band »Absurd« und ihres Albums »Blutgericht« am 6. August 2005 wurde von der Polizei beendet. Am 18. Juni traten →



[1] Lars Burmeister (rechts) stört mit FAP-Aktivisten ein Pressefest der PDS in Treptow.

club-asgard.com zu finden und auf einen gewissen Volker Schubert angemeldet, dieser wurde von lokalen Antifagruppen der Wiking Jugend zugeordnet. Bis Anfang 2005 war die Internetseite noch unter einer de-Domain zu finden, welche auf einen Alexander Stürmer angemeldet war. Stürmer war 1994 der Berliner Landesvorsitzende der Deutschen Nationalisten. Trotz der offengelegten Verbindungen zu teils gewalttätigen und über Jahre bekannten Neonazis und der öffentlichen Diskussionen – bis in die lokale Bezirksverordnetenversammlung – war derselbe Club alsbald das offizielle Clubhaus des Gremium MC Chapter Berlin Darkside.[18] Erst als wir einige Nachfragen bezüglich des Club Asgards stellten, kam Bewegung in die Angelegenheit: »Die zwei genannten Internetseiten-Betreiber und Mieter des Asgard sind keine Mitglieder beim Gremium MC, dessen Chapter Berlin-Darkside war allerdings zeitweise dort Untermieter«, räumte der MC Gremium ein und nahm die Adresse des Asgard von ihrer Internetseite. Das Chapter Darkside sei dort nunmehr nicht mehr Mieter. Dass sich die dort veröffentlichte Telefonnummer des »Security Chief« (Marco) vom Clubhaus vorher auch regelmäßig auf den Werbeflyern des Club Asgards fand, lässt an einem reinen Untermieterverhältnis berechtigte Zweifel. Schaut man auf die Vorgeschichte des Berliner Chapters, ergeben sich sogar Parallelen. Anfang 2004 befürchtete die Berliner Polizei einen Rockerkrieg. Das Cottbusser Gremium Chapter plante einen Ableger in Berlin zu gründen, was den Rockern der »Bandidos« nicht passte. Der designierte Präsident des Berliner Gremium-Ablegers wurde daher von einigen Bandidos zusammengeschlagen.[19] Brandenburger Biker Clubs wie der Spremberger »MC Berserker« – vor seiner Fusion mit dem Cottbuser Gremium MC – stellten wie auch die »Wild Cocks« aus Frankfurt/Oder Neonazis ihre Räumlichkeiten zur Verfügung. Bei einem Konzert im Clubhaus des MC Berserker am 16. Februar 2002 traten verschiedene NS-Metal-Bands und der Frontmann der Band Frontalkraft auf, etwa 200 Neonazis riefen »Sieg Heil« und zeigten den Hitlergruß.[20]

Schwache Reaktion

In einer veröffentlichten Antwort das Karlsruher Chapters des Gremium MC hieß es noch: »Das es sich bei den pressebekannten Vorfällen um dieses Lokal, bzw. diese Personen handelte, haben wir nun Eurer E-Mail entnommen. Wir werden dies im nächsten Jahr bei einem Meeting besprechen und hinterfragen.« Weiterhin führen sie aus: »(...) bekannter Weise und wie unser Name schon sagt, nehmen wir nicht jeden in unseren Kreis auf. Stellt jemand bei uns einen Antrag, so wird (...) die Lossagung von jeglicher evtl. radikaler Einstellung und/oder Vergangenheit als Grundsatz für eine Aufnahme im Hanground, bzw. Probestatus vorausgesetzt. (...)Wenn er sich in unsere Gemeinschaft integriert und nach Ihren Grundsätzen und Idealen lebt, geben wir auch jemandem mit radikaler Vergangenheit die Möglichkeit in unserer Familie ein neues Leben zu beginnen (...) Begleitet jemand eine Funktion in einer rechten Gruppe, so wird dieser Person die Mitgliedschaft im MC Gremium verwehrt, bzw. stellt sich dies heraus, so wird die Person konsequent aus unserer Gemeinschaft entfernt (...)«.[21] Trotz dieser eindeutigen Positionierung, wurde der offensichtlich von Neonazis mitgeprägte Probe-Chapter Berlin Darkside im Juli 2005 als Full-Chapter beim Gremium MC willkommen geheißen – der bundesweite Treffpunkt für neonazistischen Black Metal Club Asgard ist oder war, trotz der dort veranstalteten Konzerte, deren offizielle Anschrift.

Fazit

Offensichtlich will der Gremium MC, wie die meisten großen Rockerclubs, vor allem eins, von der Öffentlichkeit nicht behelligt werden. In einem Artikel des Tagesspiegel halten Sicherheitsexperten dem Rockerklub Gremium MC recht vorsichtig formuliert »Schnittmengen zur rechten Szene«[22] vor, da der Probe Chapter Darkside von früheren Mitgliedern der FAP und Kameradschaftsszene dominiert werde. Der Gremium MC verwahrte sich in einer Presserklärung gegen das Etikett »rechtsradikal« und droht Journalisten mit dem Gang zur Justiz. An und für sich gehören neonazistische Vorstellungen eher nicht zur Biker Philosophie. Bei konkreten Vorhaltungen wird aber meist abgewiegelt und relativiert. Anspruch und Realität klaffen bei der Thematik weit auseinander. Die Definition von Neonazismus entpuppt sich als eine, die an sich unpolitisch ist und bei der es nur um »radikale Ansichten« oder die Mitgliedschaft in verbotenen Gruppen geht. Die Schmerzgrenze, um jemanden aus politischen Gründen aus der »Gemeinschaft« auszugrenzen, ist angesichts immer wieder auftauchender Berichte über Verbindungen in die Neonaziszene – die sich auch in anderen Städten finden – jedoch scheinbar äußerst hoch. Mögliche Kritik in diese Richtung wird weggewischt: »Was gewisse Mitglieder in unseren zahlreichen Chaptern früher mal gemacht haben, interessiert uns nicht.« Eine Herangehensweise, die sie nur allzu leicht zur Spielwiese von Protagonisten der extremen Rechten macht. ■

»Walaskialf« auf, deren Demo-CD auf dem RechtsRock-Label »The Voice Records« erschien. In denen Jahren zuvor traten beispielsweise Wotanskrieger (22. Februar 2003) auf, die beim Neonazilabel Barbarossa Records veröffentlichen. Ein Konzert mit der NSBM Band Magog (Umfeld Skinheads Sächsische Schweiz) am 26. Juli 2003 fiel aus.

18| http://www.gremium.de/d/chapter-n.html eingesehen am 16. August 2006.

19| Tagesspiegel, 30. Januar 2004, Rockerkrieg in Berlin – Polizei greift ein. Jörn Hasselmann.

20| Verfassungsschutzbericht Land Brandenburg 20002, S. 80.

21| veröffentliche Antwort des Gremium MC Germany auf http://de.indymedia.org//2006/01/136672.shtml

22| Tagesspiegel, Frank Jansen – Sachdienliche Hinweise, 29. April 2006.

Fleißig, aber konzeptlos

Ein Zwischenresümee zu sieben Jahren Landtagspräsenz der DVU in Brandenburg

Seit 1999 sitzt die DVU in Fraktionsstärke im Brandenburgischen Landtag. Ihr fehlen vorzeigbare Köpfe und eine Idee, wie sich das Parlament als Bühne für die eigenen Politikvorstellungen effektiv nutzen ließe. Dennoch ist das Klischee vom chaotischen, korrupten, faulen und intellektuell überforderten Haufen, der aus der Parteizentrale in München ferngesteuert wird, nicht zutreffend. Im Gegenteil: Die märkische DVU hat im Laufe der Jahre den Gang auf dem parlamentarischen Parkett gelernt und versucht sich an scheinkonstruktiver Oppositionspolitik – wenn auch mit mäßigem Erfolg.



[1] Konstituierende Sitzung des im August 1999 neu gewählten Landtages in Potsdam. Die DVU-Abgeordnete Liane Hesselbarth (2.v.r.) und ihr Kollege Sigmar-Peter Schuldt (1.v.r.) enthalten sich einer Abstimmung.

Fast schon mitleiderregend sind die Anekdoten, die über den inzwischen verstorbenen damaligen DVU-Abgeordneten im Brandenburger Landtag Werner Firneburg zu hören sind. Eines Tages war es dem über 70jährigen Landtags-Alterspräsidenten wohl etwas zu warm im Sitzungssaal und der gerade laufenden Debatte mochte er auch nicht recht folgen. Firneburg machte es sich bequem und schlummerte für lange Minuten in seinem Sessel ein. Die Fraktionskollegen wurden erst darauf aufmerksam, als der sichtlich pikierte Schriftführer des Landtages zur DVU-Bank lief und besorgt fragte, ob er womöglich einen Schlaganfall erlitten habe. Solcherlei Geschichten ließen sich en masse über die Brandenburgische DVU aufzählen. Doch eine adäquate Charakterisierung ihrer Parlamentsarbeit ergäbe sich daraus nicht. Nach sieben Jahren hat die Fraktion gelernt, wie das Arbeiten im Landtag funktioniert.

Seriös und grau

So gut sie können, spielen sie mit – eher bemüht, in biederem Grau Gemäßigtheit und Seriösität zu repräsentieren als mit brachialer Rhetorik zu provozieren. »Obstruktion als Politikprinzip«, wie das NPD-Parteiblatt »Deutsche Stimme« konstatiert, ist es gerade nicht, was die DVU in Brandenburg auszeichnet. Vielmehr machen sie unspektakulär das, was kleine Oppositionsfraktionen fast jeder Partei tun würden: Die eigenen Kernthemen bedienen, tagesaktuelle Diskussionen aufgreifen, Sachvorschläge mit polemischer Kritik und überzogenen Forderungen würzen. Gesetzesinitiativen, Anträge und Anfragen der DVU-Fraktion befassen sich mit Dingen wie der Aufnahme eines Tierschutz-Abschnitts in der Landesverfassung, der Rechtschreibreform, der Sicherheit im Straßenverkehr, der Zukunft der Galopprennbahn in Hoppegarten oder der Fahrtkostenübernahme für auf Dörfern lebende Schüler. Ein Schwerpunkt ist die Sicherheitspolitik. Regelmäßig werden in populistischem Tonfall härtere Haftbedingungen für Kriminelle gefordert. Immer wiederkehrendes Motiv ist der Ruf nach einer Senkung von Politikerbezügen. Gerne, aber weniger häufig, werden Vorschläge gemacht, »Asylanten-Kosten« zu senken oder Anfragen gestellt, die in die gleiche Richtung zielen. Eine deutliche Sprache sprechen auch Beiträge, die sich gegen einen linksalternativen Jugendklub in Strausberg, das Landesprogramm »Tolerantes Brandenburg« oder die Blockade des

Neonaziaufmarsches in Halbe im vergangenen November durch ein Bürgerbündnis richten. Eine der wenigen Schlagzeilen, die die DVU in diesem Jahr provozierte, drehte sich um eine die Wehrmacht verherrlichende Rede, die Sigmar-Peter Schuldt im September im Landtag hielt. Ein Blick in eine beliebige Ausgabe der Quasi-Parteizeitung »Nationalzeitung« genügt, um zu wissen, dass auch die Brandenburger DVUler extrem rechte Ziele verfolgen. Im Parlamentsbetrieb legen sie aber Wert darauf, ureigene Themen weniger lauthals anzusprechen und eher den »Anwalt der kleinen Leute« zu mimen. Fraktionschefin Liane Hesselbarth war sich zum Beispiel nicht zu schade, den Tod von Problembär Bruno in Bayern zu kommentieren: »Deutschland hat sich schon wieder lächerlich gemacht. In anderen Ländern ist es möglich, dass Bären und Menschen friedlich zusammen leben«, klagte sie. Feststehen dürfte, dass Quantität und Qualität der DVU-Arbeit im Laufe der Jahre kontinuierlich gewachsen sind. Abgeordnete wie Hesselbarth oder Birgit Fechner haben inzwischen zumindest die Grundzüge der parlamentarischen Arbeitsweise verstanden. Von der Parteizentrale in München wird immer weniger vorformuliert, wenn dies denn überhaupt jemals in großem Maße passiert sein sollte. Der Brandenburger Landesverband hat, typisch für die ganze DVU, kein reges Parteileben an der Basis vorzuweisen.

Strukturaufbau

Doch wurden die Jahre im Landtag erfolgreich genutzt, funktionierende Strukturen aufzubauen. 300 Mitglieder hat die DVU in Brandenburg. Hin und wieder finden Stammtische statt, die Jahresplanung sieht auch Infotische, Kranzniederlegungen (etwa zum Mauerbau in Berlin oder als »Heldengedenken« in Halbe), eine Mitgliederversammlung und eine Weihnachtsfeier vor. Seit einigen Monaten ist die DVU um Fördergelder für kommunalpolitische Bildungsarbeit bemüht – bisher jedoch erfolglos. Das jährliche Sommerfest in Seefeld besuchten 2006 rund 500 Gäste. Ihrer festen Klientel kann die DVU durchaus Angebote machen. Neben den Mandaten im Landtag verfügt die DVU über etliche Sitze in Gemeindevertretungen und Kommunalparlamenten in Brandenburg. Vor allem dem Unmut in weiten Teilen der Brandenburger Bevölkerung gegenüber den Hartz-IV-Reformen dürfte es zu verdanken sein, dass die DVU mittelfristig auch die Größe ihrer Wählerschaft stabilisieren konnte. Nach 5,3 Prozent 1999 erlangte sie bei den Landtagswahlen 2004 (auf dem Höhepunkt der Sozialproteste und mit Anti-Hartz-IV-Slogans im Wahlkampf) sogar 6,1 Prozent. Die fünfköpfige Fraktion gewann ein Mandat hinzu. Nach außen tritt die Fraktion relativ geschlossen auf – keine Spur von der desaströsen Performance, die die DVU-Fraktion in Sachsen-Anhalt in den Jahren 1998 bis 2002 darbot. Grob lassen sich die sechs Abgeordneten in zwei Lager einteilen: Der DVU-Landesvorsitzende Sigmar-Peter Schuldt sowie Birgit Fechner und Liane Hesselbarth machen durch ihre Äußerungen im Zweifelsfall klar, dass sie extrem rechts orientiert sind. Markus Nonninger, Michael Claus und Norbert Schulze hingegen sind zauderhafter und scheinen eher ultrakonservativ zu denken. Nonninger und Claus äußerten gar Bedenken gegen den »Deutschland-Pakt« zwischen NPD und DVU, weil ihnen die NPD zu radikal sei. Unter den Fraktionsmitarbeitern tummeln sich altbekannte Gesichter. Der Berliner DVU-Landesvorsitzende Dietmar Tönhardt arbeitet für Schuldt. Seine Ehefrau, die 52-jährige Manuela Tönhardt, ist bei Nonninger angestellt und trat bei den Berliner Abgeordnetenhauswahlen auf Platz 2 der NPD-Liste an. Fraktions-Pressesprecher ist der ehemalige JN-Bundesvorsitzende, »Anarcho-Nationalist« und Neuheide Thilo Kabus. Die größte Sorge der Brandenburger DVU dürfte indes wohl die breite Nichtwahrnehmung ihrer parlamentarischen Bemühungen sein. Dabei sind ihre Themen durchaus geeignet, Stimmungen in der Bevölkerung aufzugreifen. Nur genau das passiert nicht. Die immerhin DVU-skeptischen Medien im Land berichten kaum über Parteiinitiativen und andere Kommunikationskanäle hat die DVU bislang nicht finden können. Wenn Schulklassen durch den sächsischen Landtag geführt werden, scheinen sich die Schüler vorrangig für die Politik der NPD zu interessieren und fragen gezielt danach. In Brandenburg aber sind Schüler oft regelrecht erstaunt darüber, wenn sie erfahren, dass dort auch die DVU vertreten ist.

Von Wahlkampfzeiten abgesehen, ist die DVU-Präsenz in Brandenburg wenig spürbar. Auch im Parlament wird die DVU von den restlichen Abgeordneten überwiegend schlichtweg ignoriert. DVU-Anträge, auch solche die für sich keine rechtsextremen Inhalte transportieren, haben keine Chance, angenommen zu werden. Am ehesten zeigt sich die in Brandenburg zusammen mit der SPD regierende CDU geneigt, diese Isolation aufzubrechen. »Ein Teil davon ist inzwischen sicherlich Allgemeingut«, wusste CDU-Innenminister Jörg Schönbohm schon im Jahr 2004 zur Ausländerpolitik der DVU zu sagen. Bei geheimen Abstimmungen zu Personalfragen bekamen die jeweiligen DVU-Kandidaten in einigen Fällen acht Ja-Stimmen. Die beiden Zusatzstimmen werden gemeinhin in der CDU-Fraktion vermutet.

Fazit

Ein klareres, auffälligeres Profil zu erlangen, dürfte bis zu den nächsten Wahlen 2009 aus Sicht der DVU wohl die drängendste Aufgabe sein. Provokantes und schlagzeilenträchtiges Auftreten à la NPD Sachsen würde dabei sicherlich helfen. Die DVU scheint aber nicht gewillt, diesen Weg zu gehen. Zu groß ist die Angst, ihr konservatives, deutschnationales Wahlklientel mit parlamentarischen Poltereien zu verschrecken. ■

»Pack schlägt sich, Pack verträgt sich«

Die NPD und die »freien Kräfte« in Sachsen

Es ist ein zwiespältiges Verhältnis zur NPD, welches die Neonazis haben, die nicht in der Partei beziehungsweise in deren unmittelbarem Umfeld organisiert sind. Während die einen sich »angekommen« wähnen, in den Schaltzentralen der Macht, respektive Sächsischer Landtag, werfen die anderen genau das der NPD vor. Sie sei zu keiner »fundamentalen und revolutionären Systemopposition« willens und fähig und damit »systemimmanent und nicht systemoppositionell«, geschweige denn revolutionär. Das trifft natürlich die Achillesferse der NPD, ist das Selbstverständnis als einzige wirklich oppositionelle Kraft im Landtag doch allgegenwärtig und verinnerlicht.

Schon lange hat die NPD die Notwendigkeit erkannt, »freie Kräfte«, also parteiungebundene Neonazis aus dem Kameradschaftsspektrum einzubeziehen, um schlussendlich erfolgreich zu sein. Hierzu wurden verschiedene Stoßrichtungen verfolgt. Die »Volksfront von rechts« wurde nicht nur als Bündnis mit anderen rechten Parteien wie der DVU, sondern auch als Bündnis mit nichtparteilichen Gruppierungen und Aktivisten propagiert. Der Parteivorsitzende Udo Voigt stellte dabei den Führungsanspruch der NPD nie in Frage, betonte ihn stattdessen, oft zum Unwillen der »Freien«: Die NPD meine es ernst mit dem »Schulterschluß aller volkstreuen Deutschen« und sei bereit, »Parteiinteressen zum Wohl des großen Ganzen zurückzustellen«. »Jedem Aktivisten sollte daher klar sein: Wer wirklich die Einheit der Nationalen anstrebt, kann dies nur mit und innerhalb der NPD verwirklichen.«

Hegemoniestreben

Dieser Anspruch wurde bekräftigt durch eine neue vierte Konzeptsäule der Partei. Neben den »Kampf um die Straße«, den »Kampf um die Köpfe« und den »Kampf um die Parlamente« trat der »Kampf um den organisierten Willen« – eine Umschreibung für den Kampf um die Hegemonie und Meinungsführerschaft im neonazistischen Lager. Einige bundesweite Kader der Kameradschaftsszene folgten dem Ruf der NPD – und den versprochenen Posten und Funktionen. So wurde beispielsweise Thomas »Steiner« Wulff aus Hamburg in den Bundesvorstand der NPD aufgenommen und forderte prompt im August 2004 in einem Aufruf an alle »Freien Nationalisten«: »Es kommt jetzt auf uns an, Kameraden! Egal, ob in der Partei organisiert oder in freien Zusammenhängen arbeitend – Helft im sächsischen Wahlkampf – Helft siegen!«

Und so halfen militante Neonazis bei Plakatieraktionen, Infoständen und Veranstaltungen tatkräftig mit, auch in der Hoffnung, nach einer erfolgreichen Wahl entlohnt zu werden. Jedoch erhielten nur einzelne Aktivi-



[1] »Freie Kräfte« wollen ein agressives Vorgehen mit neue Aktionsformen kombinieren. Hier Auseinandersetzungen mit Antifaschisten am 1. Mai 2006 in Leipzig.



[1] Die NPD gilt in Teilen der Neonazi-Szene als reaktionär und systemimmanent. Hier sächsische NPDler im Februar 2006 zusammen mit Polizisten bei einer Kranzniederlegung auf dem Dresdner Heidefriedhof.

sten Posten bei der NPD. Darunter Thomas Rackow, der als Gründungsmitglied der SSS verurteilt worden war und inzwischen Funktionär der Jungen Nationaldemokraten ist. Damit einher ging eine ständig schwelende Kritik an Rackow und der NPD als solche. Geäußert wird sie in Sachsen vorrangig aus dem Umfeld der Dresdner Szene, die sich um Personen wie Ronny Thomas und Maik Müller gruppiert. Sprachrohr sind hier das Internetportal »freie-offensive« genauso wie die zumeist monatlich erscheinenden »Freien Rundbriefe«, die es in verschiedenen Regionen gibt.

Der Hauptvorwurf, der gegen die NPD vorgebracht wird, wiegt schwer. Sie habe sich vom Volk entfernt und sei zum »Besitzstandswahrer der Parteipfründe« geworden. So schreibt »freie-offensive«: »Entgegen einigen Teilen der Partei sind wir nicht der Auffassung, dass sich kontinuierliche politische Erfolge ausschließlich durch Stimmungsmache und populistische Parolen erreichen lassen. Vielmehr muss dieser Erfolg hart erarbeitet und erkämpft werden. Unsere gemeinsamen Ziele und Alternativen – sofern man denn welche anzubieten hat – müssen ins Volk (nicht Bevölkerung) hineingetragen und da verankert werden. Stimmungen können sich allzu schnell ändern – und dann?« Die »Freien Kräfte« sehen sich allein als den dynamischen Teil der Szene. Sie sind aktionistisch, erlebnisorientiert und wollen schnell sichtbare, wenn auch kleine, Erfolgserlebnisse. Sie wollen – in ihrer Diktion – nicht auf Parteiveranstaltungen Reden schwingen, sondern die Missstände im und aus dem Volk direkt benennen. Entsprechend sind sie verhältnismäßig agil, ermöglicht durch einen hohen und verbindlichen gleichzeitig aber subkulturellen Zusammenhalt. Immer öfter führen sie nicht öffentlich angekündigte spontane Aktionen, wie Flugblattverteilungen und Kundgebungen durch. Wenn auch die Zustimmung der Bevölkerung dabei zumeist nur in ihrer eigenen Wahrnehmung so überzeugend existiert, schaffen sie für die Binnenwirkung bleibende Erlebnisse. Der Gruppenzusammenhalt und das Bewusstsein um den eigenen elitären und revolutionären Anspruch schweißen enger zusammen. Die NPD dagegen wird als reaktionär und altbacken empfunden. Ihre ideologischen Zielstellungen seien zwar prinzipiell richtig aber nicht radikal und offensiv genug formuliert und umgesetzt. Der Parlamentarismus der NPD habe zu einer bestimmten Art von »Angepasstheit« geführt. Weder für die NPD noch für die »Freien Kräfte« sind diese Streitereien besonders bedrohlich. Vielmehr nutzen sie langfristig beiden Seiten. In der Abgrenzung gegenüber dem anderen schärfen beide Seiten das eigene Profil. Indem die eher jüngeren auf der Straße und in den jugendlichen Lebenswelten, den neonazistischen Mainstream verbreiten und weiter subkulturell ausdifferenzieren, bieten sie erlebnisorientierte, aktionistische und gleichfalls politische Freizeitbeschäftigungs- und Engagementmöglichkeiten. Den konspirativ durchgeführten Neonazikonzerten, stellt die NPD legale Konzerte mit Volksfestcharakter für das gesetztere Publikum entgegen.

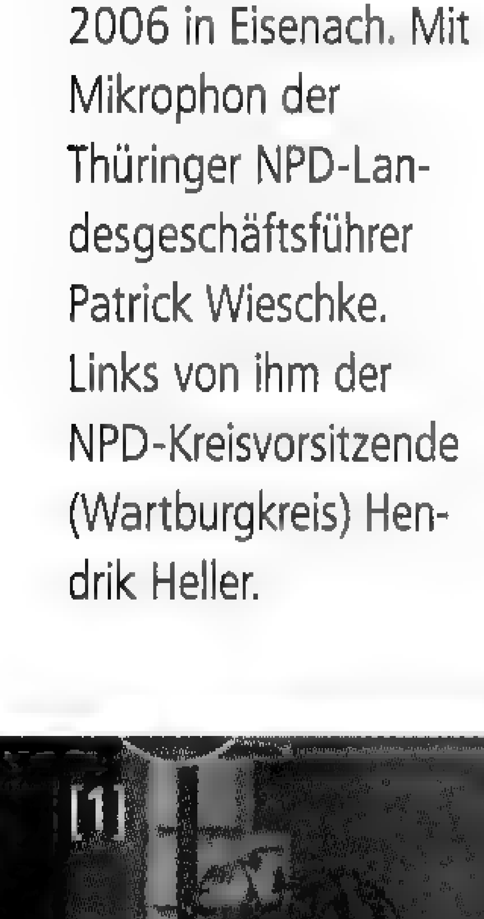
Elitäre Allüren

Es ist ein von Auseinandersetzungen geprägtes Verhältnis im sich vollziehenden Übergang von rechten und neonazistischen Subkulturen zu einer Bewegung, die Schnittstellen und Rückzugspunkte in alle Bereiche der Gesellschaft umfasst und sich aus ihnen speist. In der ständigen Abgrenzung zum Gegenüber findet auch eine ständige Radikalisierung statt. Diese ist derzeit bei den »Freien Kräften Sachsen« zu beobachten. Sie gehen zunehmend dazu über, militantes und aggressives Vorgehen mit neuen und für sie ungewohnten Aktionsformen zu kombinieren. Gleichzeitig findet im Hintergrund eine fortschreitende konspirative Organisierung der sachsenweit Aktiven statt. Vom Konzept organisierter Kameradschaften wird Abstand genommen zugunsten einer strukturell lose verbundenen Group-Struktur. Die gestiegene logistische Unabhängigkeit und der gewachsene Radius an Aktionsmitteln dienen als Selbstbestätigung der »Freien«. Es fördert und bestärkt sie zugleich in dem Drang der authentischere, der radikalere und schlussendlich revolutionäre und deshalb wichtigste und elitäre Teil der Bewegung zu sein. Ein Widerspruch zum Führungs- und Alleinvertretungsanspruch der NPD. ■

Es braucht hier schon etwas mehr als Alarmismus

Die Thüringer NPD – auf dem Weg in den Erfurter Landtag

Nach dem Einzug der NPD in den Schweriner Landtag schwimmen auch die Neonazis in Thüringen auf einer Euphoriewelle und wähnen sich auch hier schon im Landtag. Dieser Artikel ist der Versuch zu untersuchen, ob es in Thüringen dafür die Voraussetzungen und die Strukturen gibt und zu beschreiben wie die Neonazis dabei vorgehen.



[1] »Antiamerikanischer Aktionstag« der NPD am 16. August 2006 in Eisenach. Mit Mikrophon der Thüringer NPD-Landesgeschäftsführer Patrick Wieschke. Links von ihm der NPD-Kreisvorsitzende (Wartburgkreis) Hendrik Heller.



Erklärtes Ziel der Thüringer NPD ist es, 2009 mit Fraktionsstärke in den Landtag einzuziehen. Dafür bereitet sie seit geraumer Zeit das Feld. Gliederte sich die NPD im Jahr 2003 noch in sieben Kreisverbände, so sind es aktuell 13. Auch ihre Mitgliederzahl ist im gleichen Zeitraum nach eigenen Angaben von 150 auf 437 (Stand Juli 2006) gestiegen. Damit haben sie fast die Thüringer Grünen erreicht. Durch ihre flächendeckende Präsenz in Thüringen und mit Unterstützung der Freien Kameradschaften hofft die NPD, einen für sie erfolgreichen Wahlkampf führen zu können. Spannend wird sein, ob sich die NPD an ihre Vereinbarung mit der DVU halten wird. Diese sieht für die Landtagswahl 2009 ein Antreten der DVU in Thüringen vor. So zitierte die Berliner Zeitung schon jetzt den NPD-Vizechef Peter Marx, dass der »Deutschland-Pakt« mit der DVU neu verhandelt werde müsse, wenn die NPD in Mecklenburg-Vorpommern in den Schweriner Landtag einziehen sollte, was nunmehr geschehen ist. Das Dementi vom NPD Parteisprecher Klaus Beier, dass der Vertrag mit der DVU eingehalten wird, wirkt dabei eher wenig überzeugend. Denn allein unter der Führung der NPD werden die Freien Kameradschaften zu bewegen sein, aktiv Wahlkampf in Thüringen zu betreiben. Die anderen extrem rechten Parteien (DVU, DP, REP) spielen in Thüringen de facto keine Rolle und entwickeln auch fast keine Aktivitäten. Erwähnenswert ist lediglich das DVU-Stadtratsmitglied Uwe Bäz-Dölle in südthüringischen Lauscha. Er gilt als angesehener und engagierter Lokalpolitiker und erreichte bei der Bürgermeisterwahl im Mai diesen Jahres erschreckende 18 Prozent.

Bei den Landtagswahlen in Thüringen im Juni 2004 erreichte die NPD 1,6 Prozent – knapp 15.700 Menschen wählten sie. Bei den 15 Monate später durchgeführten Bundestagswahlen erzielte sie 3,7 Prozent oder knapp 53.000 absolute Wählerstimmen. Auf der Landesliste der NPD kandidierten dabei Walter Beck und Uwe Bäz-Dölle von der DVU und Kurt Hoppe von der DP. Die NPD festigte damit nicht nur ihre Vormachtstellung im extrem rechten Lager – die Republikaner erhielten 0,7 Prozent (knapp 10.000 Stimmen) – sie erreichte nach Sachsen auch das zweitbeste Landesergebnis. Gerade in ländlichen Gegenden oder in der Peripherie von größeren Städten und vor allem dort, wo schon seit längerem extrem rechte Akteure und neonazistische Organisationen relativ ungehindert für ihre ideologischen Ziele werben können, erreichte die NPD deutlich über fünf Prozent. Viele bewerteten die Wahl als Protestwahl und blendeten so die eigentliche Situation aus. Denn Neonazis haben sich in den letzten Jahren vermehrt lokalen Themen zugewandt bzw. nutzen diese, um



ihre völkische Ideologie zu verbreiten und sich als Sprachrohr der von den großen Volksparteien Vergessenen darzustellen. So beteiligen sich Neonazis aktuell mit Transparenten und Flugblättern an den Protesten gegen die geplanten Subventionskürzungen der Thüringer Theater, protestieren gegen Müllverbrennungsanlagen oder säubern Parks und Kriegsdenkmäler.

Rechtsextreme Lokalblätter

Im Zuge ihrer Bemühungen, sich als ernstzunehmender kommunalpolitischer Akteur zu etablieren, stellen lokale extrem rechte »Mitteilungsblätter« ein wichtiges Medium ihrer Öffentlichkeitsarbeit dar. Sie haben so unscheinbar daher kommende Namen wie »Der Rennsteig Bote«, der vom Neonazi-Kader Sebastian Reiche für den Landkreis Gotha herausgegeben wird. Reiche war lange in der Kameradschaftsszene aktiv und ist seit April 2006 Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Gotha und seit Juli im Landesvorstand der Thüringer NPD. Für Eisenach und Umgebung gibt es den »Der Wartburgkreis Bote«, für den sich Patrick Wieschke verantwortlich zeigt. Wieschke ist einer der aktivsten Neonazis in Thüringen. Wegen der Beihilfe an einem Sprengstoffanschlag auf einen türkischen Imbiss in Eisenach im Mai 2000 verbrachte er zwei Jahre im Gefängnis. Seit diesem Jahr übt er die Funktion des Landesgeschäftsführers für die Thüringer NPD aus. Die Auflage der beiden Hefte beträgt circa 20.000 und erreicht die Haushalte per Postwurfsendung. Der extrem rechte Hintergrund der Autoren ist für nicht besonders an Politik interessierte Menschen schwer zu erkennen. Die Artikel kritisieren meist die großen Volksparteien und stellen sich als Sprachrohr der Interessen und der Probleme der »kleinen Leute« dar. Das gleiche Ziel verfolgt die »Bürgerstimme«, das »Mitteilungsblatt freier Kräfte der Region Erfurt – Arnstadt«.



Der Herausgeber Patrick Paul studiert und wohnt in Erfurt und ist einer der intellektuellen Köpfe der Neonazis in Thüringen. Auf Demonstrationen setzt er sich schon mal mit der »Frankfurter Schule« auseinander. Jüngst konnte sein Praktikum im Erfurter Landtag in letzter Minute verhindert werden. Anders als die schon genannten Lokalblätter äußert sich die »Bürgerstimme« offen rassistisch, indem sie beispielsweise Kindergeld nur für deutsche Kinder oder die »Einquartierung« von zehn Schwarzafrikanern« in Wohnungen von namentlich genannten Antifaschisten fordert.

Die DVU-Postille »Der Pappenheimer« wird per Postwurfsendung im südthüringischen Lauscha und Umgebung verteilt. Für diese zeichnet sich der 37jährige Finanz- und Unternehmensberater Mike Steiner verantwortlich, welcher einer der Köpfe der Kameradschaft Lauscha ist und auch dem Thüringer Heimatschutz zuzurechnen ist. Artikel von Udo Voigt zeigen die extrem rechte Intention des Blattes. Zu lesen ist auch von Aktivitäten der örtlichen Kameradschaft, die sich für die Pflege und den Erhalt von Wanderhütten einsetzt.

Verhältnis von NPD und Freien Kameradschaften in Thüringen

Nachdem Frank Schwerdt im April 2001 den Landesvorsitz übernommen hat, lässt sich eine intensivere Zusammenarbeit von NPD und freien Kräften beobachten. Der im Bundesvorstand der NPD sitzende Schwerdt steht schon seit den 1990er für die enge Zusammenarbeit mit den Kameradschaften. Es gibt in Thüringen keinen einzigen Neonazi-Kader, der der NPD mit Vorbehalten entgegen tritt. Im Gegenteil, denn in den letzten Jahren sind Leute wie Michael Burkert (Gotha), Martin Rühlemann (Weimar), Sven Geyer (Arnstadt), Reiche und Wieschke in die NPD eingetreten und haben dort Führungspositionen eingenommen. Andere aktive Thüringer →

[1] Der Erfurter Student Patrick Paul als Redner auf der »Antikap«-Demonstration in Arnstadt am 1. April 2006

[2] »Zinssklaven« auf der »Antikap«-Demonstartion am 1. April 2006 in Arnstadt. Den »Kapitalisten« ganz links spielt der NPD-Kreisvorsitzende (Ilmkreis) Sven Geyer.

Sport als Deckmantel

Der BFC Dynamo als Spielball von Rockern, Neonazis und Hooligans

Sportlich spielt der Berliner Fussballclub (BFC) Dynamo kaum eine Rolle. Man hält sich mit Ach und Krach in der vierten Liga und zehrt von altem Ruhm. Zu DDR-Zeiten war man Rekordmeister und nahm auch am Europapokal teil. Diese Zeiten sind jedoch lange vorbei und nach der Wende tickten die Uhren etwas anders im Nordosten Berlins.



In den Schlagzeilen war man oft, nur eben nicht mit sportlichen Erfolgen, sondern meist mit allerlei Eskapaden im wirtschaftlichen oder kriminellen Bereich. So hatte man schnell einen Ruf als Hooliganclub weg und etablierte sich in Berlin zu einem Sammelbecken von rechten »Problemfans«. Mitglieder der Berliner Kameradschaftsszene besuchen regelmäßig die Spiele des BFC und auf Neonazidemonstrationen sind Fanartikel oft gesehene Kleidungsstücke. Da beim BFC die Uhren aber eben etwas anders ticken, haben diese »Problemfans« es immer wieder geschafft, die jeweilige Vereinsführung zu beeinflussen oder gar zu übernehmen. Ende 2001 wurden die beiden Hells Angels-Mitglieder Andre Sommer und Rayk Bernt in den Vorstand des BFC berufen. Dies war ein wichtiges Zugeständnis an die rechte Fanszene. Während Bernt sich auf das Geldverdienen mit diversen Internetshops und Merchandise-Produkten für die rechte Hooliganszene konzentriert, ist Sommer stärker in das Tagesgeschäft des BFC eingebunden. Sommer, der die Rechte am Logo des BFC hält und somit nach Gutsherrenart Forderungen an den Verein stellen kann, ist auch Betreiber des Berliner Fussballcafes, einem Treffpunkt rechter BFC-Anhänger. In dieser Kneipe fanden bereits Razzien in Zusammenhang mit der Neonaziszene statt und der Berliner Neonazi und BFC-Fan Oliver Schweigert rühmt sich auf Kameradschaftstreffen mit einer Integration der Besucherschaft des BFC-Cafes in die Neonaziszene. Ausserdem besitzt Sommer mit dem Szene-Laden Kategorie C eine weitere Schnittstelle zwischen Fanszene und Neonaziszene. Mit dem Auftauchen der Rocker im Vorstand waren auch diverse Sponsorenverträge zwischen dem BFC und Sommers Geschäften verbunden. Damit verankerte er sich noch fester im Verein und konnte seinen Einfluss steigern. Dennoch liess sich ein Verein mit zwei Hells Angels an der Spitze nicht ordentlich führen und Sommer und Bernt mussten wieder abtreten. Sommers Einfluss aber blieb. So unterstützt er diverse Aktionen aus dem Fanspektrum finanziell und sichert sich einen Rückhalt in diesem wichtigen Machtfaktor. Diese Unterstützung hat er auch nötig, da er wegen der Besitzverhältnisse des BFC-Logos nicht unwesentlich an der schlechten wirtschaftlichen Lage des Vereins beteiligt ist. Laut Informationen aus dem Präsidium würden sich mit den Rechten in Vereinshand monatlich bis zu 5.000 EUR erzielen lassen. Eine Zeitlang gab es eine regelrechte Kampagne aus der Fanszene, die darauf abzielte das, Logo zurückzufordern. Den immensen Einfluss Sommers belegt auch die Tatsache, daß er nach seinem Abtreten aus dem Präsidium weiter für den Ordnerdienst im Stadion verantwortlich war und von nun an Rocker in den Kutten der Hells-Angels für »Ordnung« im Sta-

dion sorgten. Ein bundesweit sicherlich einmaliges Phänomen. Der aktuelle Präsident Mario Weinkauf war angetreten, den finanziell schwer angeschlagenen BFC zu sanieren und einen Imagewechsel zu vollziehen. Er hatte die Rechnung aber ohne die Mehrheit der Fanszene gemacht – sie wollte überhaupt keinen Imagewechsel. Und so brach dieses Jahr ein offener Konflikt zwischen Präsidium und Fanszene aus. Ein Konflikt nicht um Sport, sondern um Einfluss und Politik. Vor allem die einflussreiche Fangruppe »Freunde der dritten Halbzeit« machte gegen Weinkauf mobil. Wurde zuerst das angebliche kaufmännische Versagen angeführt, traten nach und nach die wahren Gründe in den Vordergrund: Das Bemühen Weinkaufs vom rechten Image wegzukommen und mit den Sponsoren aus dem rechten Millieu zu brechen. Auf Unterstützung können die rechten Fangruppen vor allem durch den Fanbeauftragten Rainer Lüdtke bauen. Lüdtke schmückt sich auf seiner Homepage mit Bannern diverser rechter bis neonazistischer Firmen wie zum Beispiel »Sport Frei«[1] und sein »Problemfanfonds« unterstützt Fans, die wegen Schlägereien oder Tragens von Kennzeichen verbotener Organisationen vor Gericht stehen. Gerade wegen dieser Sponsoren geriet Lüdtke aber in die Kritik von Teilen der Fanszene und er trennte sich von den offensichtlichsten Fällen. Lüdtke selbst steht dabei einer weiteren einflussreichen Fangruppe namens die »79er« nahe. Alles Fans, die seit 1979 dem BFC die Treue halten. Einen ersten Erfolg konnten die rechten Fangruppen bereits verbuchen. Nach einer von Neonazis unterstützten Platzstürmung gegen den Lokalrivalen Union Berlin schlugen die Wellen hoch. Sponsoren kündigten und brachten damit den Verein in eine präkere wirtschaftliche Situation. Für diese wurden allerdings nicht die Platzstürmer, sondern Präsident Weinkauf verantwortlich gemacht. Daraufhin wurde der Geschäftsmann und BFC-Fan Peter Mayer in den Vorstand berufen. Mayer, der auch schon mal bei Platzstürmungen mit dabei war und wegen §86a vorbestraft ist, tritt seitdem als Trikotsponsor auf und gab dem Verein ein kurzfristiges Darlehen über einen fünfstelligen Betrag. Mayer ist Geschäftsführer der Firmen Infinity Grundbesitz und Infinity Calling Cards. Er steht für eine Beibehaltung des Status Quo und will das Image des BFC auf jeden Fall erhalten. Ein Fan zu der Debatte um Mayer im Fanforum des BFC: »Du müsstest doch wissen, das wir unter Führung von P.M. auf dem richtigen Weg sind. In 4 Monaten wenn die neuen Strukturen greifen, werden diese ganzen Gutmenschen endlich schweigen [...] Alles läuft nach Plan«.

Zur Sanierung des Vereins ist Mayer laut Informationen aus Fankreisen an die rechte Modemarke Thor Steinar herangetreten. Diese soll die Rechte am Vereinslogo von Sommer kaufen und alleiniger Lizenzinhaber von Fanartikeln werden. Die Gewinne aus diesem Deal sollen demnach wahrscheinlich zwischen Sommer, Thor Steinar und dem BFC aufgeteilt werden. Auch in der Jugendabteilung des BFC sieht es kaum besser aus. Geleitet wird sie vom ehemaligen NPD-Funktionär Ralf Wurzel aus Hohenschönhausen. Zusätzlich erstreckt sich auch der Einfluss Andre Sommers bis in diesen Bereich des Vereins, der die Jugendmannschaften durch Spenden unterstützt und dessen zwei Söhne hier spielen. Die vorliegenden Fakten zeichnen ein düsteres Bild des Traditionsclubs BFC. Die Bemühungen, den Einfluss der rechten Szene zurückzudrängen dürften mit der Berufung Mayers in den Vorstand gescheitert sein und der Verein hängt finanziell am Tropf von Geschäftemachern und Protagonisten der extremen Rechten. Sportliche Ziele scheinen kaum noch formuliert zu werden und eine Mehrzahl der Fans scheint einen Verbleib in





der vierten Liga zu präferieren. Würde man in die dritte Liga aufsteigen, wäre nicht mehr der Fussballverband Nordost, der dem Treiben rund um den BFC geradezu ignorant zusieht, verantwortlich, sondern der DFB. Unter den jetzigen Bedingungen wäre es allerdings mehr als unwahrscheinlich, dass der DFB nicht beim BFC intervenieren würde. Aber auch die Berliner Politik muss sich fragen, wie lange sie tatenlos zusehen will. Immerhin wird der BFC vom Land Berlin für seine Jugendarbeit gefördert. Eine Jugendarbeit, für die maßgeblich ein Ex-NPDler verantwortlich ist. Auch wenn in der Fanszene des BFCs einige progressive Stimmen zu hören sind, dürfte wenig Hoffnung auf eine »Selbstreinigung« bestehen und diese teilweise antirassistischen Kräfte werden sich irgendwann wohl einen neuen Verein suchen müssen. ■

1| Siehe AIB # 65, »Der Duft des Geldes.«

»Braune Turteltäubchen im Grünen«

Horst Mahler zieht es ins Oberbayerische zu seiner Lieblingsanwältin Sylvia Stolz

Das dürfte der neuerdings deutschlandweit bekannten Neonazi-Anwältin gestunken haben. Die Hindenburgallee in der oberbayerischen 11.000-Einwohner-Stadt Ebersberg existiert nicht mehr. Sie ist stadtoffiziell in Pfarrer-Grabmeier-Allee umgetauft worden, zu Ehren des einstigen Stadtpfarrers. Eine öffentlich ausgefochtene Debatte ging diesem Beschluss in der kleinen Kreisstadt voraus. Schließlich kam man überein, dem Reichspräsidenten Paul von Hindenburg nicht weiter mit einer Straße huldigen zu wollen. Seit der Umbenennung gibt die berüchtigte rechtsextreme Anwältin und Ex-Verteidigerin von Holocaust-Leugner Ernst Zündel, Sylvia Stolz, ihre Adresse mit »Hindenburg-Allee« an.

Friedrich C. Burschel

Bis vor kurzem noch ein »unbeschriebenes Blatt«, ist Sylvia Stolz inzwischen mit extrem rechten und antisemitischen Kapriolen im Verfahren gegen den im März 2005 aus Kanada ausgelieferten Ernst Zündel weithin bekannt geworden. Beim ersten Anlauf zum Gerichtsverfahren gegen den notorischen Geschichtsverfälscher und Auschwitzleugner Zündel trat Pflichtverteidigerin Stolz mit viel Getöse in Erscheinung: Schon vor Prozessbeginn lag dem Gericht ihr Antrag auf Einstellung des Verfahren vor, welcher es in sich hatte. Die kruden, wahnhaft revisionistischen Thesen der Juristin deutete das Landgericht in Mannheim in dreierlei Weise: Zum einen sei mit »Fräulein« Stolz kein geordneter Prozess zu machen, der Schriftsatz enthalte mutmaßlich strafbare Inhalte des Stils deretwegen Zündel angeklagt sei und das Zeug lese sich wie aus der Feder des prominentesten und hartnäckigsten Holocaustleugners im Lande, des notorischen Horst Mahler nämlich, der als Stolz' »Assistent« mit auf der Verteidigerbank saß.

Entsprechend setzte das Gericht Stolz Mitte November 2005 als Pflichtverteidigerin ab und vertagte den Prozess. Die dortige Staatsanwaltschaft leierte ein Verfahren wegen Volksverhetzung gegen sie an. Zuvor war schon ihr unter Berufsverbot stehender Kollege Mahler der Verteidigerbank verwiesen worden. Unverdrossen präsentierte der 66jährige Zündel Sylvia Stolz Anfang Februar 2006 bei der Prozess-Neuauflage nun als seine Wahlverteidigerin neben dem greisen Neonazi-Anwalt Herbert Schaller aus Österreich und dem wegen Volksverhetzung und Körperverletzung vorbestraften Hamburger Anwalt Jürgen Rieger. Die »graue Maus«, wie viele sie beschreiben, spielt also neuerdings in der obersten Liga der Szene mit und konnte sich mit ihrem spektakulären Abgang Anfang April 2006 – sie ließ sich nach ihrem endgültigen Ausschluss vom Zündel-Prozess von Justizbeamten aus dem Saal tragen – weltweit zur Ikone der internationalen Revisionisten- und Neonazi-Bewegung mausern. Seither ist sie bei anderen Holocaust-Leugner-Prozessen als Anwältin tätig. Mit ihren immer ähnlichen, wahnhaften Schriftsätzen im Stile und im Sinne – und häufig auch im Beisein – Horst Mahlers hat sie sich als Heroine und juristische Hoffnung der Szene etabliert.

Inhaltlich haarsträubend hat sie ihre Schriftsätze in den genannten Prozessen nach dem immer gleichen Strickmuster und offenbar im Copy-Paste-Verfahren aus Mahler-Papieren zusammengeschustert, auf juristisch getrimmt und argumentiert in diesem hermetischen Wahngebäude etwa so: Die Bundesrepublik Deutschland sei



[1] Rechtsanwältin Sylvia Stolz (links) mit ihrem Kollegen und Neonazi Jürgen Rieger (rechts) beim Prozess gegen den Holocaust Leugner Ernst Zündel am 9. Februar 2006 in Mannheim.

eine »Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft«, so formuliert vom SPD-Nachkriegs-Politiker und Politik-Professor Carlo Schmid, und ihre Gerichte mithin nicht urteilsfähig; hinter der ganzen Sache steckten natürlich »die Juden«, der »jüdische Geist« schicke sich mit diesem großen Coup der Verblendung, dessen Kernstück der »Holocaust-Schwindel« sei, an, sein Gegenprinzip, den »deutschen Volksgeist«, zu vernichten; doch – so verkünden Stolz und Mahler mit kitschigem Pathos – die Zeit der Umkehr sei nahe, wenn nur erst die verblendeten Juristen die »Offenkundigkeit des Holocaust«, festgeschrieben im »Schandparagraph« 130 Abs. 3, StGB, hinwegfegten und sich »im Namen ohne Auftrag des Deutschen Reiches« zum – in dieser eschatologisch aufgeladenen Diktion – »Jüngsten Gericht« der Deutschen aufschwängen. Dabei drohen sie schon mal mit der Todesstrafe wegen Vaterlandsverrats (nach Reichsparagraphen in der Fassung von 1944) für die Vasallenrichter und ihre Schöffen, deren Namen »am Tage der Abrechnung«, »am Tage der Befreiung« »nicht vergessen sein werden«.

Bei den so beschimpften und mit vielen hundert Seiten argumentativen Endlosschleifen belämmerten Gerichten kommt es darüber hinaus auch nicht so gut an, dass Sylvia Stolz ihre Verteidigungsschriften und -anträge auch schon mal mit »Heil Hitler« unterzeichnet.

Im Mai ist ihre Beschwerde gegen den vom Oberlandesgericht Karlsruhe verfügten Ausschluss aus dem Zündel-Prozess – eine Seltenheit in der deutschen Rechtsgeschichte – vom Bundesgerichtshof zurückgewiesen worden, ihr Rauswurf also rechtskräftig.

Jetzt hat Frau Stolz wieder Zeit, weitere sinnentstellte und aus dem Zusammenhang gerissene Zitate zu sammeln und in ihre Schriften einzuarbeiten, welche den »jüdischen Masterplan« gegen das »heilige Deutsche« in der Welt beweisen sollen. Und dafür steht ihr in Ebersberg ein Häuschen im Grünen zur Verfügung, wo offenbar der Kleinmachnower Horst Mahler einen zweiten Wohnsitz bezogen hat. Der einstige RAF-Mitgründer und nachmalig zum Holocaustleugner Geläuterte ist jedenfalls Dauergast auf dem Anwesen von Stolz. Von Heiratsplänen wird gemunkelt.

Ebersberg erfuhr im Grunde erst durch die bundes- und weltweite Berichterstattung über die Umtriebe der Sylvia Stolz, wer da in ihrer Mitte lebt. Was die wenigsten wissen, ist, dass sie diese Ruhezone in idyllischer Randlage dort mit Horst Mahler teilt. In der weiteren Nachbarschaft des kleinen Häuschens mit großem Garten ist man entsetzt. Es ist ein diffuses, aber deutliches Unbehagen, welches viele Menschen in dem Wohngebiet in Atem hält, obwohl ja von der Person der Anwältin Stolz zunächst weiter keine reale Gefahr ausgeht. Im Gegenteil, sie lebt zurückgezogen, neuerdings eben mit ihrem 70jährigen Lebensgefährten, und legt vermutlich keinen gesteigerten Wert darauf, in dieser trauten Klausur gestört zu werden.

Trotzdem will niemand mit einer solchen Nachbarin und ihrer gefährlichen Wahnwelt aus Hitlerverehrung, Geschichtsklitterung, krudestem Antisemitismus und nationalsozialistischer Heilslehre etwas zu tun haben. Einige hatten sogar einen Wegzug aus der Nachbarschaft erwogen – so stark war der Widerwille und ein unbestimmtes Gefühl der Bedrohung.

»Eine Schande«, nennt Ebersbergs Vize-Bürgermeisterin Irmtraud Anhalt (CSU) das Treiben der Anwältin vor Gericht, von welchem sie auch nur aus der Zeitung erfahren hat. »Solche Menschen sind in Ebersberg nicht willkommen«, platzt es frank und frei aus der Kommunalpolitikerin heraus. Natürlich weiß Anhalt so gut wie die unmittelbare Umgebung des Stolzschen Hauses, dass man gegen eine solche Nachbarschaft nichts unternehmen kann. ■



[2] Rechtsanwalt Dr. Herbert Schaller (links) beim selben Anlass im Gespräch mit Horst Mahler (rechts).

Unter falscher Flagge

Ein Veranstalter extrem rechter Konzerte führt Thüringer Behörden vor

Im thüringischen Neustadt hat sich die Gaststätte Menfis zu einem Kristallisationspunkt der RechtsRock-Szene entwickelt. Nach außen hin versucht man den Eindruck von unpolitischer Skinhead-Kultur zu erwecken, tatsächlich aber geben sich dort »unpolitisch« rechte und neonazistische Bands und Fans die Klinke in die Hand. Um das subkulturelle Deckmäntelchen zu bewahren und um die Polizei auszutricksen werden neonazistische Bands unter falschem Namen angekündigt. Polizei und Verfassungsschutz scheinen damit überfordert.



[1] Im RechtsRock-T-Shirt auf der Bühne. Konzert »One Year Menfis« am 1. Juli 2006.

Das »Skinhouse« Menfis

Das Menfis in Neustadt an der Orla, einer 9.000-Einwohner-Stadt 20 Kilometer südöstlich von Jena, bietet eine Kneipe mit Bar und Tresenraum sowie einen Veranstaltungssaal für circa 300 Personen. Das Menfis existiert schon einige Jahren als Veranstaltungsort für Punk- und Oi-Konzerte, in dem sich die Auftritte rechter und »eher unpolitischer« Bands lange Zeit die Waage hielten. Dies änderte sich im Sommer 2005: »Ab 14. Juli 2005 übernimmt OIOI-VATER das MENFIS!« heißt es auf der Menfis-Website. Mit der Übernahme durch »OIOI-Vater« Andreas Bicker, genannt »Bigge«, wurde der Takt rechter und extrem rechter Konzerte deutlich erhöht. Nun spielten auch Kategorie C (Bremen), Get Out (Belgien), The Jinx (Schweden) oder am 19. November 2005 die finnische Band Mistreat. Diese positioniert sich mit einem CD-Cover kämpfender SS-Männer sowie Liedern wie »Born to be white« oder »Fourth Reich« eindeutig neonazistisch. Solche Lieder präsentierten sie Konzertberichten zufolge auch bei ihrem Auftritt im Menfis: »Das ganze Konzert über wurde vom Publikum lautstark ›We´re ready‹ gefordert. Ich dachte eigentlich, das sie es nicht spielen würden, da das Konzert halt gewisse Auflagen hatte. (...) Am Ende spielten sie es aber doch und da da rastete man vor der Bühne komplett aus und brülle den Refrain der Band entgegen« heißt es in einem Konzertbericht im Thüringer Fanzine Stolz & Stil. Der Refrain des Liedes lautet »Hey Nigger! We're ready, when you are? Hey Nigger! You won't get far!« Doch damit hatte das Konzert noch nicht einmal seinen extremsten Ausdruck erreicht, laut Bericht »bestiegen nun unsere Freunde aus Jena, Hannes, Conny und Hendrik die Bühne und gaben ihren ersten Auftritt.« Sie waren »verflucht geil und man tanzte auf der Bühne. Der Rest drängelte ebenfalls nach vorn um Hymnen wie ›Kraft für Deutschland‹ oder ›Back with a bang‹ zu schmettern. Eine absolut fantastische Stimmung im Saal. Am Schluß gab's dann noch mal ein böses Freikorps Lied bei dem ich die meisten Leute sah und auch welche die sich wahrlich bemühen mussten die Sonne NICHT zu grüßen. Leider mußte die Band ohne Namen danach die Bühne verlassen, da's wohl doch zu böse war.«

Der Auftritt von Mistreat wurde öffentlich thematisiert, der SPD-Abge-

ordnete Gentzel stellte sogar eine Kleine Anfrage im Thüringer Landtag. Auch wenn aus der Antwort auf diese hervorgeht, dass der VS in Thüringen dieses Konzert nicht als rechtsextrem einschätzte, beschloss man im Menfis offensichtlich, in Zukunft etwas »geschickter« vorzugehen.

Versteckspiel

Die Bands »Skinheads come back – Alldeutsch voran«, Bootboys Jena und Roimkommando kündigten Flyer für den 19. August 2006 im Menfis an. Vor allem der Name der ersten Band ließ aufhorchen, denn eine Band dieses Namens war bislang unbekannt und nun sollte sie als Headliner spielen? In der Szene jedoch konnte man sich zusammenreimen, wer da spielen würde: »Alldeutsch voran« ist der Titel der 2005 erschienenen CD der Baden-Württemberger Neonaziband Kommando Skin, welche auch mit drei Liedern auf dem letztes Jahr erschienenem Sampler »The Skinheads come back« vertreten ist. Zu Konzertbeginn machten schon mal die »Fans« der Bootboys Jena Stimmung: »SS – SA – Die Bootboys sind da« schallten die Rufe aus dem Publikum. Die Bootboys Jena coverten nachfolgend vor allem Lieder bekannter Neonazibands. Auch Roimkommando entpuppte sich als Coverband; bevor sie »Schwarze Division« von Stahlgewitter spielten, forderten sie das Publikum auf »die Hände unten zu lassen«. Als Hauptband spielte tatsächlich Kommando Skin vor den circa 80 Besuchern. Die geringe Besucherzahl schien dem Umstand geschuldet, dass viele die chiffrierte Bandankündigung doch nicht verstanden. Für ein Konzert am Wochenende darauf fuhr man deshalb zweigleisig. Das Menfis kündigte öffentlich und im Internet die Bands »You better think twice« und »Verfolgt und Gejagt« an, in der Neonaziszene kursierten identisch gestaltete Flyer mit den echten Bandnamen: Faustrecht aus Bayern und Donnerhall aus Salzgitter. Auch hier waren die angeblichen Bandnamen zuvor veröffentlichte Lied-Titel. Eintrittskarten zu diesem Konzert waren nur im Vorverkauf zu erwerben. Man wollte keine ungebetenen Gäste.

»Way of Life«, Spaßkultur und Politik

Wer meint, das Menfis sei eine lokale Randerscheinung im Thüringer Hinterland, verkennt die Ansprüche, die der Laden für sich selbst formuliert. Mit der Selbstbenennung als »Skinhouse« stellt sich das Menfis in einer Reihe mit gleichnamigen Kneipen in Italien und Griechenland, die sich jeweils bemühen, unter dem Label von Skinhead-Subkultur eine Schnittstelle zwischen spaßorientiertem »Way of Life« und neonazistischer Organisierung zu etablieren. Großes Vorbild für das Menfis scheint die Kneipe »De Kastelein« im belgischen Brügge zu sein, die seit 1998 als wichtigster Treffpunkt der rechten Skinhead- und Oi-Szene im Benelux-Bereich gilt. Dort spielen einerseits internationale RechtsRock-Größen wie Endstufe (Bremen), Avalon (England), Legittima Offesa (Italien) oder auch der Ian Stuart-Weggefährte Stigger (England). Der überwiegende Teil der Konzerte wird jedoch von Bands gespielt, welche sich nach außen »unpolitisch« generieren, deren Nähe zur rechten Szene jedoch unverkennbar ist – sei es durch das Covern von Liedern extrem rechter Bands oder weil sie immer wieder zusammen mit neonazistischen Bands auftreten. Zwischen dem »De Kastelein« und dem Menfis scheint es mehr als eine ideelle Verbundenheit zu geben: Seit Sommer 2006 wirbt das Menfis auf seinen Flyern und im Internet für das »De Kastelein«. Betrachtet man die Liste der Bands die im »De Kastelein« spielten, so fällt auf, das eine ganze Reihe davon ebenfalls im Menfis auftraten – deutsche RechtsRock-Bands wie Brachial (Niedersachsen), Bombecks (Thüringen), Schusterjungs, The Backstreet Firm (Niedersachsen) sowie die niederländischen Bands Get Out und After the Fire.





[1] Konzert »One Year Menfis« am 1. Juli 2006.

[2] Flyer für ein RechtsRock-Konzert im Menfis am 26. August 2006.

Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen

Im Frühjahr hatte das AIB in einem RechtsRock-Jahresrückblick (AIB # 71) darauf hingewiesen, dass im Bundesland Thüringen die meisten neonazistischen Konzerte aufgelöst wurden. Da sich dieser Trend auch im Jahr 2006 fortsetzte, mußte sich die Thüringer Szene etwas einfallen lassen. Obwohl das bloße Umdeklarieren neonazistischer Konzerte zu angeblich unpolitischen Events und das damit verbundene Versteckspiel um Bandnamen nicht allzu pfiffig und zudem leicht durchschaubar ist, war es bislang erfolgreich. Bei den Konzerten mit Kommando Skin und Faustrecht, die ohne Wenn und Aber als lupenreine Neonazikonzerte zu werten sind, war weder Polizei vor Ort, noch tauchen diese in den monatlichen Berichten des thüringischen Verfassungsschutzes auf. ■

Hoyerswerda

15 Jahre rassistischer Alltag im vereinten Deutschland

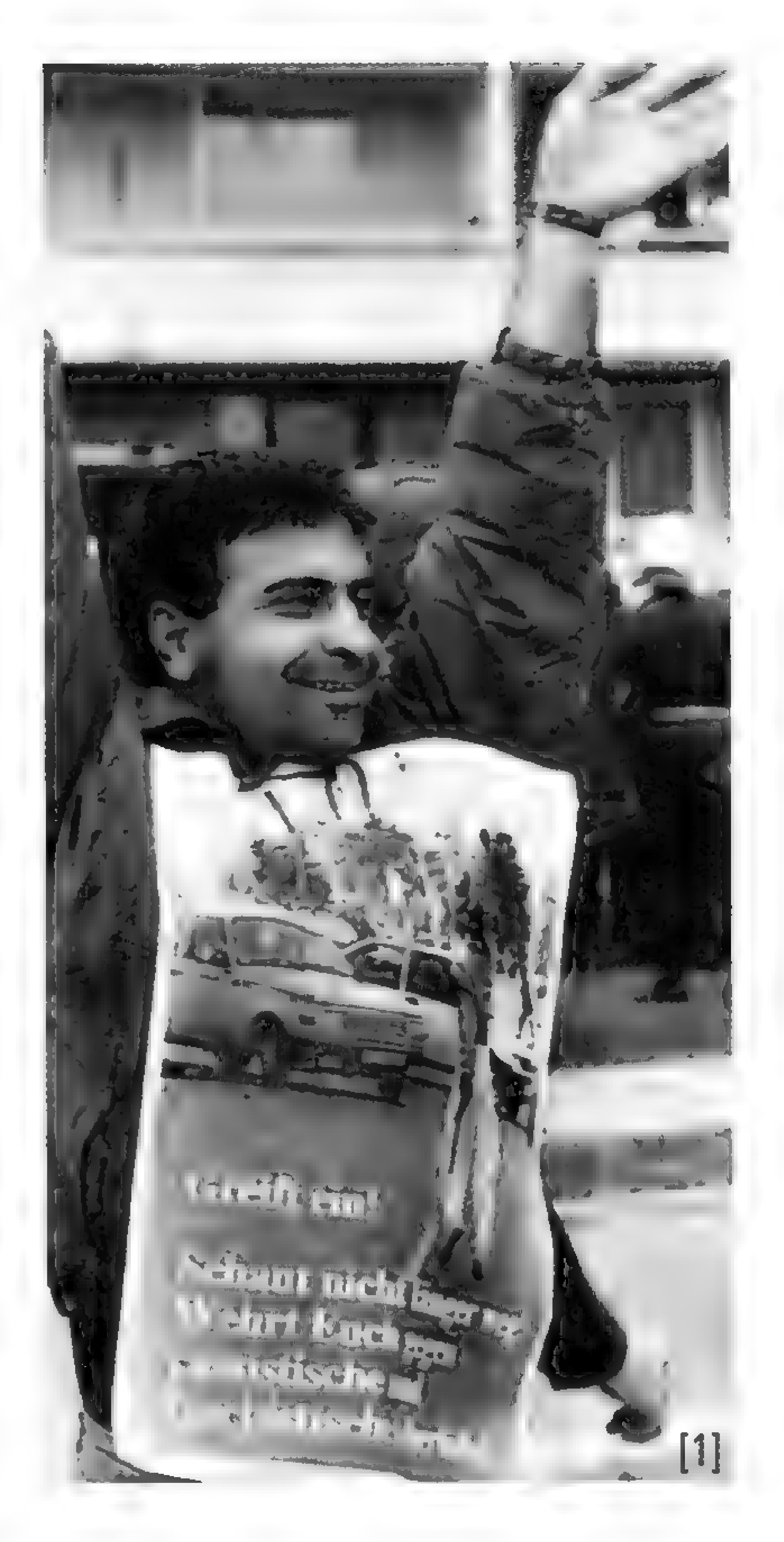
Für viele gerade jüngere AntifaschistInnen ist Hoyerswerda 1991 ein Symbol. Der konkrete Bezug des erlebten Zeitgeschehens ist aufgrund des Alters nicht mehr vorhanden. Hoyerswerda steht so als Fanal, für das erste Pogrom[1], welches nach dem Ende des zweiten Weltkrieges in Deutschland stattfand. Es folgten weitere. Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Solingen und ungezählte andere Orte wurden Schauplätze des sich Bahn brechenden Mobs aus organisierten Neonazis und BürgerInnen. Weit über 100 Menschen wurden seither ermordet, weil sie eine andere Hautfarbe hatten, anders sprachen, anders dachten, anders lebten, als es in das Weltbild der RassistInnen passt.

Das Pogrom von Hoyerswerda liegt inzwischen 15 Jahre zurück. Vieles hat sich seither verändert, Vieles ist schlimmer geworden. Anlass genug, den Blick zurück zu richten, damit das, was damals seinen Anfang nahm nicht vergessen und damit der Opfer in Würde gedacht wird. Ein Blick zurück im Zorn.

Im September 1991 kam es in Hoyerswerda zu den ersten pogromartigen Angriffen durch einen Mob aus Neonazis und BürgerInnen gegen Flüchtlinge in Ostdeutschland. Dieses »Fanal« fand später seine Fortsetzung in den Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte in ganz Deutschland.

In den knapp zwei Wochen vom 17. September bis zum 29. September 1991 befand sich die Stadt im »Ausnahmezustand«. Hatte es noch mit einer Hetzjagd lokaler Neonazis auf vietnamesische Straßenhändler begonnen, wurden die Ereignisse schnell von organisierten Neonazistrukturen der Deutschen Alternative (DA) und anderen aufgegriffen und durch eine überregionale Mobilisierung angeheizt. In nahezu perfekter Arbeitsteilung mit der Bevölkerung wurden die Angriffe auf zwei Flüchtlingsheime fortgesetzt und fanden ihren Höhepunkt im Abtransport der Flüchtlinge, welcher beifallklatschend vom Mob begleitet wurde. Hoyerswerda galt fortan als »erste ausländerfreie Stadt Deutschlands«.

Obwohl noch kurz nach den Pogromen die regionale Presse resümierte, dass sich vorrangig lokale Neonazis und BürgerInnen von Hoyerswerda


[1]

aktiv beteiligten, rückte zunehmend die Mär der »auswärtigen Krawalltouristen« und der Kampf gegen das medial geprägte schlechte Image der Stadt in den Vordergrund und so behauptete der Pressesprecher des Oberbürgermeisters und nunmehr designierte Oberbürgermeister Stefan Skora wider jedes bessere Wissen: »Wenn Ausländer nicht in Hoyerswerda wohnen wollen, dann ist das doch ihre freie Entscheidung.«[2] Der Noch-Oberbürgermeister Horst-Dieter Brähmig verkündet derweil stolz, obwohl der schlechte Ruf noch immer auf der Stadt laste: »Hoyerswerda hat sich nie gebeugt.«[3]

Rassistischer Alltag

In der Tat, Hoyerswerda brauchte sich nicht zu beugen. Hoyerswerda steht für das, was längst in breiten gesellschaftlichen Schichten Konsens ist, ein alltäglicher Rassismus, dessen tödliche Dimension meist außen vor bleibt, dennoch sich immer wieder offen zeigt. Hoyerswerda ist keine Ausnahme, Hoyerswerda wurde zur Regel.

Wie fast überall in Deutschland begann auch hier Anfang der 90er Jahre der alltägliche Neonaziterror. Die Szene war durch die Pogrome ge- und bestärkt und sich auch weiterhin der Unterstützung und schweigenden Zustimmung weiter Bevölkerungsteile gewiss. Nachdem die VertragsarbeiterInnen und AsylbewerberInnen Ende September die Stadt verlassen mussten, richtete sich die Gewalt der Neonazis gegen ausländische GeschäftsbetreiberInnen, Andersdenkende und Alternative. Regelmäßig kam es zu Überfällen auf ein besetztes Haus und auf der Straße dominierte ein beinahe schon systematisches gewalttätiges Vorgehen, was eine Vielzahl linker Jugendlicher schließlich veranlasste, die Stadt zu verlassen. Türkische Imbissstuben wurden niedergebrannt, griechische und asiatische Restaurants und deren BetreiberInnen angegriffen.

Kein Vergeben, Kein Vergessen

Traurige Höhepunkte waren die Morde an Waltraud Scheffler und Mike Zerna. Im Oktober 1992 provozierten Neonazis mit rassistischen Parolen in einer Disko in Geierswalde unweit von Hoyerswerda und griffen BesucherInnen an. Als die 44jährige Aushilfskellnerin Waltraud Scheffler versuchte, auf die Neonazis, die mit »Sieg Heil«- Rufen in das Lokal drangen, einzureden, wurde sie mit einer Holzlatte mehrfach auf den Kopf geschlagen. 13 Tage später verstarb sie an ihren schweren Verletzungen.

Unter dem Ruf »Schlagt die Zecken tot!« stürmten am 19. Februar 1993 etwa 20 Neonazi-Skinheads aus Hoyerswerda und Umgebung die Diskothek »Nachtasyl« in Hoyerswerda. Mehrere Personen wurden dabei schwer verletzt. Mike Zerna, der Fahrer der aufgetretenen Metalband Necromanths, wurde vor der Disco niedergeschlagen und ein Transporter auf ihn gekippt. Erst eine knappe Stunde später trafen der Notarzt und die Polizei ein. Eingegangene Notrufe wurden vom zuständigen Beamten zuvor ignoriert. Ohne nochmal das Bewusstsein erlangt zu haben, stirbt Mike Zerna sechs Tage später im Krankenhaus. Er wurde 22 Jahre alt.

Trotz der Dauerpräsenz und Dominanz neonazistischer Gruppen und Schläger sahen sich gesellschaftliche Verantwortungsträger kaum zu Lösungsstrategien genötigt. Im Gegenteil, die gesellschaftlichen Diskurse (re-)produzierten die rassistischen Einstellungen und bestätigten so den rechten Konsens, der Neonazis zu »Vollstreckern eines Volkswillens« machte und seine Vollendung in der Abschaffung des Asylrechts und der sich verschärfenden AusländerInnenpolitik fand.

Die Wiedervereinigungszeit 1989/90 lieferte einen positiven Gründungsmythos der Nation. Das »Volk« hatte sich auf der Straße seinen Willen erkämpft und das »Volk« war sich eines neuen Selbstbewusstseins gewiss. Der nationale Taumel erinnerte vor allem im Ausland stark an die Gefahren des Nationalsozialismus, während er im Inland als Überwindung der »erlittenen Teilung« und der »zwei Diktaturen auf deutschem Boden« propagiert wurde. Die Realität des neuen Deutschland in seinem rassistischen Alltag, seinem Sicherheitswahn und seinem »Patriotismus« hat sich in den letzten 15 Jahren entwickelt und verändert.

Von Hoyerswerda bleibt, dass es im September 1991 einer der ersten Orte war, wo sich das neue Gefühl der Gemeinschaft, der »deutschen Gemeinschaft«, gewaltsam Bahn brach.

In diesem Jahr haben antifaschistische Gruppen wieder in Hoyerswerda demonstriert. Denn, so der Aufruf der antifaschistischen Gruppen: »Heute, nach 15 Jahren, haben sich einige Umstände geändert. Geblieben ist jedoch der Nationalismus als eine ungebrochen mobilisierbare und mobilisierende Basisideologie. Einerseits verhält er sich verblümter als damals – der neue Umgang mit dem eigenen Nationalismus findet seine Entsprechung in Deutschlandfahnen schwenkenden WM-Fans, Aktionen wie der ›Du-bist-Deutschland‹-Kampagne, oder pop-nationalistischen Schlagersternchen wie der Band MIA. Andererseits scheint der Nationalismus heute geregelter, weil das, was der Mob aus Bürger_innen und Nazis damals vollstreckte, momentan viel effektiver durch die Staatsmacht erfüllt wird: durch Abschiebungen, eine de facto Abschaffung des Asylrechts und ein restriktives Staatsbürger_innenschaftsrecht«. ■



[1] Am 29. September 1991 demonstrierten AntifaschistInnen in Hoyerswerda gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit.

1| Zur Auseinandersetzung um den Begriff »Pogrom« in diesem Zusammenhang vgl. AIB # 20a November/Dezember 1992, Seite 21.
2| Jungle World, September 1997.
3| dpa, 12. September 2006.

Weitere Informationen gibt es unter: http://aag-hoyerswerda.systes.net

Die Fotos sind vom Umbruch Bildarchiv, anläßlich des 15. Jahrestages der Pogrome hat das Bildarchiv eine Fotoseite ins Netz gestellt:

www.umbruch-bildarchiv.de/bildarchiv/ereignis/hoyerswerda1991.html

Fackeln gegen Moschee

Der geplante Bau einer Moschee hat in Pankow-Heinersdorf, einem abgelegenen Stadtteil im Nordosten Berlins, eine regelrechte Volksbewegung in Bewegung gesetzt. In zwei Jahren will die muslimische Ahmadiyya-Gemeinde mit dem Projekt fertig sein. Die Moschee wäre das erste muslimische Gotteshaus im Ostteil Berlins. Seit Bekanntwerden der Pläne schaukelt sich ein rassistisch gefärbter Konflikt in Heinersdorf hoch, der besonders von der »Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bürger« (ipahb) angeheizt wird. Über 5.000 der etwa 6.500 Heinersdorfer haben mit ihrer Unterschrift gegen die geplante Moschee protestiert.

Am 14. September 2006 zogen zum dritten Mal über 1.000 Menschen, darunter auch 100 Neonazis, gegen die Moschee durch Pankow. Weil sich die veranstaltende Bürgerinitiative ipahb im Vorfeld von »Extremisten« distanziert hatte, sortierten bereits am Antrittsplatz Polizisten der Abteilung »Politisch motivierte Straßengewalt« (PMS) etwa 30 Neonazis aus und zwangen sie, sich hinter der Demonstration einzureihen. Sie bildeten dort schließlich einen Block: Mit dabei Ex-BASO-Chef René Bethage, Pankows NPD-Vorsitzender Jörg Hähnel, der JN-Kader Markus Loszczynski und einige bekannte Neonazis aus Pankow und dem Südosten der Stadt. Mitglieder der extrem rechten Republikaner mischten sich hingegen problemlos unters »normale Volk«. Als weitere Partei traten auch »Die Grauen« als Unterstützer auf. Auch NPD-Chef Udo Voigt und der Berliner NPD-Landesvorsitzende Eckart Bräuniger waren dabei, nach der Polizei-Aktion verließen sie den Aufmarsch aber. Schließlich nahm die Polizei acht Neonazis wegen Volksverhetzung fest, weil auf deren Transparent »Heute gehört uns Kreuzberg, und morgen die ganze Welt« stand. Die Moscheegegner möchten ihre Demonstrationen vorwiegend als Protest gegen eine linke Bezirksregierung verstanden wissen, die mehrheitlich hinter dem Moscheebau steht und immer wieder klarmachte, daß die Ahmadiyya als legale Glaubensgemeinschaft ebenso ein Gotteshaus bauen darf wie katholische und evangelische Gemeinden. Ihren »Widerstand« gegen die Moschee scheint die ipahb auch als Kulturkampf verstehen zu wollen: Die Demonstration am 14. September 2006 endete nicht, wie geplant, am Pankower Rathaus, sondern vor der Kirche Alt-Pankow. Bezirksbürgermeister Burkhard Kleinert (Linke.PDS) hatte das Rathaus mit 60 Nationalfahnen und dem Spruch »Das ist Pankow« verhüllen lassen. Die für Alt-Pankow zuständige Pfarrerin, Ruth Misselwitz, dürfte allerdings wenig Gefallen an den auf der Abschlußkundgebung vor ihrer Kirche gehaltenen kulturkämpferischen Hetzreden gefunden haben. Der ipahb-Vorsitzende Joachim Swietlik wandte sich in seiner Demo-Rede gegen eine »Religionsfreiheit«, die es Gemeinden »ermöglicht, dort zu bauen, wo es ihnen beliebt«. Auch nach den Wahlen werde der »Widerstand«, so Swietlik, weitergehen und demnächst wolle man mit Fackeln aufmarschieren.



Fragt man in Heinersdorfer Läden nach den Gründen der Ablehnung der Bevölkerung, ist meist »hier gibt es doch keine Muslime«, »das sind doch Fundamentalisten«, »die Moschee zerstört den gesellschaftlichen Frieden« oder sie passe »nicht ins Bild« zu hören. Auch von sinkenden Grundstückspreisen und Parkplatznot ist die Rede. Weiterhin wird mit Vorstellun-



gen von Anschlägen und zu erwartenden Kämpfen verfeindeter muslimischer Gruppen Angst geschürt. Die Ahmadiyya-Gemeinde schätzen Islamexperten zwar als streng korantreu, aber friedfertig und nicht-islamistisch ein. Von anderen islamischen Glaubensgemeinschaften wird sie teilweise angefeindet, weil sie sich als Reformbewegung innerhalb des Islam versteht. In einigen islamischen Staaten werden ihre Anhänger verfolgt. Anwohner und Politiker in Reinickendorf, wo die Ahmadiyya bisher ihre Moschee unterhält, berichten von einer unproblematischen Gemeinde, die sich gut in die Nachbarschaft integriert habe.

Rassismus der Mitte

Die rassistisch geprägte Protestbewegung gegen die Moschee in Heinersdorf ist kein Produkt der extremen Rechten, sondern kommt aus der gesellschaftlichen Mitte. Zwar hatte die NPD in Pankow extra eine Kampagne »Nein zur Moschee« gestartet, dennoch sind die Neonazis in Heinersdorf nur Zaungäste. Stichwortgeber ist die Bürgerinitiative ipahb. Sie bündelt in Heinersdorf nahezu alle mehr oder minder prominenten Akteure des gesellschaftlichen (Dorf-)Lebens: den Pfarrer, die Heinersdorfer Grundschuldirektorin Marina Vogel, die lokale CDU, Ärzte, Rechtsanwälte und zahlreiche Gewerbetreibende. Augenscheinlich bemüht sich die ipahb um Abgrenzung zu »Rechts- und Linksextremismus« und sieht sich als »parteiunabhängig«. Lokale antifaschistische Gruppen verweisen jedoch auf große ideologische Schnittmengen zwischen ipahb und Neonazis.

Enorme Schützenhilfe erhalten die Pankower Moscheegegner von der lokalen CDU und ihrem Chef Rene Stadtkewitz: Bereits ein halbes Jahr vor Bekanntwerden der Moscheepläne in der Öffentlichkeit beschloß der CDU-Kreisverband auf einer Delegiertenkonferenz, die Moschee zum Wahlkampfthema zu machen. Auch die ipahb-Gründung im April 2006 ist im wesentlichen auf Aktivitäten von Pankower CDU-Funktionären zurückzuführen.

Der Pankower Kreisverband zählt seit Jahren zum rechten Flügel der Berliner CDU. Wenige Tage vor den Wahlen machte Stadtkewitz angesichts eines Interviews, das er der extrem rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit« gab, Schlagzeilen. Darin kritisierte er, daß sich die »Politik« angeblich »zu weit vom Volk« entfernt habe, weiterhin sei man seit 1968 auf dem »linken Auge blind«. Wenige Tage nach dem Interview empfahlen die Republikaner Stadtkewitz den Eintritt in ihre Partei. Zuvor hatte es in seiner Partei verhaltene Kritik am JF-Interview gegeben, CDU-Spitzenkandidat Friedbert Pflüger nannte das Interview einen Fehler. Doch die Verbindungen der Pankower CDU ins extrem rechte Lager sind weitaus umfangreicher: Bereits im April war bekannt geworden, dass der Pankower CDU-Schatzmeister Bernhard Lasinski bei einem NPD-Aufmarsch gegen die Moschee mitgelaufen war. Dem Ausschluss aus der CDU kam er durch den Austritt zuvor. Allerdings erklärte Lasinski später, doch »nur gemacht zu haben«, was die »Partei von ihm wollte«. Bei einer Sitzung des Lokalparlaments erklärte der Pankower CDU-Funktionär Ulrich Eichler auf die Frage eines Journalisten, auch eine Synagoge hätte in Heinersdorf keinen Platz und würde ebenso auf den Widerstand seines Kreisverbandes stoßen. Bei einer außerordentlichen BVV-Sitzung am 21. August 2006 schließlich nannte der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Dieter Michehl eine dunkelhäutige Frau auf einem Antirassismusplakat »Neger«. Michehls gewagte Theorie zum Plakat: Heinersdorfer könnten behandelt werden, wie »Sklaven«, die man früher »verkauft hat«. Pankows CDU würde dies zu verhindern wissen. Der Protest gegen die Moschee hat jede politische Mobilisierung im Stadtteil Pankow seit 1990 in den Schatten gestellt. Seit nunmehr einem halben Jahr schweißt diese Frage fast den gesamten Stadtteil zusammen. Während die »Volkspartei« CDU im Ostteil der Stadt bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus bei etwa elf Prozent und noch hinter den Grünen landete, wurde sie in Heinersdorf mit über 40 Prozent für ihr Engagement gegen die Moschee ordentlich belohnt. Auch Neonaziparteien sahnten in Heinersdorf ab: In mehreren Wahllokalen erreichten NPD und Republikaner zusammen über 15 Prozent. Nur durch den hohen Stimmenanteil der Republikaner in Heinersdorf gelang der Partei mit 3,1 Prozent der Einzug in die Pankower Bezirksverordnetenversammlung. ■

Mehr Informationen gibt es unter: www.heinersdorf.tk

Eine längere Version dieses Artikels findet sich auf: www.antifainfoblatt.de

»Kunst ist nie unschuldig«

Ein Gespräch mit Prof. Dr. Silke Wenk zur Arno- Breker-Ausstellung in Schwerin

Anlässlich der in Schwerin eröffneten Ausstellung zu Arno Breker, dem Haus- und Hofkünstler Adolf Hitlers, befragten wir **Prof. Dr. Silke Wenk** vom Kulturwissenschaftlichen Institut der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg zur aktuellen Rezeption Brekers. Silke Wenk ist Mitglied der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst (NGBK) und wirkte 1987 an dem Ausstellungsprojekt »Inszenierung der Macht – Ästhetische Faszination im Faschismus« mit.

Aus welchen ästhetischen Strömungen speist sich Brekers Werk?

Brekers Skulpturen stellen keineswegs, wie häufig behauptet wurde und auch noch wird, ein geschlossenes Oeuvre dar, das als das ganz Andere aus der Geschichte der Kunst der Moderne heraus fällt. Die Vorstellung, dass Moderne und Nationalsozialismus sich gegenseitig ausschließen, wie sie (nicht nur) die Kunstgeschichtsschreibung lange Zeit nach 1945 bestimmt hat, ist durch diverse historische Forschungen der letzten beiden Jahrzehnte gründlich widerlegt worden. Es handelt sich um einen Mythos, oder auch eine Art Abwehrzauber gegen kritische Fragen, die sich auch an die Gegenwart stellen und an die Geschichte der Moderne, auf die sich sie sich jeweils bezieht.

Der Fall Breker konfrontiert mit der Frage nach dem Verhältnis von Kunst und Macht, nach dem Verhältnis des uns als schön und ideal Erscheinenden und Herrschafts- und Gewaltsystem. Fragen, die sich nicht nur angesichts des Futurismus, um ein Beispiel aus der Geschichte der Avantgarde anzuführen, sondern angesichts ebenso unbefragt hochgeschätzter Künstler der Renaissance. Man kann auf solche Fragen freilich unterschiedliche Antworten geben, man kann mit einem Schulterzucken sagen, dass eben auch Künstler nie jenseits ihrer Zeit waren. Man kann aber auch gegen die Normalisierung des Nationalsozialismus arbeiten, und sich provozieren lassen von der Geschichte des Zusammentreffens von hoch ambitionierter Kunst und Künstlern und des staatlich durchgesetzten Terrors des Nationalsozialismus und versuchen, die Analyse weiter zu treiben. Dass schöne Kunst nie unschuldig ist im System von Herrschaft, entbindet uns nicht von der Aufgabe, im Konkreten die ethische Frage zu stellen.

Doch zurück zu Breker. Die Ausstellung ist Schwerin zeigt frühe Skulpturen Brekers vor 1933, die sich stilistisch und thematisch leicht in den Kontext der figürlichen Bildhauerei der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts einordnen lassen. Nachzuvollziehen ist, wie der junge, 1900 geborene Künstler experimentierte mit den verschiedenen Vorbildern figurativer Skulptur zwischen den Neuerungen künstlerischer Avantgarde, die mit dem Namen Auguste Rodin verknüpft sind, mit der Abstraktion und Neoklassizismus in Westeuropa. Breker hat jedoch, wie andere Künstler in Deutschland im Ersten Weltkrieg, z.B. auch der Bildhauer einer Generation vor ihm, z.B. Georg Kolbe oder in Frankreich Aristide Maillol, nie den Anspruch der figürlichen Darstellung aufgegeben. Er hat sich nie der künstlerischen Kritik des idealen »ganzen Körpers« und der damit verknüpften Mythen und Versprechen gestellt, wie sie von Seiten dadaistischer oder surrealistischer KünstlerInnen vorgetragen wurde. Offensichtlich hat er sich in der auch bei anderen Künstlern in der seit der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre verfolgbaren (Rück-)Wende hin zum Gegenständlichen und ganzen, heilen Körperbild bessere Erfolgschancen ausrechnen können.

Welche Bedeutung hatte Breker innerhalb des Kunstbetriebes im NS-Staat?

Die eigentliche Karriere begann für Breker im NS-Staat, als er 36 Jahre alt war. Für die Skulpturen »Zehnkämpfer« und »Siegerin« für das Reichsportfeld in Berlin erhielt er eine Auszeichnung des Internationalen Olympischen Komitees. Er wurde Hitlers »Lieblingsbildhauer«, d.h. konkret er bekam die großen Aufträge zur Repräsentation des NS-Staates.

Dass Brekers Skulptur im faschistischen Sinn brauchbar und wirksam war, lag nicht an einer semantischen Eindeutigkeit, sondern vielmehr an ihrer Vieldeutigkeit und der Verknüpfung verschiedener stilistischer Elemente, die nur zusammenhielt, dass sie sich im Rahmen westeuropäischer Tradition (mit ihren Ausschlüssen und Verwerfungen des Anderen) bewegten. Das haben Wolfgang Fritz Haug, Frank Wagner und Gudrun Linke bereits vor zwanzig Jahren in dem von der Neuen Gesellschaft für bildende Kunst herausgegebenen Katalog »Inszenierung der Macht. Ästhetische Faszination im Faschismus« überzeugend und klar herausgearbeitet. (Übrigens gibt es interessanterweise in dem Schwe-



riner Katalog, in dem die mangelnde kunsthistorische Beschäftigung mit Breker beklagt wird, keinen einzigen Hinweis auf diese Veröffentlichung von 1987.)

Haug hat von einer einschneidenden Umordnung der Funktionen des Schönen im deutschen Faschismus gesprochen, einer Beauftragung der Schönen Künste mit der »Konstitution des Subjektkörpers als Staatskörper«: Der von Breker gebaute Körper war »das große Vor-Bild, der Körper in den Augen des Großen Subjekts, des Führers, der Körper der Ordnung, den die Männer nachbilden sollen, wollen müssen.« Und was sie wollen sollten, war eben auch, bedingungslos opferbereit zu sein, eine Anforderung, die Breker insbesondere in den Kriegsjahren attraktiv in Szene zu setzen bemüht war.

Brekers Skulpturen wurden zugleich integraler Bestandteil der staatlichen Repräsentationsbauten, einer Beeindruckungsarchitektur, die darauf aus war, all die verschiedenen stilistischen Elemente, die (nicht nur) der Mehrheit der damaligen intellektuellen Elite bedeutsam waren, zu integrieren. Damit verbunden war der Versuch, durchaus vergleichbare Versuche neoklassizistischer Architektur in anderen westeuropäischen Ländern oder den USA monumental zu übertrumpfen.

Zu einer ähnlichen Kontroverse wie jetzt kam es ja bereits anlässlich der Aufführung der Filme der Riefenstahl im Filmmuseum in Potsdam. Kann man NS-Kunst heute unbefangen präsentieren?

»Unbefangen« kann man das nie. Wer beansprucht, das zu tun und behauptet, demgegenüber ist Misstrauen angesagt. Wer behauptet, sich ganz neutral oder objektiv »dem Werk« zu stellen, der versucht – ob bewusst oder nicht – nicht nur die immer schon gegebene eigene Verwicklung in ein Kunstwerk, das eigene subjektive Interesse an ihm zu vertuschen, sondern reproduziert auch eine Vorstellung, auf die auch die Nazis bauen konnten, nämlich dass Kunst überzeitlich und unabhängig von den jeweils gegebenen Machtkonstellationen sei.

Zudem ist die Bedeutung der damals noch relativ neuen Medien, wie Fotografie und Film, ernst zunehmen, ohne die nicht nur der Erfolg Hitlers wohl schwerlich möglich gewesen wäre, sondern auch der Erfolg Brekers und anderer Bildhauer. Die mit großem Aufwand betriebene massenmediale Vermittlung der »neuen Kunst« des NS-Staates machte die Skulpturen, auch die im Inneren der nicht für jedermann zugänglichen Reichskanzlei, nicht nur für jedermann sichtbar, sondern trug entscheidend zu ihrer Faszination bei. Auch das ist längst analysiert worden.

Wie sollte eine kritische öffentliche Auseinandersetzung mit dem Schaffen von Breker heute aussehen?

Ein autoritatives Schauverbot, wie es schon vor zwanzig Jahren in der Debatte um »Nazi-Kunst ins Museum?« mehr oder weniger von einigen kritischen Intellektuellen gefordert wurde, wäre ohne Zweifel kontraproduktiv. »Dämonen der Kunstgeschichte« – als einen solchen soll laut Schweriner Zeitung (Kulturmagazin vom 30. 8. 2006) Klaus Staeck Breker jüngst bezeichnet haben – produziert man eben durch Verbot, durch Ausschluss. Man kann es auch als Akt der Pornographisierung analysieren, in dem das Verbotene zusätzlich mit Bedeutung aufgeladen wird.

Die Ausstellung in Schwerin könnte insofern einen positiven Effekt haben, als sie die relative Harmlosigkeit der Brekerschen Skulpturen sehen ließ – jenseits des monumentalen architektonischen Kontextes. Und zugleich deren schlichte plastische Übersetzung von Idealkörpervorstellungen und die Kontinuitäten (vor 1933 und nach 1945) im »Body Building« sportlicher Heroen und in der Zurschaustellung der Stereotypen ihnen polar entgegen gesetzter Weiblichkeit.

Doch zum Verständnis der Wirksamkeit und offenbar immer noch nachwirkenden Faszinationen geschweige denn zur Dekonstruktion derselben hat die Ausstellung keinen Beitrag geleistet. Sie hat die Kontexte ausgeblendet und die BesucherInnen nicht darüber aufgeklärt, dass die Skulpturen eines Breker ihre Wirkung nicht als solche entfaltet haben oder entfalten konnten, sondern im Kontext architektonischer und staatlicher Repräsentation.

Sie hat insofern das wiederholt, worauf die »Faszination« des Nationalsozialismus bauen konnte, nämlich die Suggestion, die Unterstellung, dass Kunst »als solche« – unabhängig vom architektonischen Rahmen und sozialen Kontext – wirksam sei. Hier liegt meines Erachtens ein entscheidendes Versäumnis. Aber gleichwohl stellen uns die große Resonanz der Ausstellung, insbesondere die große Zahl der BesucherInnen – aussteht wohl noch eine Auswertung ihrer Zusammensetzung bezogen auf Alter, sozialen Status und Geschlecht! – vor die Frage, ob die Arbeiten Brekers auch weiterhin ein Versprechen enthalten, das noch nicht abgegolten ist und eben auch nicht sein kann, weil es notwendig illusionär ist, gleichwohl als solches virulent geblieben ist. ■

Geschichtspolitik in der Einwanderungsgesellschaft

Spurensuche und die Frage nach den Bedingungen des Zugangs zur Nutzung der Ressourcen »Geschichte, Erinnerung und Gedächtnis« für MigrantInnen in der BRD[1]

Marc Czichy

Marc Czichy ist Historiker und lebt in Göttingen

In den letzten elf Jahren hat es eine Reihe von Jubiläen gegeben, welche die Arbeitsmigration in die BRD seit Mitte der 1950er Jahre im Besonderen und den Aspekt der Einwanderung in die BRD im Allgemeinen stärker als zu vor ins öffentliche Bewusstsein gerückt haben. Anlass zu diesen Jubiläen waren – ausgehend vom 40. Jahrestag des deutsch-italienischen Anwerbevertrags im Dezember 1995 – die sich jeweils jährenden bilateralen Arbeitskräfteanwerbeabkommen. Erste Endpunkte dieser Entwicklung waren große historische Ausstellungen zum Thema Einwanderung in die BRD in Berlin und Köln.[2] Folgt man dieser Aufzählung, so könnte man meinen, dass das Thema Arbeitsmigration und damit auch die beteiligten AkteurInnen, nämlich die sogenannten »GastarbeiterInnen«, nach 50 Jahren einen Platz im kollektiven Gedächtnis der bundesdeutschen Nation gefunden hätten. Schaut man aber genauer hin, so zeigt sich schnell, dass das Geschichtsbild und das kollektive Gedächtnis bundesrepublikanischer Prägung doch von nationalen und ethnischen Aufladungen durchzogen sind.

Im Folgenden soll gezeigt werden, warum das Faktum, dass die Bundesrepublik Deutschland eine Einwanderungsgesellschaft ist und eine ‚eigene' Migrationsgeschichte hat, in erinnerungspolitischen Diskursen noch immer eine vergleichsweise geringe Rolle spielt.

Arbeitsmigration versus »Flucht und Vertreibung«

Geht man davon aus, dass die Teilhabe an den Ressourcen Geschichte, Erinnerung und Gedächtnis ein Gradmesser für politische und gesellschaftliche Anerkennung darstellt, so bleibt festzuhalten, dass eine solche Entwicklung für die AkteurInnen der Arbeitsmigration in die BRD seit Mitte der 1950er Jahre noch ganz am Anfang steht. Auf diese Feststellung gilt es im weiteren noch genauer einzugehen. Ganz anders verlaufen ist der Prozess der Teilhabe an den genannten kollektiven Ressourcen hingegen für die AkteurInnen einer anderen Mi-



[1]



[1], [2] Köln, 2001: Die Ausstellung »40 Jahre fremde Heimat« versucht einen kleinen Ausschnitt aus der Lebenswelt derjenigen zu dokumentieren, die seit 1961 im Rahmen des Anwerbeabkommens zwischen der BRD und der Türkei nach Deutschland kamen, um hier zu arbeiten und zu leben. Nachgebaut wurden eine Wohnküche und ein Wohnzimmer der ersten »Gastarbeiter«.

grationsbewegung in die BRD, nämlich für die der sogenannten »Flucht und Vertreibung« nach 1945. Abgesehen von einer staatlich organisierten enormen materiellen und finanziellen Abfederung (Lastenausgleich etc.) der durch die »Vertreibungen« entstandenen individuellen Notlagen wurde von Anfang an einerseits die politische Partizipation ermöglicht, andererseits die Bewahrung kultureller Differenz, deren Pflege und Erforschung durch eine Vielzahl staatlich subventionierter Institutionen gewährleistet wurde. Die Eingliederung der »Flüchtlinge und Vertriebenen« war eines der wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Projekte der frühen BRD. Sowohl in der wissenschaftlichen Forschung als auch in der Geschichtskultur und im kollektiven Gedächtnis ist dieser Teil bundesrepublikanischer Migrationsgeschichte stets präsent gewesen.[3]

Folglich kann man nicht sagen, dass das Thema Migration in bundesrepublikanischen geschichts- und erinnerungspolitischen Diskursen grundsätzlich keinen Platz hätte. Für die Exklusion der »GastarbeiterInnen« und der Arbeitsmigration ab 1955 gibt es andere Gründe. Ein entscheidender Aspekt ist in diesem Zusammenhang das stetige Festhalten an einer national und ethnisch homogenen Geschichtskultur und an der Bewahrung eines ebensolchen kollektiven Gedächtnisses. Dort finden »deutsche Vertriebene« dann ganz natürlich einen Platz, fremde ArbeitsmigrantInnen hingegen nicht. Auch die bundesdeutsche Geschichtsschreibung folgt diesem Diktum bzw. dieser sozialen Praxis der Aufrechterhaltung einer ethnisch homogenen Geschichtskultur im übrigen immer noch weitgehend. So ist es kaum verwunderlich, dass in dem ersten Band des ambitionierten auf drei Bände ausgelegten Forschungsprojekts zu »Deutschen Erinnerungsorten« ein Kapitel zu Arbeitsmigration fehlt.[4]

Vor diesem Hintergrund kommen die Historiker Jan Motte und Rainer Ohliger zu einer nicht erstaunlichen aber doch ernüchternden Feststellung: »Ist [Arbeits]Migration also ein Thema ohne Geschichte, ohne Erinnerungsorte? Untersucht man die langsam beginnende zeitgeschichtliche Forschung zu diesem Thema, so kann man ein deutliches Gedächtnisvakuum in Bezug auf Einwanderung ausmachen. Andere Medien, seien es Schulbücher für den Geschichtsunterricht als gedruckte Endprodukte eines politisch-administrativen Gerinnungs- und Gesinnungsprozesses, seien es Denkmäler oder Straßennamen als alltägliche Orte von Anerkennung und Teilhabe im öffentlichen Raum, bilden ebenfalls noch weitgehend Leerstellen. Keiner dieser »Orte« transportiert oder symbolisiert mit seiner je eigenen Kodierung die Chiffren von Einwanderern, von Einwanderung oder Einwanderungsgeschichte.«[5]

Spurensuche

Trotzdem lassen sich die symbolische Orte der Darstellung und des Erzählens über die Arbeitsmigration in die BRD im öffentlichen Raum durchaus finden. Eine entsprechende Spurensuche ist jedoch mühselig. Findet man Erinnerungsorte, so schreiben diese bei genauerem Hinsehen häufig das immer noch wirkungsmächtige politische Dogma, dass die BRD eben kein Einwanderungsland sei, im öffentlichen Raum fort. Dieser Befund soll im Folgenden anhand eines Denkmalprojekts und der Benennung von Straßen erläutert werden.

Alf Lüdtke weist zu Recht darauf hin, dass »offenbar Denkmale und Mahnstätten, überhaupt öffentliche Zeichen als jene Reibungsflächen [wirken] an denen sich Erinnerungen verdichten, aber auch ‚entzünden'«, und er betont weiter, dass der »Streit um Deutungen und Bezeichnungen, um Symbole und deren Lesarten [...] Teil jenes Machens von Geschichte ist«, an dem alle oder zumindest viele beteiligt sind.[6] An den Auseinandersetzungen um Denkmäler, Straßennamen und andere symbolische Orte wird also praktische Erinnerungspolitik sichtbar und es wird somit auch sichtbar, wer in diesem politischen Feld über die Deutungsmacht verfügt und die Inhalte vorgibt.

Seit 1990 steht vor dem Bahnhof in Obertürkheim bei Stuttgart die Bronzeskulptur »Der Ausländer«.[7] Diese Skulptur ist lebensgroß und in einem sehr realistischen Stil gestaltet, der »Ausländer« ist bekleidet mit Jacke, →

Doppelleben

Arzt, Dichter – Faschist Zum 50. Todestag Gottfried Benns

Anlässlich seines 50. Todestages flammte die Debatte um Gottfried Benns politische und ästhetische Positionen nur kurzzeitig wieder auf. Welchen Anteil hatte er an der Zerschlagung der Akademie der Künste am Ende der Weimarer Republik? War Benn ein kulturpolitischer Wegbereiter des Nationalsozialismus? Benns öffentliche Biographie spiegelt exemplarisch die zeitweise geistige Liaison antidemokratischer Intellektueller der Weimarer Republik mit den europäischen Faschismen.

Bennlektüre als geistiges Rüstzeug für die extreme Rechte?

Die Rezeption von Leben und Werk Gottfried Benns anlässlich seines fünfzigsten Todestages fand in extremen rechten Publikationen ein breites Echo. Den Anfang setzte der »Kalender des Nationalen Widerstandes« für das Jahr 2006 aus dem NPD-Verlag Deutsche Stimme. Neben Texten, die eine Ideologiegeschichte eines »nationalen Sozialismus« zu begründen suchen, gibt es auch einen Text über Benn. Darin wird des Dichters Nähe zu den Positionen der extremen Rechten der Weimarer Republik trefflich skizziert. Gottfried Benn als Gewährsmann militanter Neonazis? Dies verwundert, da die Zielgruppe des Kalenders bisher nicht als lyrisch interessierte Feingeister wahrnehmbar waren. Der anonyme Verfasser legt dem Kalendernutzer denn auch nicht so sehr die Lektüre von Benns Gedichten, sondern vor allem seine Schriften zu Ästhetik und Politik nahe, die er als Quell antidemokratischer Zurüstung für den geistigen Kampf des »nationalen Widerstands« liest. Sehr sachkundig und differenziert legt der Autor Benns Haltungen zur Politik des NS-Staates dar und verneigt sich vor Benns Selbstinszenierung des kalten Pathos und der Einsamkeit.

Einen anderen Akzent setzte die Sommerausgabe der rechtsextremen Monatszeitschrift »Nation & Europa«.[1] Autor Karl Richter streicht am Beispiel Benn heraus, im NS-Staat habe es entgegen der landläufigen Meinung, keine Gleichschaltung gegeben des Literaturbetriebs gegeben. Eine These die von neurechten Autoren nur zu gern aufgegriffen wird. Was Götz Jubitschek in seinem Aufsatz über Benn in der Zeitschrift des Institut für Staatspolitik, »Sezession« an diesem fasziniert, ist sein Stil, sein Pathos der Kälte, den er ganz in der Tradition der Benn Exegese für eine Spielart des heroischen Realismus hält.

Pfarrerssohn, Militärarzt und frühexpressionistischer Dichter

Gottfried Benn wird 1886 als Sohn eines evangelisch-pietistischen Pfarrers in der Westprignitz geboren. Ab 1897 besucht er das humanistische Gymnasium in Frankfurt/Oder. Dem Zwang des Vaters zunächst folgend, studiert Benn ab 1903 in Marburg Theologie. Doch er gerät zunehmend mit der patriachial-hierarchischen Frömmigkeit des Vaters in Konflikt. Als dieser Benns Mutter bei derer schwerer, zum Tod führenden Erkrankung aus religiösen Motiven das schmerzlindernde Morphium verweigert, kommt es zum Bruch. Zuvor hatte Benn die Studienrichtung gewechselt. Da er ein ziviles Medizinstudium nicht finanzieren kann, beginnt Benn an der »Kaiser-Wilhelm-Akademie für militärärztliches Bildungswesen« Berlin ein Studium zum Militärarzt. Bei einem Infanterieregiment wird er 1911 Militärarzt, wird jedoch aus gesundheitlichen Gründen 1912 aus der Armee entlassen. Hernach arbeitet Benn als Pathologe in einem Krankenhaus im Berliner Westen. Hier ist er fast ausschließlich mit der Sektion von Leichen befasst. In diese Zeit fällt die Veröffentlichung Benns erster lyrischer Arbeiten. Sie werden von der expressionistischen Avantgarde begeistert aufgenommen. Benn veröffentlicht im von Franz Pfemfert herausgegebenen publizistischen Flaggschiff des Expressionismus, Die Aktion. Die frühexpressionistische Gedichtesammlung Morgue und andere Gedichte begründet Benns Ruhm als Dichter der Moderne. Seine Sprache verbindet den nüchternen Blick des Naturwissenschaftlers mit der Aus-

1| Vgl. Nation & Europa Nr. 7&8/06, S. 77-82.



druckskraft des Expressionismus. Benns frühe Lyrik ist ein Aufstand gegen die Spießigkeit des wilheminischen Kultur- und Gesellschaftsbetriebs.

Besatzungsoffizier in Brüssel

Die Mordmaschinerie des ersten industriellen Krieges im 20. Jahrhundert erlebt Benn vom Rand des Geschehens. Im ersten Weltkrieg ist Benn als Militärarzt und Offizier in der Etappe im deutsch besetzten Brüssel eingesetzt. Er bewohnt eine requirierte Villa und verkehrt in der deutschen Kulturkolonie der belgischen Hauptstadt. Hier lernt Benn den Dichter Carl Sternheim und seine Frau Thea kennen, die beide entschiedene Gegner des I. Weltkrieges sind. Als Militärarzt ist Benn Zeuge der Erschießung einer angeblichen britischen Spionin. Diese rechtfertigt er auch später als militärisch notwendige Maßnahme. Obwohl es hierüber mit den Sternheims zum Streit kommt, hilft Benn dem deutschen Staatsbürger, Carl Sternheim, dem kaiserlichen Gestellungsbefehl zu entkommen.

Arzt und Dichter in der Republik

Nach seiner Entlassung aus dem Militärdienst lässt sich Benn in Berlin als Arzt nieder. Doch von seiner Profession kann er nur schlecht leben. Benn behandelt vornehmlich Kassenpatienten, aber auch solche aus den Arbeitervierteln Berlins, die nicht zahlen können. Seine Veröffentlichungen werfen kaum nennenswerte Beträge ab. Trotz enormer Arbeitsbelastung ist Benn dichterisch produktiv. Er mischt sich in die Debatten des Literaturbetriebs ein, in denen er explizit antipolitische Positionen vertritt. Plurale Demokratie und die von Benn postulierte Totalität der Kunst hält er für unvereinbar. Dem demokratischen Gemeinwesen begegnet Benn mit abgrundtiefem Hass. Die Nähe zum Denken Oswald Spenglers und Teilen der sogenannten Konservativen Revolution ist unverkennbar. Deren Abneigung gegen die egalitäre Massenkultur der Weimarer Republik teilt er ebenso, wie ihren zyklischen Geschichtsbegriff, innerhalb dessen kein Fortschritt möglich sei.

Im Rundfunk diskutiert er 1930 mit seinem ästhetischen Bruder und politischen Antipoden Johannes R. Becher. Beide eint ihre poetische Herkunft aus dem Frühexpressionismus. Beide schätzen die Dichtung des anderen. Doch während sich Becher als Prophet der Weltrevolution und in stalinistischer Propaganda der KPD ergeht, bestreitet Benn jeden Sinn einer radikalen Umkehr der Verhältnisse und der Rolle der Kunst darin.

Gegen die Emigranten – für die Reichsschrifttumskammer?

Seit 1932 ist Benn Mitglied der preußischen Akademie der Künste, Sektion Dichtkunst. Hier findet er sich zunächst zwischen der von Börries von Münchhausen, Hans Grimm und anderen vertretenen Majorität des nationalkonservativen Flügels der Sektion Dichtkunst und einer verschwindenden Minderheit linksliberaler Schriftsteller um den von ihm verehrten Heinrich Mann wieder. Die Akademie ist am Vorabend des Machtantritts des Nationalsozialismus tief gespalten. Während Künstler wie Kollwitz und Mann dringlich an die sozia- →

listischen Parteien appellieren, sich gegen die Gefahr des Nazismus zu einen, forcieren andere mit literarischen Mitteln die Heraufkunft der NS-Diktatur. Hans Grimms Buch »Volk ohne Raum« ist hierfür nur das bekannteste Beispiel.

Nach der Machtübernahme dringen die Nazis auf eine Gleichschaltung der Akademie. Reichsminister Goebbels sind die republikanischen Mitglieder der Akademie für seine Pläne einer NS-Kulturpolitik ein Dorn im Auge. Die Vertreter des radikal-völkischen Flügels der Sektion Dichtkunst, Grimm und Johst, wollen Goebbels mit einer Ergebenheitserklärung der Akademie entgegenkommen Benn verfasst ein Dokument, das die Loyalität der Akademiemitglieder zum NS-Staat bekundet und sich zugleich gegen eine allzu schnelle Gleichschaltung der Akademie wendet. Ob dieses Dokument als Sterbeurkunde für die demokratische Verfasstheit der Akademie oder als letzter Rettungsversuch einer Autonomie der Kunst gegenüber dem Nationalsozialismus gelesen werden muss, ist in der Literatur höchst umstritten. Während der marxistische Literaturwissenschaftler Mittenzwei die diabolische Rolle Benns bei dem Rausschmiss demokratischer Schriftsteller aus der Akademie betont, zeichnen andere Benn-Biographen ein anders akzentuiertes Bild der Vorgänge im Frühjahr 1933. Danach habe Benn die Akademie vor dem Zugriff der NS-Machthaber retten wollen. Dies erscheint jedoch vor dem Hintergrund der nachfolgenden Gründung der Reichsschrifttumskammer zweifelhaft. Auf einen offenen Brief des exilierten Schriftstellers Klaus Mann, in dem dieser Benns Parteinahme für den Nationalsozialismus scharf kritisiert, antwortet Benn mit der Schrift »Der neue Staat und die Intellektuellen«. Darin verteidigt er die Gleichschaltungs- und Repressionsmaßnahmen der NS-Führung in der Machtergreifungsphase als politisch



notwendig und rechtfertigt. Seinerseits wirft Benn den Emigranten Verrat an Deutschland vor, die von einer bequemen Außenposition die wahren Vorgänge in Deutschland nicht beurteilen könnten. Zu diesem Zeitpunkt sind die demokratischen Institutionen bereits zerschlagen, politische Gegner mundtot gemacht. Benn ist in der Machtergreifungsphase fasziniert von der Radikalität, mit der die NS-Bewegung daran geht, Staat und Gesellschaft der Totalität ihrer Ideologie zu unterwerfen. Wie viele andere konservative Intellektuelle sieht Benn im Aufstieg des Nationalsozialismus eine Katharsis der deutschen Zustände, die aus kosmopolitischer Beliebigkeit und nationaler Dekadenz herausführen soll.

In Bedrängnis

Doch Benns Emphase für den Nationalsozialismus hält nicht lange vor. Dessen politisches Alltagsgeschäft entspricht nicht seinen Vorstellungen von einem elitär-heroischen, autoritärem Staat. Nach dem Röhmputsch im Juni 1934 geht Benn schrittweise zum NS auf Distanz, meidet öffentliche Auftritte und Wortmeldungen. Zudem gerät er Mitte der 1930er Jahre selbst unter Druck. Die Raserei der völkischen Schriftsteller macht vor Benns





expressionistischer Lyrik keinen Halt. Börries von Münchhausen bezeichnet Benn als »reinblütigen Juden«. Benn hebt zu einer Verteidigung des Expressionismus an, den er als deutsche Erneuerungsbewegung deutet. Doch es nützt ihm wenig. In der SS-Zeitschrift »Schwarzes Korps« erscheint ein Artikel, der Benns Dichtung als entartet brandmarkt und seine Lyrik als Gossensprache denunziert. Ab 1935 wird Benn wieder Militärarzt und Offizier. Zwar ist ihm die Institution der Wehrmacht zuwider, doch bietet sie ihm einen weitgehenden Schutz vor den Zumutungen der NS-Behörden.

Benn, ein Faschist?

Dem bekannten Diktum Fritz J. Raddatz nach, war Gottfried Benn Fa-

schist, Nazi war er nicht. Faschist war Benn im Sinne des von Mohler in apologetischer Absicht geprägten Begriffs »faschistischen Stils«, der eine antiegalitäre Radikalisierung aller gesellschaftlichen Sphären befürwortet und die Prinzipien eines humanistischen Universalismus ablehnt. Im Sinne des faschistischen Stils geht es Benn nicht um Ideologie, vielmehr um Form und Haltung gegenüber einem mit Hass und Abscheu betrachteten demokratischen Literatur- und Politikbetrieb. Darin spielt die elitäre Selbststilisierung Benns als Außenseiter. Er ist ein ästhetischer Vertreter des Pathos der Kälte, der sich dem wertenden Zugriff humanistischer Moral mit Verweis auf angeblich unabänderliche antropologische Archetypen zu entziehen sucht[2]. In diesem Sinne ist Benn als Faschist zu bezeichnen. Diese radikale antiegalitäre Haltung macht Benn für heutige rechtsextreme Rezipienten interessant. Nazi war er nicht, da er zu keinem Zeitpunkt die völkisch-rassistischen Invektiven der NS-Bewegung teilt und er sich auch nicht antisemitisch äußert.

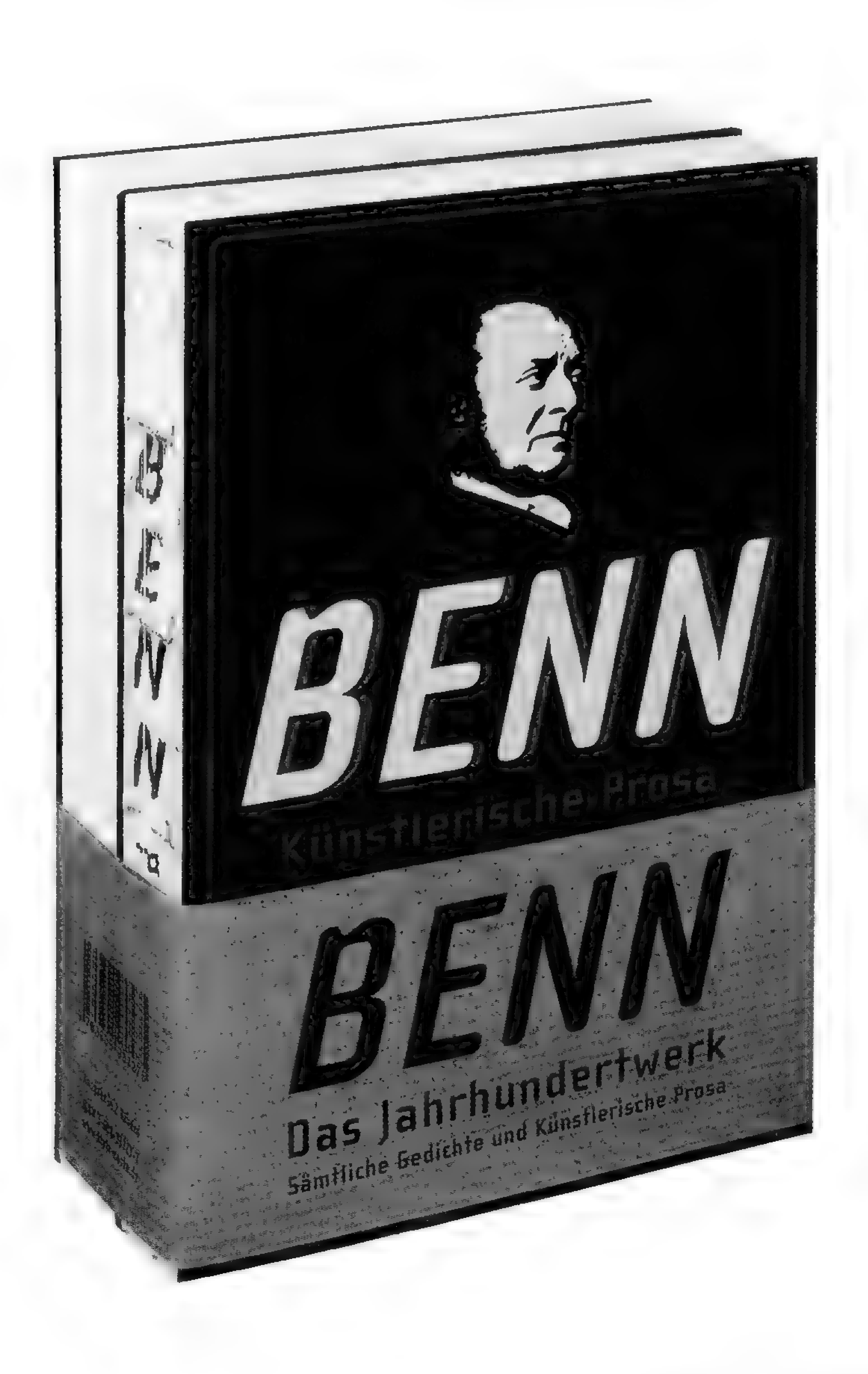
Nachkrieg

Benn erlebt das Ende des Krieges in Berlin. Zunächst von den Alliierten mit Veröffentlichungsverbot belegt, fürchtet er die Rache der zurückkehrenden Emigranten. Gemeinsam mit Ernst Jünger und Carl Schmitt ist Benn entschlossen, sich nicht für seinen Verbleib in Deutschland während der NS-Zeit zu rechtfertigen. Alle drei belauern sich gegenseitig, wer wohl als erster gegenüber den moralischen Vorhaltungen der Emigranten nachgibt. Schließlich ist es Benn, der in den Augen von Carl Schmitt Verrat begeht, da er sich in seiner autobiographischen Schrift »Doppelleben« in der ihm typischen Weise antipolitisch von seinem zeitweisen Engagement für den Nationalsozialismus distanziert. Doch die Distanzierung hat Grenzen. In einer Rundfunkdebatte mit dem jüdischen Emigranten Peter de Mendelssohn rechtfertigt Benn sein Konzept der »inneren Emigration« und versteigt sich zu der absurden Behauptung, die verbrecherischen Intentionen des Nationalsozialismus habe man nicht erkennen können. Benn sieht sich als Opfer der literarischen Emigranten. In der Adenauer-Republik trifft diese Auffassung genau den Zeitgeist. Benns Selbststilisierung als kühl distanzierter Beobachter der Zeitläufe hat Konjunktur. Er wird zu Vorträgen und Rundfunklesungen geladen und erhält literarische Auszeichnungen. Seine Arztpraxis im Berliner Westen führt er bis Mitte der 1950er Jahre weiter.

Fazit

Gottfried Benns dichterisches und politisches Wirken ist mit dem Titel seiner autobiographischen Schrift Doppelleben treffend charakterisiert. Einerseits begegnet dem Leser in Benns Lyrik der sezierende Blick auf die Entfremdungsmechanismen der spätbürgerlichen Gesellschaft. Andererseits postuliert er einen Begriff von Kunst, der nur als Rückzug von der gesellschaftlichen Realität zu interpretieren ist. So bleibt das Bild von Benn ambivalent: poetische Größe geht einher mit dem Versagen vor den Fragen der Zeitgeschichte an die Rolle des Intellektuellen im 20. Jahrhundert. ■

2| Vgl. Walkenhaus, Ralf: Armin Mohlers Denkstil, in: Backes/Jesse: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 1997, S. 97-115



Die Deutsche Burschenschaft

Rechte Kaderschmiede im Grenzbereich zwischen Rechtskonservatismus und Neofaschismus

[1] Matthias Müller (links) beim alljährlichen auf dem Heidelberger Ehrenfriedhof stattfindenden »Heldengedenken« im Jahr 2002.

[2] Der Ex FAP-Funktionär und jetzige Pressesprecher der DB Norbert Weidner (mitte) beim Burschentag der Deutschen Burschenschaft in Eisenach am 18. Juni 2000.



Das Beispiel der Burschenschaft Normannia zu Heidelberg

Die NPD nennt die Strategie »Kampf um die Köpfe«: Mit Aufmärschen, Parolen und Übergriffen allein sind keine Mehrheiten zu bekommen. Um Rechtsextremismus hoffähig zu machen, soll rechtsextremes Gedankengut auch im intellektuellen Milieu verankert werden. Burschenschaften und rechte Verbindungen an Universitäten nehmen in diesem Konzept eine Schlüsselfunktion ein. Während der Verfassungsschutz in seinem Bericht 2005 von einer erfolglosen Intellektualisierung der rechten Szene spricht, vernetzen sich Burschenschaften weiter mit den Organen der »Neuen Rechten« und den freien Kameradschaften. Das extrem rechts korporierte Spektrum umfasst in erster Linie den Dachverband der »Deutschen Burschenschaft« (DB). Im Jahre 1961 gründete sich die Burschenschaftliche Gemeinschaft (BG) in der DB. Deren augenblickliche Dominanz schlägt sich nicht zuletzt in der Programmatik der DB nieder. Die Burschenschaftliche Gemeinschaft ist als rechtsextrem anzusehen, da sie unter anderem »einem völkischem Politik- und Staatsverständnis (Volksgemeinschaftsdenken), Antiliberalismus, der Beschwörung nationaler Identität, Geschichtsklitterung und dem Schüren von Überfremdungsängsten auf der Grundlage eines kulturalistisch begründeten Rassismus, Polemiken gegen die so genannte Umerziehung, so wie gebietsrevanchistischen Forderungen [»Wideranschluss Österreichs und Süd-Tirols] folgt«[1].

Who is Who

Mitglieder der DB, vor allem der Burschenschaftlichen Gemeinschaft, fallen immer wieder durch Verbindungen nach Rechtsaußen auf. André Goertz (Germania Hamburg) war Funktionär der neonazistischen FAP und Betreiber eines Nationalen Infotelefons. Der ehemaliger FAP Funktionär Norbert Weidner, ist der Alten Breslauer Burschenschaft Raczeks zu Bonn beigetreten und seit 2006 neuer Pressesprecher der DB. Die Verbindungen zwischen der Gießener Burschenschaft Dresdensia-Rugia und der sächsischen NPD alarmierten 2005 Hessens Verfassungsschutz. Der NPD-Politiker Jürgen Gansel ist Mitglied der Dresdensia-Rugia. Ebenfalls Mitglied der Burschenschaft ist der Bundesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten, Stefan Rochow. Die DB tut sich als rechter Think Tank mit guten Verbindungen zu diversen Institutionen (Thule-Seminar, IfS, JF) hervor. Starke Überschneidungen zwischen den Vortragsrunden der Burschenschaften gibt es personell wie inhaltlich mit der ebenfalls die Intellektualisierung der Rechtskonservativen bis Nationalrevolutionären vorantreibende »Jungen Freiheit« (JF). Die Referentenliste der in der DB vertretenen Burschenschaften liest sich wie ein who-is-who der Neuen und alten Rechten, von David Irving bis Martin Hohman. Am Beispiel der Normannia zu Heidelberg zeigt sich die Scharnierfunktion der Akteure. Sie steht beispielhaft für die Verflechtungen der DB in eine Vielzahl antidemokratischer Strukturen mit nationalistischem und rassistischem Gedankengut.

Normannia Heidelberg – In guter Gesellschaft

Einige Beispiele: Im März 2000 verteilen Mitglieder der Normannia/Normannen farbentragend Flugblätter gegen das »jüdische Finanzkapital« in der Heidelberger Fußgängerzone. Im Jahr 2003 agitieren sie auf einer Antikriegsdemo gegen die USA und deren angebliche »Hintergrundmächte« – womit eine jüdische Weltverschwörung suggeriert werden soll. Im Dezember des gleichen Jahres verteilen sie Hohmanns antisemitische Rede an


[2]

der Universität. Ähnlich aufschlussreich ist die Liste der Referenten, die die Normannia zu Vorträgen und Seminaren einlädt: Alfred Mechtersheimer, Gründer und Kopf der Deutschland Bewegung, »Junge Freiheit«- Autor und Neonazianwalt Klaus Kunze, die Rechtsterroristen Erhart Hartung und Peter Kienesberger, der Nationalrevolutionär und das Ex-NPD-Mitglied Michael Nier und der Neonazi Karl Richter (Berater der NPD im Bundestagswahlkampf 2005) sind einige der prominenten Namen aus dem extrem rechten Spektrum. Neben dem inhaltlichen Brückenschlag zwischen der bürgerlichen Rechten und offenen Neonazis bestätigen vor allem die guten Kontakte und personellen Überschneidungen zu extrem rechten Organisationen das Bild von der Normannia als einer extrem rechten Kaderschmiede. Außer zur offen äußerst rechten Burschenschaft Arminia Zürich zu Heidelberg – in deren »Farbenheim« 1995 bei einer Razzia NS-Propaganda gefunden wurde – verfügt sie über gute Verbindungen zur regionalen Kameradschaftsszene. Etwa zur Kameradschaft Bergstraße und deren ehemaligem Führungsmitglied René Rodriguez-Teufer sowie zu Funktionären der Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft wie Max von Koskull. Verbindungsbrüder der Normannia sind unter anderem Mitglied bei den Republikanern (Wolfgang Unold und Klaus- Dieter Motzke), der Deutschland Bewegung (Christian Schaar) oder der neonazistischen Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (Christian Schaar, Markus Ksienzyk). Gleichzeitig bestehen Kontakte zu etablierten Parteien. Insbesondere zur Union, welcher mehrere Normannen angehören, besteht ein gutes Verhältnis. Dies zeigt sich bei Anlässen wie dem jährlich am Volkstrauertag stattfindenden Heidelberger »Heldengedenken«, wo CDU-MdB Karl A. Lamers im Jahr 2003 die anwesenden Mitglieder der Normannia freundschaftlich mit Handschlag begrüßte. Auch Mitglieder der FDP traten schon des öfteren als Referenten bei der Normannia auf, so im Dezember 2002 der Referent für Wirtschaftsfragen der Landtagsfraktion der FDP in Rheinland-Pfalz, Jürgen Neureuther oder der für ein Tagesseminar im Juli 2004 angekündigte Eberhard Hamer.

Einmal Burschi, immer Burschi

Hier wird das gesellschaftliche Umfeld deutlich, in dem sich die Normannia bewegt und für welches sie ihre Mitglieder sozialisiert. Burschenschaften wie die Normannia sorgen nicht nur dafür, dass Personen mit einem rechten Weltbild in die nationale Elite entsandt werden sondern stellen zudem die ideologische wie personelle Anbindung an neonazistische Kreise sicher. Anschaulich wird dies am biographischen Werdegang Einzelner, wie dem ehemaligen Mitglied der Burschenschaft Matthias Müller aus Karlsruhe:

Seit dem Wintersemester 2002/03 studiert Matthias Müller Politik und Geschichte in Heidelberg. Dort ist er in der Burschenschaft Normannia aktiv, deren Sprecheramt er im Sommersemester 2004 ausübt. Während seiner Zeit als Sprecher ist er unter anderem maßgeblich für die Organisation eines Tagesseminars mit hochrangigen Neonazis verantwortlich. Die Veranstaltung kann schließlich Aufgrund antifaschistischer Proteste und der negativen Berichterstattung der lokalen Presse nicht stattfinden. Die unerwünschte Öffentlichkeit dürfte auch der einzige Grund für die Trennung der Normannia von Müller Ende 2004 sein, was durch den Leserbrief eines »Alten Herrn« in der Lokalzeitung untermauert wird. Müller pflegt auch weiterhin gute Kontakte zu Mitgliedern der Normannia.

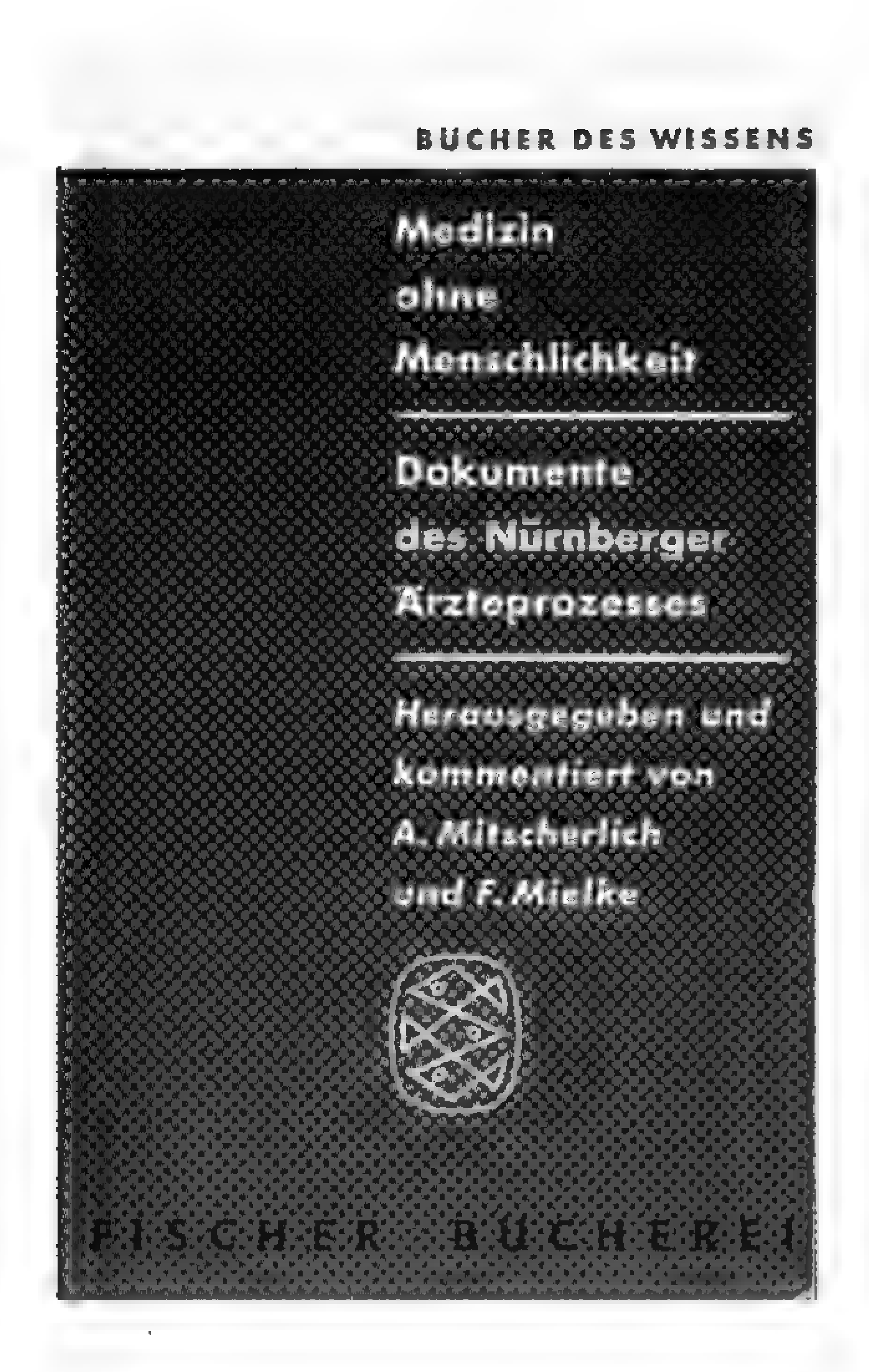
Nach eigenem Bekunden fühlt sich der JF-Autor noch immer, getreu dem Lebensbundprinzip, als Burschenschafter und damit den burschenschaftlichen Werten »Ehre, Freiheit, Vaterland« verbunden. Ein Mitte Juli 2005 ausgestrahlter Bericht des ZDF-Magazins Frontal21 zeigt Müller darüber hinaus auf einem Wochenseminar der so genannten »Dresdner Schule«, des »think tanks« der NPD. Müller selbst bezeichnet in selbigem Fernsehbericht neonazistische Skinheads als »ganz normale Jugendliche, die sich zu ihrem Volk und ihrer Nation bekennen wollen«[3].

Diese Verquickung von bürgerlichen, rechtsradikalen und intellektuellen Spektren machen Burschenschaften zu einer Rekrutierungsinstanz und Kaderschmiede, in der nationalistische Eliten herangebildet und Kontakte geknüpft werden. ■

1| zit. nach Dietrich Heither, »In irgendeiner Form oppositionell«, in »Die neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?«, Wiesbaden 2004.
2| Bericht des ak Antifa Uni Heidelberg. »Rechte Tendenzen und Ideologien an der Universität Heidelberg«. Heidelberg 2006.
3| ZDF – Frontal21 vom 19. Juli 2005, Rechtsradikale Denkfabrik Dresdner Schule.

»Medizin ohne Menschlichkeit«

Vor 60 Jahren begann der Nürnberger Ärzteprozess



»Bewältigung der Schuld kann nichts anderes heißen, als der Wahrheit ins Auge zu sehen; Anerkennung dessen, was war, ohne Feilschen; Einsicht in die Anteilnahme, und sei sie nur das ,harmloseste' Mitlaufen, Mitdenken der Parolen, Mithoffen auf das Verheißene gewesen.«[1]

Diese Sätze stellte Alexander Mitscherlich seiner Dokumentensammlung zum Nürnberger Ärzteprozess voran, die unter dem Titel »Medizin ohne Menschlichkeit« im Jahr 1960 erstmals als Taschenbuchausgabe erschien. In dem Vorwort reflektierte Mitscherlich nicht nur über die Dimensionen der Verbrechen, an denen Mediziner während der NS-Zeit mitgewirkt hatten. Er verwies darauf, dass es in der Folge des Nürnberger Ärzteprozesses, der im August 1947 zu Ende gegangen war, weder in der Ärzteschaft noch in der deutschen Gesellschaft eine Auseinandersetzung um die nationalsozialistischen Medizinverbrechen gegeben habe.

Mitscherlich wusste, wovon er sprach. Zehn Monate lang hatte er eine Kommission geleitet, die im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft der Westdeutschen Ärztekammern den Prozess dokumentieren sollte. Als Mitscherlich im Jahr 1947 einen Zwischenbericht und zwei Jahre später den Abschlussbericht veröffentlichte, schlug ihm unter Ärzten und Wissenschaftlern demonstratives Desinteresse, aber auch offenkundige Feindseligkeit entgegen. Zwischenzeitlich avancierte der Psychoanalytiker zu einem der »bestgehassten Männer der deutschen Medizin.«

»Heilen und Vernichten« – Medizin im Nationalsozialismus

Der Nürnberger Ärzteprozess, der am 9. Dezember 1946 begann, war der erste von insgesamt 12 Prozessen, in denen die US-Militärverwaltung vormalige Vertreter der administrativen und gesellschaftlichen Elite des »Dritten Reichs« anklagte. Der »Hauptkriegsverbrecherprozess« zwischen November 1945 und Oktober 1946 hatte deutlich gemacht, dass für die dort verhandelten »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« nicht ausschließlich eine Clique fanatischer Überzeugungstäter im unmittelbaren Umfeld Adolf Hitlers die Verantwortung trug. »Willige Vollstrecker« fanden sich vielmehr in sämtlichen Berufsgruppen und gesellschaftlichen Schichten.

Diese Feststellung galt auch und vor allem für die deutsche Ärzteschaft. Unter den Medizinern hatte der Nationalsozialismus eine überdurchschnittliche Basis gefunden. Rund 45 Prozent der praktizierenden Ärzte traten der NSDAP bei; 26 Prozent gehörten der SA an, neun Prozent der SS.

Die ärztlichen Standesorganisationen vollzogen schon kurz nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten ihre Selbstgleichschaltung. Die Verdrängung jüdischer Kollegen setzte ein, noch bevor das Regime entsprechende Maßnahmen anordnete. Vor allem junge Mediziner, die an Universitäten und Forschungsinstituten tätig waren, sympathisierten mit den sozialdarwinistischen Konzepten nationalsozialistischer Gesundheitspolitik, die einen ethnisch homogenen, »gesunden Volkskörper« postulierte, von dem »kranke« Elemente durch »Selektion« zu trennen seien.

Bereits im Juli 1933 trat das »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« in Kraft, auf dessen Grundlage rund 300.000 Menschen zwangssterilisiert wurden. Die vom Nationalsozialismus angestrebte systematische »Vernichtung lebensunwerten Lebens« setzte kurz vor Beginn des Zweiten Weltkriegs mit der so genannten »Aktion T 4« ein. Den verharmlosend als »Euthanasie« bezeichneten Patientenmorden fielen mindestens 260.000 Personen zum Opfer.[2] Einen weiteren Komplex nationalsozialistischer Medizinverbrechen bildeten die vielfach tödlich verlaufenen Menschenversuche in Konzentrations- und Vernichtungslagern.

»Verbrechen gegen die Menschlichkeit« – Die NS-Medizin auf der Anklagebank

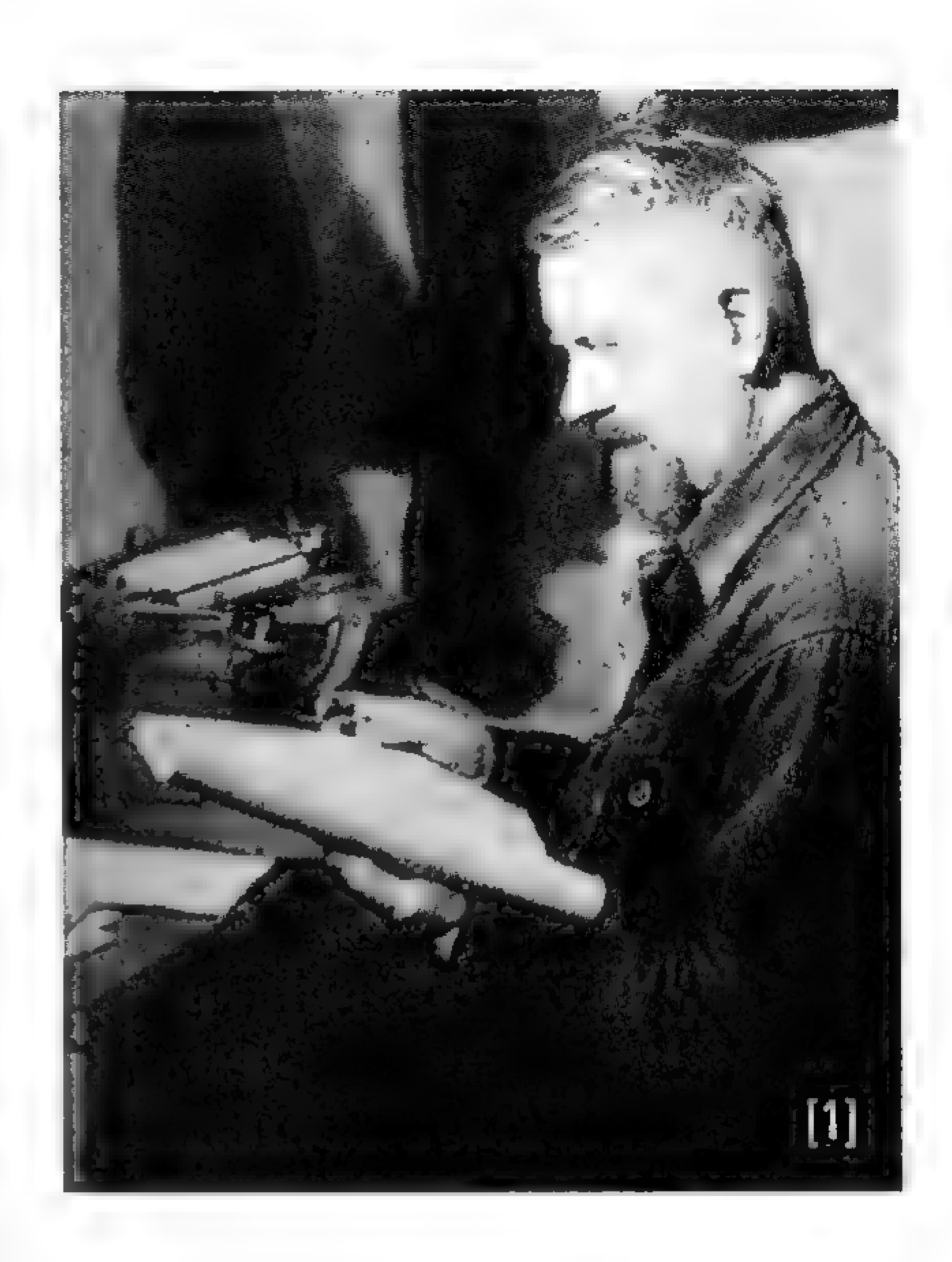
Angesichts dieser Verbrechensdimensionen erscheint die Zahl der Angeklagten im Nürnberger Ärzteprozess niedrig. Lediglich 23 Beschuldigte, 20 Ärzte und drei hohe Beamte mussten sich vor dem US-Militärgericht verantworten. Die vermeintlich willkürliche Auswahl der Angeklagten hatte mehrere Ursachen. Erstens war die Anklageschrift unter enormen Zeitdruck verfasst worden, so dass zahlreiche Tatkomplexe darin kaum Berücksichtigung fanden. Zweitens konzentrierten sich die Anklagepunkte auf die Menschenversuche in den Konzentrationslagern. Die Patientenmorde spielten demnach im Nürnberger Ärzteprozess eine untergeordnete Rolle. Drittens waren etliche an NS-Medizinverbrechen beteiligte Wissenschaftler unmittelbar nach Kriegsende in militärischen Forschungsprojekten der Alliierten untergekommen und somit dem Zugriff der US-Anklagebehörden entzogen.

Dennoch war offenkundig, dass die Beschuldigten im Dezember 1946 zu Recht auf der Anklagebank saßen. Verantworten musste sich etwa Prof. Karl Brandt, der als Reichskommissar für das Sanitäts- und Gesundheitswesen mit der Organisation der »Aktion T 4« befasst gewesen war. Prof. Gerhard Rose, während des »Dritten Reichs« stellvertretender Präsident des Robert-Koch-Instituts für Tropenmedizin, wurde beschuldigt, an Fleckfieberversuchen in den Konzentrationslagern Natzweiler und Buchenwald mitgearbeitet zu haben. Prof. Karl Gebhardt, ehemals Oberster Kliniker beim Reichsarzt SS, zeichnete für eine Reihe bestialischer Experimente in verschiedenen Konzentrationslagern verantwortlich. Ein Angeklagter, der nicht aus der Ärzteschaft stammte, war der SS-Standartenführer Wolfram Sievers, der als Reichsgeschäftsführer der Gesellschaft Ahnenerbe amtiert hatte. In dieser Funktion war er mit der Vervollständigung einer Skelettsammlung der Reichsuniversität Straßburg beauftragt worden. In Auschwitz wurden für dieses Projekt mindestens 112 jüdische Häftlinge ermordet.

Der Prozess konzentrierte sich auf vier Tatkomplexe. Der erste betraf den Vorwurf der »gemeinsamen Verschwörung«. Demnach hatten sich die Beschuldigten in den Jahren 1939-1945 zusammengefunden, um gemeinschaftlich »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« zu begehen. Der zweite und dritte Teil des Verfahrens umfasste konkrete »Kriegsverbrechen« und »Verbrechen gegen die Menschlichkeit«. Im vierten Komplex ging es um die »Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Organisation«, da immerhin zehn der Beschuldigten der SS angehört hatten.

Das Gericht führte den Prozess nach rechtsstaatlichen Maßstäben und war bemüht, den Angeklagten jeweils ihre individuelle Schuld nachzuweisen. Alexander Mitscherlich konstatierte im Rückblick: »Hier wurde [...] blinder Hass nicht mit blinder Rache vergolten, vielmehr in einer ernsten Bemühung die Distanz für Reflexion geschaffen.«[3] So versuchte das Gericht angesichts der grausamen Menschenversuche, die den Kern der Anklage ausmachten, zu Beginn des Verfahrens grundlegende ethische Maßstäbe für die Durchführung medizinischer Humanexperimente zu definieren. Im »Nürnberger Kodex«, der noch heute weltweit als, wenn auch vielfach missachteter, Referenzrahmen gilt, wurde die freiwillige Zustimmung der Versuchsperson zur unveräußerlichen Voraussetzung »zulässiger medizinischer Versuche« erklärt.

Hier setzten die Rechtfertigungsstrategien der Angeklagten an, die behaupteten, über die näheren Umstände der Experimente in den Konzentrationslagern nicht informiert gewesen zu sein. Vielmehr seien sie davon ausgegangen, dass sich zum



[1] Der Angeklagte Professor Dr. Gerhard Rose in seiner Gefängniszellle. Er war angeklagt worden an Fleckfieberversuchen in den Konzentrationslagern Natzweiler und Buchenwald mitgearbeitet zu haben.

Tode verurteilte Schwerverbrecher freiwillig als Versuchspersonen gemeldet hatten. Hinsichtlich der »Euthanasie«-Verbrechen erklärten sie, zu allen Zeiten sei es üblich gewesen, unheilbar Kranke zu töten. Die Anklagevertretung bemühte sich hingegen, die spezifischen Merkmale der nationalsozialistischen Medizinverbrechen herauszuarbeiten. Sie versuchte zu zeigen, dass entgegen jeder medizinischen Ethik, das Versprechen der »Heilung« nahezu unauflöslich mit der Praxis der »Vernichtung« verknüpft gewesen war.

Der Prozess endete am 20. August 1947. Sieben Angeklagte wurden zum Tode verurteilt und Anfang Juni 1948 im Kriegsverbrechergefängnis Landsberg hingerichtet. Neun erhielten langjährige Freiheitsstrafen. Die Verurteilten profitierten allerdings von Gnadenerlassen des amerikanischen Hochkommissars John McCloy, so dass sich seit 1955 keiner der im Ärzteprozess Angeklagten mehr in Haft befand.

Das große Schweigen – Reaktionen auf den Nürnberger Ärzteprozess

Die ärztlichen Standesorganisationen sahen dem Verfahren mit unterschiedlichen Erwartungen entgegen. Einerseits fürchtete man, angesichts der in Nürnberg zur Verhandlung anstehenden Verbrechen erhebliche Re- →

[1] Der Angeklagte Professor Dr. Karl Gebhardt, Oberster Kliniker beim Reichsarzt SS zeichnete für eine Reihe bestialischer Experimente in verschiedenen Konzentrationslagern verantwortlich.

[2] Der amerikanische Sachverständige Dr. Leo Alexander bei der Vernehmung des Angeklagten SS-Standartenführer Wolfram Sievers (rechts).


[1]

putationsverluste für die deutsche Ärzteschaft. Andererseits erkannten die Standesvertreter in dem Prozess und der wahrscheinlichen Aburteilung einer Handvoll schwer belasteter Angeklagter die Chance, breiteren Diskussionen über die Verstrickung von Medizinern in das NS-Regime zu entgehen. Diese Absicht verfolgte vermutlich auch die Arbeitsgemeinschaft der Westdeutschen Ärztekammern, als sie im November 1946 beschloss, eine Beobachterkommission zum Nürnberger Ärzteprozess zu entsenden. Der Kommissionsbericht sollte vor allem unter Medizinern verbreitet werden. Die Erwartungshaltung, die an den Prozess und dessen Dokumentation geknüpft war, brachte der Dekan der Medizinischen Fakultät der Universität Freiburg im November 1946 auf den Punkt: »Dass die Ärzte sich einschalten, ist jedenfalls berechtigt und notwendig. Es muss ganz energisch klargelegt werden, dass doch nur eine äußerst beschränkte nat. soz. Clique sich hier die Finger verbrannt hat und dass vielmehr der deutsche Arzt im allgemeinen ebenso wie der deutsche Wissenschaftler nicht das geringste mit diesen Scheußlichkeiten zu tun hat«.[4]

Unter den etablierten Standesvertretern fand sich allerdings niemand bereit, die Beobachterkommission zu leiten. Schließlich übernahm die Aufgabe der junge Heidelberger Privatdozent Alexander Mitscherlich. Als er im Februar 1947 seinen Zwischenbericht mit dem Titel »Das Diktat der Menschenverachtung« vorlegte, hegte er die Befürchtung, die Veröffentlichung der Prozessunterlagen werde ihn »außerordentlich unpopulär machen«.[5] Mitscherlich täuschte sich nicht. In seinen Lebenserinnerungen schrieb er: »Meine medizinischen Kollegen haben mich damals nicht nur als Vaterlandsverräter beschimpft, sondern auch verschiedentlich versucht, mich beruflich zu diffamieren und zu schädigen. Das Verhalten der Kapazitäten grenzte an Rufmord.«[6]

Die Redaktion der Deutschen Medizinischen Wochenschrift, in der die Dokumentation ursprünglich hätte veröffentlicht werden sollen, weigerte sich, den Zwischenbericht der Kommission abzudrucken. Auf noch größere Ignoranz stieß der Abschlussbericht, der als Buch unter der Überschrift »Wissenschaft ohne Menschlichkeit« im Jahr 1949 erschien. Reaktionen auf die Dokumentation blieben vollständig aus. Das Buch fand weder Erwähnung in den ärztlichen Verbandszeitschriften, noch in den Tageszeitungen. Schon bald war »Wissenschaft ohne Menschlichkeit« aus den Buchhandlungen verschwunden. Der Verbleib des Buches, das in einer Auflage von immerhin 10.000 Stück gedruckt worden war, ist bis heute ungeklärt. Mitscherlich selbst vermutete rückblickend, dass die Dokumentation kurz nach ihrem Erscheinen von den Ärztekammern aufgekauft worden war, um deren Verbreitung zu verhindern.

Die Widerstände, auf die Mitscherlich stieß und die geringe Beachtung, die seine Dokumentation des Nürnberger Ärzteprozesses fand, können als typisch für den Umgang mit der NS-Zeit in der frühen Bundesrepublik gelten. Das »kommunikative Beschweigen der Vergangenheit« (Hermann Lübbe) schien in der Ärzteschaft jedoch besonders ausgeprägt zu sein. Spätestens mit dem Beginn der 1950er Jahre gelang es auch schwer belasteten Medizinern, sich erneut an Universitäten, Forschungseinrichtungen oder in Arztpraxen zu etablieren. So erhielt selbst Dr. Wilhelm Beiglböck, der wegen Menschenversuchen in Dachau im Ärzteprozess zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, kurz nach seiner vorzeitigen Haftentlassung im Dezember 1951, eine Stelle an der Freiburger Universitätsklinik.

»Weißwäschersyndikate« – Ärztliche Vergangenheitspolitik in der Bundesrepublik

Die Rückkehr ins Berufsleben konnte auf drei, oftmals miteinander verschränkten Wegen erfolgen. Erstens erklärten zahlreiche Mediziner, ein distanziertes Verhältnis zum NS-Regime gepflegt zu haben. In diesem Kontext wurden gerne religiöse Überzeugungen angeführt, die mit der »gottlosen« Ideologie des Nationalsozialismus nicht zu vereinbaren gewesen seien. Eine Behauptung, die sich hervorragend ins vorwiegend konservativ-kulturpessimistisch geprägte gesellschaftliche Klima der frühen Bundesrepublik fügte. So berief sich auch Otmar Freiherr von Verschuer, der seit 1935 in leitender Funktion am neu geschaffenen »Institut für Erbbiologie und Rassenhygiene« der Universität Frankfurt beschäftigt gewesen war, erfolgreich darauf, aufgrund seiner Nähe zur »Bekennenden Kirche« dem NS-Staat ablehnend gegenübergestanden zu haben. Im Jahr 1951 wurde Verschuer Professor an der Universität Münster.

Zweitens formierten sich schon kurz nach Kriegsende Schweigekartelle und »Weißwäschersyndikate« (Gerhard Paul). Ehemalige NS-Ärzten wechselten, oftmals mit Unterstützung von Kollegen, die Identität und

1| Alexander Mitscherlich: Von der Absicht dieser Chronik (1960), in: Ders. /Fred Mielke (Hg.): Medizin ohne Menschlichkeit. Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses, Frank furt/M. 2001, S. 11.
2| Vgl. Hans-Walter Schmuhl: Die Patientenmorde, in: Angelika Ebbinghaus/Klaus Dörner (Hg.): Vernichten und Heilen. Der Nürnberger Ärzteprozess und seine Folgen, Berlin 2001, S. 295-328.
3| Mitscherlich: Chronik, S. 14
4| Zitiert nach: Jürgen Peter: Unmittelbare Reaktionen auf den Prozess, in: Ebbinghaus/Dörner: Heilen und Vernichten, S. 452-475, hier S. 455.
5| Ebenda, S. 452.
6| Zitiert nach: Tobias Freimüller: Mediziner: Operation Volkskörper, in: Norbert Frei (Hg.): Hitlers Eliten nach 1945, München 2003, S. 13-65, hier S. 27.
7| Ebenda, S. 52.

praktizierten unter neuem Namen weiter. Der spektakulärste Fall war zweifellos die »Heyde/Sawade«-Affäre am Ende der 1950er Jahre. Prof. Werner Heyde, der während des »Dritten Reichs« die »Aktion T 4« geleitet hatte, nahm 1947 den Namen Fritz Sawade an und arbeitete in Flensburg als medizinischer Gutachter für verschiedene Behörden und die Justiz des Landes Schleswig-Holstein. Nachdem Sawades wahre Identität im November 1959 bekannt geworden war, zeigte sich, dass Heyde auf zahlreiche Mitwisser hatte vertrauen können – darunter einen Generalstaatsanwalt, den Vorsitzenden des Landesozialgerichts sowie etliche angesehene Mediziner. Hans Glatzel, Direktor des Oberversicherungsamtes, für das Heyde als Dr. Sawade gutachterlich tätig gewesen war, erklärte vor einem Untersuchungsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags: »Es war praktisch allgemein bekannt, insbesondere in ärztlichen Kreisen, dass der Name Dr. Sawade ein Pseudonym war. Wenn der Name Sawade genannt wurde, zwinkerte man mit den Augen und schwieg.«[7] Drittens kam die Strafverfolgung von NS-Medizinverbrechen während der 1950er Jahre faktisch zum Erliegen. Die wenigen Angeklagten, die sich vor Gericht wegen ihrer Beteiligung an den Patientenmorden verantworten mussten, durften darauf hoffen, vom Vorwurf des »Mordes« freigesprochen zu werden, da ihnen »niedere Motive« angeblich nicht nachzuweisen waren. Diese juristische Absolution wurde vom größten Teil der Ärzteschaft auch als moralische Rehabilitierung aufgefasst, so dass die Verstrickung in »Euthanasie«-Verbrechen für eine Fortsetzung der medizinischen Karriere in der Bundesrepublik selten ein Hindernis darstellte.

Die hier beschriebenen Entwicklungen ließen sich in ähnlicher Weise auch in den anderen beiden Nachfolgestaaten des »Dritten Reichs« beobachten. Sowohl in der DDR als auch in Österreich gelangten Ärzte in führende Positionen, die an Medizinverbrechen in der NS-Zeit beteiligt gewesen waren. Vor allem die Patientenmorde fanden weder im heroischen Antifaschismus der DDR Beachtung, noch im österreichischen Opfermythos.


[2]

Die »vergessenen Opfer« der NS-Medizin

Erst rund vier Jahrzehnte nach dem Nürnberger Ärzteprozess setzte eine kritische Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Medizinverbrechen ein. Die Impulse hierzu gingen oftmals von wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Außenseitern aus. So machten Aktivisten der seit dem Beginn der 1970er Jahre entstehenden »Antipsychiatrie-Bewegung« auf die vielfach katastrophalen Zustände in bundesdeutschen Heimen und Anstaltspsychiatrien aufmerksam und verwiesen hinsichtlich des dort praktizierten Umgangs mit Patienten auf offenkundige Kontinuitätslinien zur Zeit des Nationalsozialismus. Der Journalist und Sozialpädagoge Ernst Klee dokumentierte in zahlreichen Veröffentlichungen die Dimensionen der »Euthanasie«-Verbrechen und skandalisierte in diesem Zusammenhang ebenso die Nachkriegskarrieren der Täter. Auch Mitscherlichs »Medizin ohne Menschlichkeit« wurde nun breiter rezipiert. In der Ärzteschaft selbst begannen im Zuge generationeller Umbrüche, die Schweigekartelle zu bröckeln. An einigen Kliniken konstituierten sich seit dem Ende der 1970er Jahre historische Arbeitskreise, die ebenso wie zahlreiche Geschichtswerkstätten daran gingen, die verdrängte Geschichte der Medizinverbrechen frei zu legen. Dabei rückten erstmals auch die »vergessenen Opfer« des NS-Regimes ins Blickfeld.

Obgleich sich die Kenntnisse über die Rolle der Ärzteschaft im Nationalsozialismus in jüngster Zeit stark erweitert haben, sind zahlreiche Facetten des Themas bislang weitgehend unbeachtet geblieben. Genauer zu untersuchen wären etwa die Praktiken der Ausgrenzung jüdischer Mediziner durch die deutsche Ärzteschaft in den Jahren nach 1933. Ebenso ist nach den Dimensionen von Zwangsarbeit an Krankenhäusern und Universitätskliniken zu fragen. Zu beiden Aspekten gibt es mittlerweile erste Studien, die jedoch innerhalb der Ärzteschaft nicht nur Zustimmung hervorgerufen haben. Somit bleibt 60 Jahre nach Beginn des Nürnberger Ärzteprozesses die von Alexander Mitscherlich erhobene Forderung, ohne zu »feilschen« der »Wahrheit ins Auge zu sehen«, weiterhin aktuell. ■

Literatur:
Ebbinghaus Angelika/Dörner, Klaus (Hg.): Vernichten und Heilen. Der Nürnberger Ärzteprozess und seine Folgen, Berlin 2001.
Freimüller, Tobias: Mediziner: Operation Volkskörper, in: Norbert Frei (Hg.): Hitlers Eliten nach 1945, München 2003, S. 13-65.
Frewer, Andreas/Wiesemann, Claudia (Hg.): Medizinverbrechen vor Gericht. Das Urteil im Nürnberger Ärzteprozess gegen Karl Brandt und andere sowie aus dem Prozess gegen Generalfeldmarschall Milch, Erlangen/Jena 1999.
Klee, Ernst: Was sie taten – Was sie wurden. Ärzte, Juristen und andere Beteiligte am Kranken- oder Judenmord, 11. Aufl. Frankfurt/M. 2001.
Mitscherlich, Alexander/Mielke, Fred (Hg.), Medizin ohne Menschlichkeit. Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses, 15. Aufl. Frankfurt/M. 2001.
Paul Gerhard: „...zwinkerte man mit den Augen und schwieg“. Schweigekartell und Weißwäschersyndikat im hohen Norden oder: Wie aus NS-Tätern und ihren Gehilfen Nachbarn und Kollegen wurden, in: Ders.: Landunter. Schleswig-Holstein und das Hakenkreuz, Münster 2001, S. 346-389.

Fadenscheinige Vorwürfe

gegen die Parade für sexuelle Gleichberechtigung

Die Entlassung eines seit über acht Wochen in Warschau in Untersuchungshaft sitzenden Berliners am 11. August 2006 war eine postive Überraschung. 7.500 Euro Kaution mußten beim zuständigen Strafgericht hinterlegt werden, um René K. aus dem Gefängnis zu bekommen. Er war am 10. Juni 2006 in die polnische Hauptstadt gefahren, um die inzwischen vierte »Parada Równosci« (Parade für sexuelle Gleichberechtigung) zu erleben. Die Parade reiht sich ein in den weltweit begangenen »Christopher Street Day«. Beteiligt hatten sich rund 8.000 Menschen. Ziel ist es, eine kritische Öffentlichkeit für die nicht nur in Osteuropa vielfach mit Füßen getretenen Rechte der LesBiSchwulTransgender-Bewegung zu sensibilisieren.



In den vergangenen Jahren waren ähnliche Demonstrationen durch Behörden mehrfach untersagt worden. Dennoch hatten sich Aktivisten immer wieder »illegal« versammelt und waren massiven Übergriffen seitens der Polizei und aufgebrachter Gegendemonstranten ausgeliefert. Gerade entsprechende Vorfälle in Moskau und Belgrad hatten weltweit Aufsehen erregt. Die LesBiSchwul-Transgender-Szene wird in Osteuropa durch konservative Politiker und Medien seit Jahren massiv angefeindet. René, so mutmaßen AktivistInnen der Solidaritätsgruppe »Queer Berlin«, sei kurz vor Ende der Parade aus politischen Gründen herausgezogen worden, um an ihm ein Exempel zu statuieren.

»Ich war zur falschen Zeit am falschen Ort«, erklärte René nach seiner Ankunft am 12. August in Berlin. Zuvor hatten ihn etwa 50 UnterstützerInnen und FreundInnen am Ostbahnhof empfangen. Bereits nach der Festnahme Anfang Juni war eine breite Solidaritätsbewegung für den 24jährigen Berliner Schüler angestoßen worden: zahlreiche AktivistInnen aus der LesBiSchwulTransgender- und Antifa-Szene, Politiker und ein deutsch-polnisches Juristen-Team hatten wochenlang für Renés Freilassung gekämpft und immer wieder auf die fadenscheinigen Vorwürfe der Staatsanwaltschaft aufmerksam gemacht. Zu Solidaritätsaktionen war es in zahlreichen Städten gekommen: In Berlin protestierten etwa 200 Menschen vor dem polnischen Konsulat im Stadtteil Grunewald, Aktionen gab es auch in Dresden, Warschau, Hamburg, Köln und anderen Städten. An vielen Hauswänden waren Graffities mit dem Spruch „Free René" zu lesen, an Hausprojekten hingen entsprechende Transparente.

Homophobe Stimmung

Die Parade am 10. Juni war immer wieder durch rechtskonservative Homosexuellenhasser und Neonazis angegriffen worden. In rechten Gazetten wurde zuvor homophobe Stimmung gemacht. Neonazistische Gruppen, darunter die »Allpolnische Jugend« und die »Liga der polnischen Familien«, hatte zu Gegendemonstrationen aufgerufen. Mehrfach wurden durch Mitglieder neonazistischer und katholischer Organisationen Steine, Tränengasgranaten, Flaschen und Eier auf die Teilnehmer der Parade geworfen, zudem gab es teilweise heftige Hand-

gemenge. Der rechte Mob aus etwa 200 Teilnehmern trug Transparente, auf denen gegen Homosexualität und die EU gehetzt wurde. Die Polizei ließ immer wieder zu, daß sie an die Paradestrecke vordringen konnten und beobachtete die Angriffen teilsweise ohne Reaktionen.

René wird vorgeworfen, während der Abschlußkundgebung vier Polizisten mit einem Teleskopschlagstock und CS-Gas angegriffen zu haben. Dabei soll ein Beamter zu Fall gebracht worden sein. René und mehrere Zeugen bestreiten dies. Er sei kurz vor der Festnahme zufällig in der Nähe von Auseinandersetzungen zwischen Parade-Teilnehmern und Neonazis gewesen, sagt René. Dafür spricht auch, daß ein Schlagstock und Gas während der Durchsuchung nicht gefunden wurden. Auch der Berliner Anwalt Wolfgang Kaleck sieht seinen Mandanten wegen seiner schlanken Statur nicht in der Lage, einen martialisch ausgestatten Polizisten niederzuschlagen. Im Anschluß an seine brutale Festnahme mußte René mehrere Stunden mit drei Neonazis in der Zelle eines Polizeireviers verbringen. Einen Dolmetscher gab es nicht. Anschließend ging es in eine Sammelzelle mit einer Größe von neun Quadratmetern, in der über 15 Menschen untergebracht waren. Vor seinem Verhör beobachtete René, wie sich die vier Polizisten für die Aussagen gegen ihn absprachen. Ohne Verteidigung wurde anschließend U-Haft angeordnet. Er habe keinen Wohnsitz in Polen und die zu erwartende Strafe lasse eine Haftverschonung nicht zu, so die Begründung.

Im Bialoleka Gefängnis

Drei Tage nach der Festnahme war eine 15-Quadratmeterzelle mit sechs Personen im Warschauer Bialoleka-Gefängnis fast acht Wochen Renés »Zuhause«. Die »Gefährlichkeit« der Häftlinge mißt sich hier an der Etage: René war in der ersten und galt so als »ungefährlich«. In seiner Zelle waren es häufig 50 Grad, geduscht wurde einmal pro Woche im Keller. Das »Trinkwasser« war nicht genießbar, das Essen miserabel, die medizinische Versorgung katastrophal. Täglich gab es eine Stunde Hofgang. Mithäftlinge hatten sich untereinander besser ärztlich versorgt, als das Fachpersonal dazu in der Lage war. Toilettenpapier gab es eine Rolle pro Monat und Häftling. Erst nach zwei Wochen konnte René seine Kleidung wechseln, die er bei der Parade getragen hatte. Deutschsprachige Tageszeitungen und Bücher wurden ihm verwehrt. Sie hätten übersetzt werden müssen, so die Begründung. Dafür aber fehlten Kapazitäten. Aus Selbstschutz verheimlichte René seinen Mitgefangenen den Hintergrund der Inhaftierung. Diesen Rat hatte er von einer Sozialarbeiterin bekommen, die René nach der Einlieferung ins Bialoleka am 12. Juni empfangen hatte. Um nicht als verhaßter Homosexueller angesehen zu werden, trug René das Urteil mit dem Tatvorwurf immer bei sich. Zudem dachte er sich eine gefakete Vorgeschichte der Festnahme aus: Er sei nach Warschau zum Party Machen gefahren und wäre später zufällig in eine Schlägerei mit Polizisten verwickelt worden. Bialoleka ist das größte Gefängnis Europas, bis zu 3.000 Menschen können hier zusammengepfercht werden. Bei seinen Mitgefangenen hatte René nach eigenen Angaben jedoch einen Glücksgriff: in seiner Zelle waren lediglich Betrüger, ein paar Räuber und Autoknacker. Schwierig war die Kommunikation wegen der Sprachbarrieren. Auch wenn es unter den Gefangenen viele Arschlöcher gibt, die Ablehnung gegenüber dem Gefängnispersonal und der Justiz schweißt dann doch viele zusammen, erzählte René im Gespräch mit dem Internetportal x-berg.de. Von seiner Freilassung am 11. August erfuhr René vier Stunden vorher. Sie wurde auf einmal möglich, weil genug Geld angeboten wurde. Bisher ist unklar, wann in Warschau der Prozeß gegen René stattfinden wird. Das Juristenteam um Wolfgang Kaleck will eine Freilassung durchfechten, eine Bewährungsstrafe ist jedoch zu erwarten.

Unterstützung möglich

Der Fall zeigt erneut die Notwendigkeit von Solidaritätsarbeit für Betroffene von staatlicher Repression, auch wenn die Situation manchmal aussichtslos erscheinen mag. Der Unterstützungsgruppe »Queer Berlin« ist es gelungen, eine breite Öffentlichkeit mit Informationen über die unhaltbaren Vorwürfe der Staatsanwaltschaft und die Haftbedingungen zu erreichen sowie Forderungen für Renés Freilassung im Berliner Stadtbild und darüber hinaus offensichtlich werden zu lassen. Nur so konnte auch Druck auf die zuständige Staatsanwaltschaft und die deutsche Botschaft in Polen ausgeübt werden. Eine solche Solidaritätsarbeit muss es im übrigen auch geben, wenn Antifaschisten, die sich gegen die homophoben Angriffe der Neonazis in direkter Konfrontation zur Wehr setzen, inhaftiert werden. ■

Mehr Informationen unter: www.queerberlin.tk

[1], [2] Neonazistische Gruppen, darunter die »Allpolnische Jugend« und die »Liga der polnischen Familien« bei der Gegendemonstration zur Parade der sexuellen Gleichberechtigung 2006.





Kärntner Zustände

Im Jahr 2005 veranstaltete der »Arbeitskreis gegen den Kärntner Konsens« erstmals antifaschistische Aktionstage gegen das Ulrichsbergtreffen in der Nähe von Klagenfurt/Celovec (Kärnten/Koroska). Es war nach einigen Jahren wieder ein Versuch öffentlichen Protest gegen das extrem rechte Treffen zu organisieren.



Die Ulrichsberggemeinschaft (UBG) gründete sich 1953 aus dem Umfeld österreichischer Kameradenverbände. Es galt einen neuen österreichischen Patriotismus zu bekunden und gleichzeitig eine Plattform für die alten Kameraden aus Wehrmacht und Waffen-SS zu organisieren. Mittlerweile jährt sich die Grundsteinlegung für die »Heimkehrer, Friedens- und Europagedenkstätte« am Gipfel des Ulrichsberg zum 48 mal. Seit den 1950er Jahren ist es Kameradenverbänden, deutsch-nationalen Traditionsvereinen, Burschenschaftlern und Neonazis, unter reger Anteilnahme des Bundesheers und örtlicher Honoratioren, möglich, den deutschen Vernichtungskrieg als einen ganz normalen Krieg unter vielen zu relativieren. Den braven Soldaten wird ihre standhafte Abwehr der kommunistischen Bedrohung gedankt, als Deckmäntelchen dient dem Ganzen das Bild der mahnenden Friedensbewahrer, die unter Verlust der nicht heimgekehrten Kameraden, den Wert des Friedens als Einzige tatsächlich zu schätzen wissen.

Am Vorabend der Gedenkveranstaltung am Ulrichsberg findet traditionell der Kameradschaftsabend der K IV (ein Zusammenschluss ehemaliger Waffen-SS Mitglieder) in Krumpendorf/Kriva Vrba statt – hier sind die Mörder (darunter der in Dänemark zum Tode verurteilte NS-Kriegsverbrecher Sören Kam), die ideologischen Nachfahren (so die Himmler-Tochter Gudrun Burwitz) und ihre Anhänger unter sich, hier wird offen ausgesprochen, was selbst in Kärnten nur angedeutet werden kann. Neonazis, etwa jüngere Kader der HIAG, schwärmen vom Krumpendorftreffen, gescheitelt oder rasiert erhält der Nachwuchs Autogramme von den Vorbildern älteren Jahrgangs. Als 1995 Jörg Haider die Kameraden der SS zur ihrer ideellen Standfestigkeit beglückwünschte, reichte das selbst in Österreich für einen kleinen Skandal.

Antifaschistische Proteste

2005 demonstrierten knapp 100 Personen gegen diese Veranstaltung. Die Polizei nutzte eine kleine Rangelei für die Festnahme eines deutschen Antifaschisten. Unter Schikanen wie der Verweigerung von Essen und Kontakt zum Anwalt, wurde er von der Kärntner Justiz derartig unter Druck gesetzt, dass er nach dreitägiger Untersuchungshaft einem »Schnellverfahren« ohne Beteiligung seines Anwalts zustimmte. Er wurde zu neun Monaten auf Bewährung verurteilt, das Urteil ist derzeit nicht rechtskräftig. Am frühen Sonntagmorgen wurde etwa 100 Meter unterhalb des Veranstaltungsorts der Feierlichkeiten gegen die Kameradenseligkeit protestiert. Oben hatten sich um die 1.000 Alt- und Neonazis, Mitglieder von Kameradschaftsverbänden und extrem rechten Vorfeldorganisationen wie dem Kärntner Heimatdienst und dem Abwehrkämpferbund, Politiker, und eine Bundesheerkappelle eingefunden. Die Wut auf die DemonstrantInnen war nicht zu überhören, der Dank an die Exekutive umso inbrünstiger. Bezeichnend die Reaktion auf die »Festrede« des konservativen Landesrates Martinz, der in seiner über weite

Strecken zutiefst revisionistischen Ansprache auch eine Verurteilung der Verbrechen der Totenkopf- und Waffen-SS verpackte und Auschwitz als Symbol nationalsozialistischer Verbrechen erwähnte: Vor allem im hinteren Teil des Zeltes verließen die Besucher daraufhin in Scharen murrend die Veranstaltung – sie waren erst wieder einigermaßen versöhnt, als der Präsident der Ulrichsberggemeinschaft, Rudolf Gallob (SPÖ), ans Mikrofon trat und im Namen der UBG versicherte, dass die »ehemaligen Teilnehmer der Waffen-SS [...] am Ulrichsberg gerne willkommen« seien; da applaudierten die »Kameraden und Kameradenfrauen«. Ansonsten war viel vom »Frieden« und vom »vereinten Europa« die Rede – ein Europa der »zusammenwachsenden Völker und Nationen«, versteht sich.

Gedenken am Ulrichsberg

Worum es am Ulrichsberg tatsächlich geht, wenn von »Europa« und von »Versöhnung« die Rede ist, offenbart ein genauerer Blick auf die Gedenkstätte selbst. Seit den 80er Jahren gibt man sich einen bemüht internationalen Anstrich und zitiert zum Beweis die Gedenktafeln aus verschiedenen europäischen Ländern. Schon der zweite Blick macht allerdings deutlich, dass es sich bei den »nicht-deutschen« Verbänden, derer dort gedacht wird, vor allem um Freiwilligeneinheiten verschiedener SS-Divisionen von Lettland bis Belgien handelt. Viele der Tafeln halten den Dank an die »Garnisonsstadt Klagenfurt« fest, beherbergte Klagenfurt doch eine wichtige SS-Kaserne (heute unter anderem Namen vom Bundesheer benutzt) samt angeschlossenem Konzentrationslager. Die ideologischen Nachfahren der »Freiwilligen« sind am Ulrichsberg gern gesehene Gäste – auch wenn 2005 von den früher üblichen »Grußworten« abgesehen wurde, um – so die Begründung der UBG – keine »sprachlichen Entgleisungen« zu ermöglichen. Auch mit den westlichen Alliierten hat man sich soweit »versöhnt«, dass einzelne britische oder (2005 erstmals) US-amerikanische und australische Veteranen eingeladen wurden. Das Ende der »Versöhnung« zeigte sich 2004, als ein Teil der UBG versuchte, eine slowenische Veteranendelegation aus dem Jugoslawien-Krieg der 90er Jahre einzuladen, und andere Teile des Vereins daraufhin befürchteten, dass dadurch ehemalige Partisanen den »Heiligen Berg« entweihen könnten. Die Aufregung legte sich etwas, als die slowenische Delegation kurzfristig absagte.

Das Europa der Ulrichsbergler wird vom Hass zusammengehalten, vom Hass auf den »besiegten« Kommunismus im Allgemeinen und – nicht umsonst sind wir in Kärnten – vom Hass auf alles Slowenische im Besonderen.

Die Ulrichsbergfeier ist mehr als ein Treffen von alten und jungen Rechtsextremen, es ist auch ein Stück Kärntner Normalität. Nicht nur hochrangige LandespolitikerInnen der drei relevanten Parteien (FPÖ bzw. BZÖ, ÖVP, SPÖ) geben sich die Ehre, von der Freiwilligen Feuerwehr über katholische und evangelische Geistliche bis zum Roten Kreuz ist so ziemlich alles vertreten. Die Ulrichsberggemeinschaft kann in ihren revisionistischen Geschichtsdeutungen direkt an einen breiten Konsens anknüpfen, für den die Verdrängung und Verfälschung der slowenischen Geschichte Kärntens zentral ist. Verdrängt wird die Geschichte der Unterdrückung der Slowenen, die in den nationalsozialistischen Deportationen (der sogenannten »Aussiedlung«) gipfelte; in revisionistischer Manier verfälscht wird – weit über die Grenzen organisierter extrem rechter Zusammenhänge hinaus – die Geschichte der Slowenischen Partisanen, deren antifaschistischer Kampf zu einer von jugoslawischem Nationalismus bestimmten Folge von Verbrechen umgelogen wird – symptomatisch dafür ist, dass sich Haider schlicht weigerte, ehemaligen Widerstandskämpfer das vom Bund verliehene »Ehrenzeichen um die Befreiung Österreichs« zu überreichen.


[1]



[1] Am Mikrofon: Peter Steinkellner, Obmann der Ulrichsberggemeinschaft.

Antifaschistischer Protest kann sich – ganz besonders in Kärnten/Koroska – nicht nur gegen die Neonazis und organisierten Rechtsextremismus wenden, sondern muss sich gegen weitgehend konsensuale Geschichtsdeutungen und ihre politischen Implikationen stellen. Das nächste Ulrichsbergtreffen ist für das 3. Septemberwochenende 2006 angekündigt. ■

Nähere Informationen, Recherchen, Hintergrundtexte und Material gibt es auf: http://www.u-berg.at

Kontakt: kontakt@u-berg.at

Redwatch

Ist Beihilfe zum Mord legal?



Mitte Mai 2006 wird der linke Aktivist Maciej D. in Warschau auf offener Straße von mehreren Neonazi-Skinheads mit einem Messer angegriffen und erleidet einen acht Zentimeter tiefen Stich in die Lunge, knapp neben das Herz. Er überlebt nur durch großes Glück. Diesen Sommer wird Alec McFadden, ein Antifaschist und Gewerkschafter aus der britischen Stadt Merseyside, vor seiner Haustür mit einem Messer angegriffen und im Gesicht verletzt. Vor schlimmeren Verletzungen bewahrt ihn nur seine Geistesgegenwart, die ihn die Haustür zuschlagen lässt. Nach der Tat erreicht ihn ein Brief, in dem ihm und seiner Familie für den Fall gedroht wird, dass die englische Anti-Antifa Internetseite Redwatch geschlossen werden sollte. Fotos beider Männer waren zuvor auf Internetseiten des Neonaziprojekts Redwatch aufgetaucht, unter Angabe ihres Namens und ihrer Wohnadressen.

[1] Kevin Watmough (rechts) beim Zeigen des Hitlergrusses, er ist verantwortlich für die englische Version von Redwatch.

Doch dies sind nicht die ersten Opfer von Neonazigewalt gewesen, deren Daten zuvor auf Redwatch aufgetaucht waren. In Leeds wurde beispielsweise das Auto eines linken Lehrer-Ehepaars angezündet, nachdem auf Redwatch Kennzeichen und Typ genannt worden waren. Auf der englischen Redwatch-Seite sind bis heute hunderte von Fotos von linken und zivilgesellschaftlich engagierten Personen zu sehen, viele mit Namen und Wohnadresse. Es gibt Unterverzeichnisse für jede größere englische Stadt und viele Regionen des Landes.

Alte Bekannte

Für die englische Version von Redwatch, von der es zeitweise Ableger in Polen, Neuseeland und den Niederlanden gab, zeichnet der britischen AntifaschistInnen bestens bekannte langjährige Neonazi Kevin Watmough aus West Yorkshire verantwortlich.

Watmough bekannte sich selbst in einem Internetforum zur Urheberschaft der Redwatch-Seite und gab damit zu, was AntifaschistInnen schon lange klar war, wofür es jedoch keine wasserdichten Beweise gab. Watmough war schon in den 1980er Jahren als 13jähriger Anhänger der National Front (NF). Seine extrem rechte Karriere führte ihn von der NF über das radikalere British Movement (BM) zur British National Party (BNP). Mit anderen BNP-Anhängern terrorisierte er in der Region um Leeds Linke und AntirassistInnen, was 1994 zu seiner Verhaftung wegen eines dieser Angriffe führte. In der Folgezeit stieß er zur militanten Neonazigruppe Combat 18 (C18) und war 1999 von einer landesweiten Razzia gegen die Terrorgruppe betroffen. Nach dem Abstieg von C 18 in die faktische Bedeutungslosigkeit orientierte er sich wieder zur NF und gründete in den folgenden Jahren immer wieder kleine Neonazizirkel wie Aryan Unity, die White Nationalist Party oder zuletzt die British People's Party (BPP). Auch dem militanten Loyalismus fühlt er sich verbunden und wurde schon in der Gesellschaft von protestantischen Terroristen in Nordirland gesehen. Zu dem Bekenntnis, Redwatch zu betreiben, fühlte sich Watmough wohl gedrängt, weil der öffentliche Druck nach dem Angriff auf Alec McFadden gestiegen ist. So begannen sich auch Parteikollegen Watmoughs aus der BPP öffentlich von Watmough und Redwatch zu distanzieren. Hierzu äußerte er sich empört: »Es scheint, als machten sich die Leute, die die Partei verlassen haben, mehr Sorgen darum, dass ZOG ihnen persönlich einen Denkzettel verpasst, wenn die höheren Mächte sich entscheiden, gegen Redwatch aktiv zu werden und Redwatch mit der BPP verlinkt ist, als dass sie sich irgendwelche Sorgen über Links zu NS-Seiten wie SS Regalia machen.« (SS Regalia ist ein NS-Devotionalienversand)

Fehlt der politische Wille?

Während der Mordanschlag in Warschau auf Maciej D. zu landesweiter Empörung führte und die polnische Regierung in Zusammenarbeit mit dem FBI die Sperrung der auf einem



[1] Das ausgebrannte Auto eines linken Ehepaars in Leeds. Vor dem Anschlag war das Fahrzeug samt Kennzeichen auf Redwatch veröffentlicht worden.

US-amerikanischen Server gehosteten Website veranlasste und die Urheber verhaftete, zeigten die britischen Ermittlungsbehörden bislang erstaunlich wenig Interesse, den Machern der Anti-Antifa-Seite das Handwerk zu legen. Die britische antifaschistische Zeitschrift Searchlight macht jedoch schon seit Jahren auf die Gefährlichkeit von Redwatch aufmerksam.

[2] Tony Foy, Mitstreiter von Watmough, auf einer Kundgebung der National Front.

Schon im November 2003 veröffentlichte Searchlight Informationen über ein extrem rechtes Internetforum, das von Tony Foy aus Leeds, einem Mitstreiter Watmough's betrieben wurde. In diesem Forum wurde die Absicht hinter Redwatch deutlich artikuliert: »Redwatch hat viele Namen und Adressen mit Bildern der Zielpersonen angesammelt, vielen von ihnen ist noch nichts passiert. Jetzt ist die Zeit, eine richtige Kampagne der Gewalt und Einschüchterung gegen die zu starten, die uns zum Schweigen oder ins Gefängnis bringen wollen.« Desweiteren bat Foy in diesem Forum Watmough die vermutete Adresse eines missliebigen Journalisten zu bestätigen, der seit längerem kritisch über Redwatch und die Neonazi-Szene berichtet: »Ich habe da so ein Gefühl, aber ich brauche Sicherheit, bevor ich in dieser Sache aktiv werde.«

Doch weder Interventionsversuche beim Innenministerium, bei der Polizei noch bei Parlamentariern haben bisher Erfolg gebracht. Vor zwei Jahren teilte das Innenministerium auf eine entsprechende Anfrage mit, die britischen Behörden hätten keinerlei Handlungsspielraum, da die Seiten auf einem US-Server liegen und somit für die britische Gerichtsbarkeit unerreichbar seien; des weiteren sei ihr Inhalt in den USA durch den ersten Zusatz der US-Verfassung gedeckt, der das Recht auf freie Meinungsäußerung schützt. Außerdem würde die Seite nicht gegen britisches Recht verstoßen – es handle sich lediglich um einfache Listen von linken Aktivisten. Hier stellt sich die Frage, ob ähnlich argumentiert würde, wenn Listen von an Tierversuchen beteiligten Wissenschaftlern oder Parlamentsabgeordneten veröffentlicht worden wären.

Nach Informationen von Searchlight gibt es inzwischen jedoch Stimmen im Innenministerium, die eine Verfolgung Watmoughs für möglich halten, da die strafbare Handlung, nämlich das Verfassen der Inhalte von Redwatch, von einem Briten in Großbritannien verübt wird. Außerdem ist es äußerst fragwürdig, ob Redwatch in den Staaten durch den ersten Verfassungszusatz gedeckt wird, da es dort bereits ein Präzendenzurteil in einem sehr ähnlich gelagerten Fall gibt: Militante Abtreibungsgegner hatten auf einer Webseite namens »The Nuremberg Files« (die Nürnberg-Akten) Bilder, Namen und Adressen von AbtreibungsärztInnen veröffentlicht. In der Folge wurden zwei der Ärzte ermordet und ihre Fotos auf der Seite mit einem schwarzen Balken versehen. Das Gericht argumentierte, dass persönliche Bedrohung nicht durch den ersten Verfassungszusatz gedeckt sei und schaltete die Seite ab.

Dass Redwatch, welches von ehemaligen C18-Mitgliedern betrieben wird, nicht allein der Meinungsäußerung, sondern vielmehr der Einschüchterung bis hin zur Beihilfe zur Ermordung von Menschen dient, dürfte auch vor einem US-Gericht nicht schwer nachzuweisen sein. Bleibt zu hoffen, dass die von Searchlight und anderen AntifaschistInnen initiierte Kampagne gegen Redwatch nicht länger auf taube Ohren stößt und genug politischen Druck entwickelt, damit die Behörden unter Zugzwang geraten. ■

Mehr Informationen unter:
www.searchlightmagazine.com
http://www.stopthebnp.org.uk/ShutDownRedwatch.php

»ODESSA – Die wahre Geschichte«
von Fritz Rotdorn

ODESSA – die Organisation der ehemaligen SS-Angehörigen, ein Name, der die Fantasie vieler Menschen beflügelt. Wenig Sicheres über ODESSA war bis vor kurzem bekannt. Es sollte sich bei ODESSA angeblich um ein weltweites Netz von überzeugten Nationalsozialisten handeln, die im Hintergrund an einem vierten Reich bastelten. Die Wirklichkeit jedoch ist etwas weniger schillernd, aber kaum weniger interessant.

In seinem umfangreichen Werk hat der Autor Uki Goni der Frage nach der Existenz einer solchen Organisation nachgespürt. Dafür leistete Goni acht Jahre mühsame Archiv- und Interviewarbeit.

Eines vorweg: Es gab nie wirklich eine Organisation mit dem Namen ODESSA, aber es gab verschiedene NS-Fluchthilfeorganisationen und -netzwerke, die vor allem nach Argentinien führten. Der Autor Goni spricht in diesem Zusammenhang oft von »Perons ODESSA«, weil der populäre argentinische Oberst und Staatschef führend in das involviert war, was der Autor »die größte Fluchtoperation in den Annalen der Verbrechensgeschichte« nennt.

In den ersten Kapiteln des Buches wird die Existenz eines NS-Agentenringes in Argentinien beschrieben, der eng mit den nationalistischen und katholisch-fundamentalistischen Militärs des Landes kooperierte.

Diese pronazistischen Militärs betrieben eine eigene Außenpolitik, in der sie mit dem 3. Reich kooperierten. Es kam zu einer verdeckten Allianz des offiziell neutralen Argentiniens mit den Nationalsozialisten. Argentinien tolerierte ein Netz von NS-Auslandsagenten (»Bolivar-Netzwerk«) im eigenen Land und kaufte vom 3. Reich über Spanien Waffen. Auch am Kriegsende bestanden trotz offizieller Kriegserklärung und dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen weiterhin Kontakte zur NS-Führung.

Verbindendes Element war dabei neben Nationalismus und Antikommunismus auch der Antisemitismus. Dieser zeigte sich u.a. während der blutigen Militärdiktatur 1976 bis 1983, als in Teilen des Regimes von einer »jüdischen Frage« und einer »zionistische Verschwörung« gesprochen wurde. Doch auch schon lange vorher äußerte sich der Antisemitismus. So untersagte Argentinien seinen Konsuln ein Jahr vor Kriegsausbruch durch ein internes Memo, Visa an Juden auszustellen. Damit schloss Argentinien inoffiziell seit 1938 für Juden die Grenzen. Nur in Einzelfällen konnten durch Bestechungen oder Täuschung bedrohte Juden in Argentinien einreisen. Erst am 8. Juni 2005 wurde diese Anweisung offiziell, obwohl schon lange nicht mehr wirksam, ungültig gemacht. Peron selbst zeigte, ebenso wie viele seiner Kollegen beim Militär, eine starke Affinität zur katholisch-nationalistischen Einstellung des mit den Nazis kollaborierenden kroatischen Ustascha-, belgischen Rexisten- und französischen Vichy-Regimes, sowie mit dem antikommunistisch-antisemitischen Nationalsozialismus und Franquismus und dem Italo-Faschismus. Das wundert bei Perons Biografie kaum. Schließlich war Peron 1939 bis 1941 Militärbeobachter im faschistischen Italien.

Auch andere einflussreiche Argentinier brachten dem Nationalsozialismus Sympathien entgegen oder standen auf der Gehaltsliste der Nazis. Perons Geheimdienst wurde zur Zeit seiner Herrschaft in Argentinien (1946-55) sogar vom Sohn eines NS-Agenten geleitet.

Auch wenn der Hauptaugenmerk auf Peron gerichtet ist und dieser der Hauptstrippenzieher bei der Evakuierung von NS-Kriegsverbrechern und NS-Kollaborateuren nach Argentinien ist, so erfährt man auch einiges über seine beliebte First Lady Evita. So auch, dass sie ihre »Europa-Tournee« auch nach Franco-Spanien führt und dass sie dabei hilft, das Fluchtnetz für NS-Verbrecher zu etablieren. Kurz vor und dann nach Kriegsende flohen viele NS-Funktionäre und NS-Kollaborateure in Francos Spanien. Durch den Druck Francos mussten sich viele, aber nicht alle, ab 1946 nach einer neuen Zuflucht umsehen. Hier half der neue argentinische Staatschef Peron, der mit allen Mitteln NS-Verbrecher und NS-Kollaborateure vor den Alliierten in sein Land in Sicherheit brachte.

Für die Evakuierung von NS-Verbrechern und NS-Kollaborateuren nach Argentinien gab es neben der über Spanien noch verschiedene andere Routen. Die Nordroute führte über Skandinavien, wo sich nach Kriegsende aus den von der Wehrmacht bis zur Kapitulation gehaltenen Gebieten NS-Funktionäre hingeflüchtet hatten. Die Südroute führte über die Schweiz und Italien. Mit der Unterstützung antisemitischer Schweizer Beamter wurden mindestens 300 Personen nach Argentinien gebracht. Aber die größte Personenzahl wurde über Italien aus Europa herausgebracht.

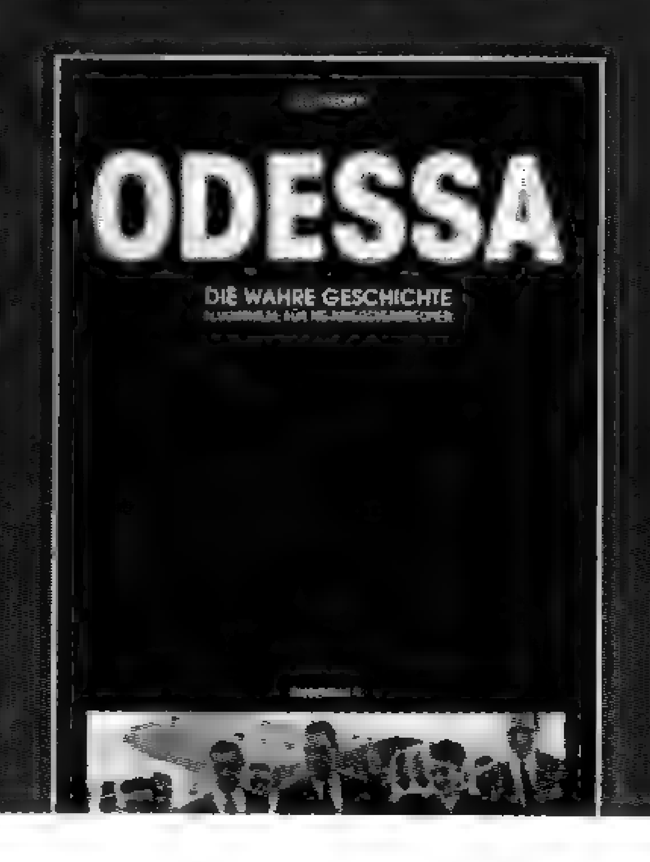
Deutsche, österreichische, französische, belgische, holländische, slowakische und kroatische Kriegsverbrecher fanden mit Hilfe des Vatikans und der katholischen Kirche Argentiniens und der Tolerierung durch Teile der westlichen Geheimdienste nach Südamerika. Diese ganze Aktion wurde dabei von den obersten Stellen im Vatikan, Kardinälen, Bischöfen und Erzbischöfen als auch dem Papst selbst, geduldet, gedeckt und unterstützt. Fast die gesamte kroatische Regierung floh, teilweise als Priester verkleidet, über Italien nach Argentinien. Der kroatische Ustascha-Führer Pavelic, der für den Tod von 700.000 Menschen verantwortlich ist, aber auch ein Sohn Mussolinis kamen so nach Argentinien. Auf deutscher Seite ist neben den bekannten Namen Mengele und Eichmann auch Franz Stangel, Kommandeur des Vernichtungslagers von Treblinka, zu nennen.

In Argentinien ging es den Neuankömmlingen, unterstützt sowohl von Peron und seinem Umfeld, als auch von dortigen pronazistischen Industriellen, meist recht gut. Finanziert wurde diese ganze Rettungsaktion von Peron, pronazistischen deutschen und österreichischen Industriellen und von den Flüchtigen selbst; aus von ihnen erbeutetem Raubgut. Ein Teil des Raubgutes stammt aber von Konten, auf denen das von wohlhabenden Juden erpresste Lösegeld lagerte. Diese hatten den Nazis nur entkommen können, indem sie auf Banken ins neutrale Argentinien die geforderte Summe überwiesen.

Einigen der Altnazis gelingt sogar der gesellschaftliche Aufstieg in die Elite des Landes. Altnazis dominieren auch über die »Peronistische Bewegung für Ausländer« (MPE) den deutschen Teil der Einwanderergemeinden, der sich aber auch schon davor stark zum 3. Reich hin orientiert hatte. Die überzeugtesten Nationalsozialisten organisierten sich im so genannten »Kameradenwerk« in Südamerika, dass auch gefangene Nazis in Europa unterstützte. Viele der Geflohenen hofften in einem baldigen 3. Weltkrieg zwischen Ost und West wieder verwendet zu werden.

Es ist dem Buch kaum anzumerken, dass es sich um eine Übersetzung handelt. Die einzelnen Kapitel sind eigenständig lesbar und die wichtigsten aus der Menge an genannten Personen werden in einem Glossar zur besseren Orientierung noch einmal extra aufgeführt. Sehr dünn sind im Buch die wenigen Hinweise auf aufgenommene rumänische und ungarische NS-Kollaborateure. Für eine neue Ausgabe wären diese Punkte eine sinnvolle Erweiterung. Insgesamt ein äußerst lesenswertes Buch, was selbst dem erfahrenen Leser eine Menge an neuen Informationen beschert. ■

Uki Goni: ODESSA. Die wahre Geschichte.
Fluchthilfe für NS-Kriegsverbrecher,
Verlag Assoziation A, Berlin 2006
ISBN-10: 9-935936-40-0
ISBN-13: 978-935936-40-8
Preis: 22 EUR
www.assoziation-a.de



ZEITSCHRIFTENSCHAU

Deutschland Archiv:
Zeitschrift für das
vereinigte Deutschland;
hrsg. v. W. Bertelsmann
Verlag: Bielefeld;
zweimonatlich;
Einzelheft 8 EUR

Die Zeitschrift Deutschland Archiv ist ein Kind der westdeutschen Entspannungspolitik der 1970er Jahre. In den 1960er Jahren gegründet, wurde sie zum wichtigsten Debattenorgan der westdeutschen DDR-Forschung und Deutschlandpolitik. Eben jener DDR-Forschung, die nach der Wende von seiten konservativer Publizisten verdächtigt wurde, strategisch an einem geschönten Bild des realen Sozialismus in der DDR gearbeitet oder sich von den etablierten Wissenschafts- und Politikkontakten in die DDR blenden zu lassen. Doch der Vorwurf greift zu kurz, denn so unterschiedlichen politischen Charakteren, die, wie Hermann Weber und Karl Wilhelm Fricke, das Profil der Zeitschrift prägten, Nähe zur DDR vorzuwerfen, ist grotesk.

Seit 1995 trägt die Zeitschrift den heutigen Untertitel. Im Mittelpunkt des Interesses der Zeitschrift stehen die vielfältigen Aspekte der DDR-Vergangenheit ebenso, wie aktuelle politische Themen. Herausgeber von DEUTSCHLAND ARCHIV ist mit Marc Dietrich Ohse ein junger ostdeutscher Politikwissenschaftler, der über die Jugendpolitik der DDR in den 1960er Jahren promovierte. Ohse trug die redaktionelle Verantwortung für die Veröffentlichung eines antisemitischen Aufsatzes von Konrad Löw im zeitlichen Umfeld der Hohmann-Affäre. Doch dem vormaligen Göttinger Juso Ohse Symphatien für die extreme Rechte zu unterstellen geht fehl. Gleich im auf den Löw-Aufsatz folgenden Heft antwortete Wolfgang Benz mit einer deutlichen Zurückweisung antisemitischer Invektiven.

In Deutschland Archiv kommen sämtliche Strömungen der DDR-Forschung zu Wort, was die Zeitschrift wohltuend von Publikationen aus dem Umfeld des Berliner »Forschungsverbund SED-Diktatur« abhebt. Hier wird die DDR nicht auf die Stasi reduziert und Geschichte nicht nur als Politik- und Instutionengeschichte begriffen. Die Vorschläge der sogenannten Sabrow-Kommission wurden hier ausführlich dokumentiert und diskutiert. Essays stehen im Heft souverän neben wissenschaftlichen Aufsätzen. Umfänglich und differenziert informativ ist der Rezensionsteil neuer politischer Bücher. Wer einen repräsentativen Überblick zur wissenschaftlichen und politikgeschichtlichen Diskussion um deutsch-deutsche Vergangenheit sucht, ist mit dieser Zeitschrift, die in den meisten wissenschaftlichen Bibliotheken einsehbar ist, bestens bedient. ■

Kampf der Erinnerungen

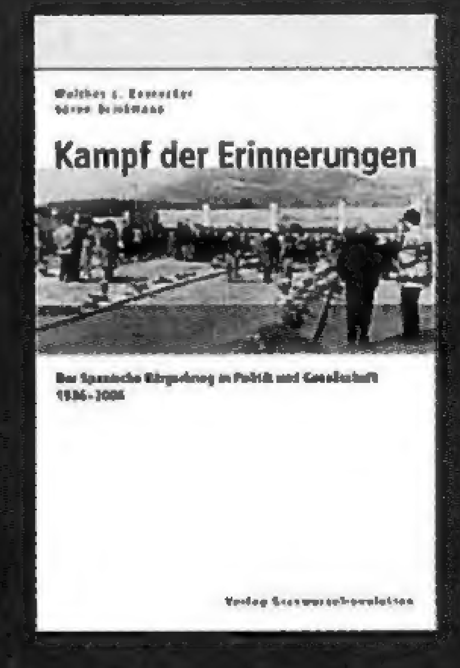
Bei aller Intensität, mit der in Deutschland die Auseinandersetzung um die Geschichte geführt und untersucht wird, erfährt man recht selten etwas über Länder, die nichts oder nur wenig mit der deutschen Vergangenheit zu tun haben. Wieviel Interessantes es da aber zu holen gibt, zeigen die Autoren am Beispiel Spaniens. In umfangreicher Kenntnis des gerade in den letzten Jahren massiv angewachsenen Forschungsstandes zu spanischem Bürgerkrieg und Franquismus liefern sie zunächst eine Grundlegung über die Prozesse und Ereignisse, die später zum Gegenstand der Erinnerung werden sollten. Eine der Hauptthesen des Buches ist, dass das franquistische Regime nicht nur eine ausgeprägte Erinnerungspolitik zu seiner Legitimation betrieb, sondern eine regelrechte »Deformierung der Erinnerung«. Dabei gab es zwar auch bereits während der Diktatur einen Wechsel vom Topos Sieg im Kreuzzug hin zu (wirtschaftlichem) Erfolg im Frieden als Orientierungspunkt der Erinnerung, aber zentral blieb die dichotome Sicht auf den Bürgerkrieg: hier die Zivilisation, die Religion und ein einiges Spanien, dort Barbarei, Gottlosigkeit und das kommunistische Anti-Spanien. Trotzdem halfen auch verstärkte Anstrengungen der Geschichtspolitik – etwa vermehrte Einweihungen von Franco-Denkmälern – nicht dagegen, dass gegen Ende des Regimes selbst im franquistischen Lager die Bereitschaft zur »Versöhnung« um sich griff.

Aus Sicht der Erinnerungsforschung ist die Phase des Übergangs (Transicion) vom Franco-Regime zur (monarchischen) Demokratie ein interessantes Phänomen. Die zweite Zentralthese der Autoren stellt fest, dass die Transicion in ihrer (verhältnismäßigen) Friedlichkeit nur möglich war durch eine umfassende Amnestie für die Zeit des Bürgerkriegs, vor allem aber für die TäterInnen des Regimes – und durch eine jahrelange Amnesie, eine Verweigerung jeder öffentlichen Erinnerung. Und in der Tat ist erstaunlich, wie lange sich in Spanien auch von Seiten der ehemaligen RepublikanerInnen daran gehalten wurde, die Vergangenheit nicht zum Thema zu machen – sei es aus kluger Zurückhaltung, Angst vor dem alten Establishment (das aufgrund der Amnestie natürlich im Amt blieb) oder aus Angst, wieder in Bürgerkrieg zurückzufallen. Der Putschversuch 1981 zeigte, dass die Angst nicht unberechtigt war.

Die Amnesie hielt aber nicht ewig. Mitte der Neunziger Jahre konstatieren die Autoren den Beginn einer neuen Phase der spanischen Erinnerungskultur: Im ganzen Land gründeten sich Initiativen, die die Exhumierung und würdevolle Bestattung von Tausenden durch die Franquisten in Straßengräben und auf Feldern verscharrten RepublikanerInnen und RegimegegnerInnen zum Ziel haben. Auch in Literatur, Film, Wissenschaft und nicht zuletzt in der Politik ist die neuere Vergangenheit wieder massiv zum Thema geworden. Freilich geht es der neuen »Erinnerungsbewegung« nicht um die 1936 noch anstehende soziale Revolution, sie sieht in den Opfern von damals vielmehr VorkämpferInnen für die heutige Demokratie. Bei allen Änderungen und trotz der immer mehr verschwindenden Caudillo-Statuen und franquistischen Straßennamen bleibt ein Eckpfeiler der Transicion, die Straflosigkeit, jedoch weiter unangetastet.

Es ist etwas ärgerlich, dass dem ansonsten wissenschaftlich sorgfältigen Buch kein Register spendiert wurde. Und die zuweilen doch recht deutliche Parteinahme der Autoren (die spanischen Arbeiter hätten in der Diktatur »notgedrungen« am »Tag der Arbeit« teilgenommen?) wäre nicht nötig gewesen. Inhaltlich fragwürdig bleibt jedoch die nicht wirklich belegte These, dass Vergangenheitsarbeit als kritische Auseinandersetzung per se positiven Einfluss auf demokratische Konsolidierung hätte. Gleichzeitig ist die Feststellung banal, der franquistische »Staatsapparat benötige Legitimationsgrundlagen«, die er sich aus der Geschichtspolitik hole – das trifft auf jeden Staatsapparat zu – oder nur Diktaturen würden auf Denkmäler und Standbilder zurückgreifen. Jede Gesellschaft und jede Gruppe bedient sich der Vergangenheit zur Legitimierung und Selbstvergewisserung – das an sich kann noch kein Gegenstand positiver oder negativer Bewertung sein. ■

Bernecker, Walter L. /
Brinkmann, Sören:
Kampf der Erinnerungen.
Der Spanische Bürgerkrieg in
Politik und Gesellschaft
1936-2006.
Nettersheim:
Graswurzelrevolution, 2006,
378 S., 20,50 EUR



Abonniert

das Antifaschistische Info Blatt





Abokonditionen

Preise*

→ für 5 Ausgaben im Abo 15,50 Euro

Weiterverkauf

→ ab 3 Exemplaren je 3 0 Eu o

→ ab 5 Exemplaren 20% Rabatt

→ ab 50 Exemplaren 25% Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

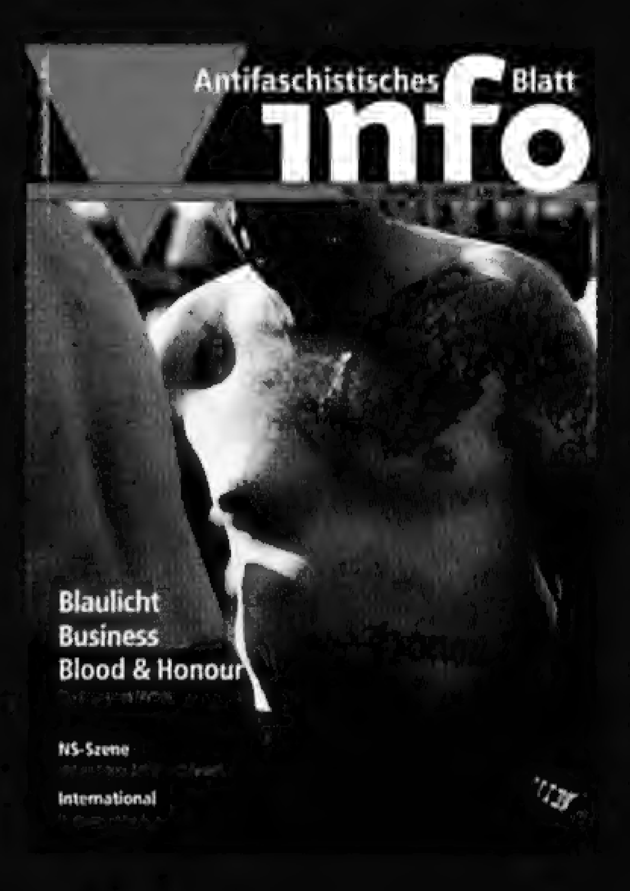
Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 72
Vergangenheit die nicht vergehen will. Der Historikerstreit – Ernst Nolte und der Holocaust



AIB 71
B & H – Ende eines Mythos
»RechtsRock« Zahlen und Fakten
Uruguay nazifrei?

Impressum

Antifaschistisches Info Blatt
18. Jahrgang
Nummer 73 | 4.2006

Preis 3,10 Euro
Auslandspreis 4,10 Euro

SSN 862 7838

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail aib@nadir.org

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. M. Heinlein (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

AbsenderIn

____

____

____

____

ch abonniere das AIB ab der Ausgabe

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin